

Das Parlament

Berlin, Montag 25. Februar 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 9 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Voller Einsatz bis zum Schluss

Ilse Aigner Bevor die Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin mit Ende der Wahlperiode mit glänzenden Perspektiven in



die bayerische Landespolitik geht, steht sie noch einmal im Fokus überregionalen Interesses: Der Skandal um falsch etikettiertes Fleisch hat Ilse Aigner kalt erwischt, so wie zuvor andere Lebensmittel- oder Futtermittelskandale. Dabei ist die mächtige oberbayerische CSU-Chefin wie ihre Vorgänger bei solchen Vorfällen eingezwängt zwischen den Kompetenzen der Bundesländer und der EU. Gleichwohl signalisiert die 48-Jährige mit einem Aktionsplan Handeln – für die Opposition aber wieder nur eine Politik der Ankündigungen statt Taten. Aigner muss den schwierigen Spagat, in einem Ressort den Interessen der Verbraucher wie Landwirte zugleich zu dienen, nur noch wenige Monate durchstehen. Die Ministerzeit in Berlin wolle sie gleichwohl bis zum Schluss „mit vollem Einsatz wahrnehmen“, verspricht sie. kru |

ZAHL DER WOCHE

0,3

Prozent betrug laut Statistischem Bundesamt 2012 der Anteil von Pferde-, Schaf- und Ziegenfleisch an der Fleischherzeugung in Deutschland. Schweinefleisch hatte mit 67,8 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Geflügelfleisch mit 17,7 und Rindfleisch mit 14,1 Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Ilse Aigner ist Schutzpatronin des Billigschnitzels.«

Bärbel Höhn, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Krisenmanagement der Bundesverbraucherschutzministerin beim Pferdefleischskandal

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Wahlrecht Vier Bundestagsfraktionen verabschieden Gesetzesreform Seite 4

EUROPA UND DIE WELT

Regierungserklärung Kanzlerin Angela Merkel zum Europäischen Rat Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Finanzaufsicht Mehr Kontrolle für Hedgefonds geplant Seite 11

KULTUR UND MEDIEN

Kreativwirtschaft Kulturschaffende sollen besser gefördert werden Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 09

Im Galopp zum Aktionsplan

FLEISCHSKANDAL Opposition attackiert Ilse Aigner im Bundestag. Ministerin sieht Versagen des Handels

Der Skandal um falsch deklariertes Pferdefleisch hat nun auch den Bundestag erreicht. In der vergangenen Woche stand Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) erst dem zuständigen Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Rede und Antwort, ehe sie am Freitag vor dem Plenum das Wort ergriff. Fazit der Auftritte: In Sachen Krisenmanagement hat sich die Ministerin nichts vorzuwerfen. Sagt zumindest Ilse Aigner selbst. Nachdem am 12. Februar erstmals falsch deklarierte Pferdefleischprodukte in Deutschland aufgetaucht seien, habe sie schon sechs Tage später gemeinsam mit den Ländern einen Nationalen Aktionsplan vorgelegt. „Das verstehe ich unter zügiger Krisenreaktion“, sagte die CSU-Politikerin vor dem Bundestag. Ziel müsse es nun sein, die Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen. „Wir müssen dafür sorgen, dass so ein dreister Betrug nicht mehr stattfindet“, forderte die Ministerin. Zugleich wies sie auf die Verantwortung des Handels hin. Dieser dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen. „Das lasse ich nicht zu“, stellte Aigner klar.

Den starken Worten trauten jedoch erwartungsgemäß nicht alle. Ulrich Kelber (SPD) etwa hält von einem weiteren Aktionsplan wenig. Es sei Aigners Prinzip, Scheinmaßnahmen anzukündigen und dann abzutauchen, sagte er während der Debatte zum Verbraucherpolitischen Bericht der Bundesregierung für 2012 (17/8998) und zu zwei Anträgen der SPD-Fraktion (17/8922, 17/4891). Ähnlich sah das Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Die Ministerin reagiere immer erst nach Krisen mit Aktionsplänen, die später wieder in der Schublade landen würden. Auch Caren Lay (Die Linke) befand, dass Aigner ihrem Ruf als Ankündigungsministerin erneut gerecht werde.

Kritik aus Hamburg Die Hamburger Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz, Cornelia Prüfer-Storcks (SPD), ging auf die Kritik an dem Aktionsplan von Bund und Ländern ein und sagte: „Ich will mir gar nicht vorstellen, wie das Echo gelaute hätte, wenn die Bundesverbraucherschutzministerin nur mit ihren eigenen Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten wäre.“ Alle „harten Maßnahmen“, wie die Herkunftsbezeichnung für verarbeitete Lebensmittel insgesamt, die Verschärfung des Straffrahmens und die Veröffentlichungspflicht der Behörden bei Verbrauchertäuschung, hätten die Länder ins Papier hineingeschrieben, sagte die Bundesrats-Vertreterin.

Unterstützung erhielt Aigner aus den Reihen der Koalitionsfraktionen. Die Ministerin sei in Sachen Pferdefleischskandal „sofort kurz-



Pferde gehören zu den Lieblingstieren der Deutschen. Ihr Fleisch ist dagegen hierzulande eine eher seltene Kost. Vor allem sollte es ordentlich deklariert werden.

fristig aktiv geworden“, betonte Franz-Josef Holzenkamp (CDU). Auch sonst stellte er Aigner ein gutes Zeugnis aus. Die verbraucherpolitische Bilanz von Schwarz-Gelb könne sich sehen lassen, sagte er. Auch wenn es noch einiges zu tun gäbe, seien Erfolge in der Verbraucherpolitik zu verzeichnen. Das sollte auch die Opposition anerkennen, statt für Wahlkampfetöse zu sorgen, forderte Holzenkamp. Koalition und Regierung handelten nach dem Motto: Wahrheit und Klarheit, sagte der Unionsabgeordnete. Dadurch werde der Verbraucher in die Lage versetzt, eigenständige Entscheidungen zu treffen. „Der Verbraucher weiß selbst am besten, was für ihn gut ist“, sagte der CDU-Abgeordnete. Die Opposition hingegen wolle eine Bevormundung. Diesen Eindruck teilte auch Erik Schweickert (FDP). Die Opposition wolle den Verbrauchern vorschreiben, „was moralisch in Ordnung ist und was nicht“. Schweickert nannte es einen Erfolg von Union und FDP, dass Verbraucherpolitik heute „keine Nischenpolitik wie unter Rot-Grün ist“. „Ihre Strategie war lediglich zuzuschauen“, warf er SPD und Grünen vor. „Wir hingegen haben dafür gesorgt,

dass Schlupflöcher für Betrüger geschlossen werden“, betonte er. Ein Beispiel dafür seien die Internet-Buttons, in denen die Verbraucher seit Mitte 2012 auf die Kostenpflichtigkeit eines Angebotes hingewiesen werden müssen. Auch beim Anlegerschutz habe man Verbesserungen im Interesse der Verbraucher erreicht, sagte der FDP-Politiker.

Attacke gegen FDP Aus Sicht von Renate Künast sind es jedoch die Liberalen, die seit jeher als die größten Bremsklötze beim Verbraucherschutz agieren. Heftige Vorwürfe in Richtung FDP richtete sie auch mit Blick auf die Regelungen zur Bewertungsreserve in Lebensversicherungen, mit denen die Versicherten betrogen würden. „Sie hocken offensichtlich als Lobbyist bis zur Halskrause in den Lebensversicherungen drin“, sagte Künast. Von einer „inakzeptablen Bilanz“ der Verbraucherschutzministerin sprach Ulrich Kelber (SPD): „Ilse Aigner war vor allem als Eigen-

schutzministerin unterwegs.“ Wenn die Ministerin heute beim Fleisch einer Kennzeichnungspflicht das Wort rede, müsse sie sich fragen lassen, wieso sie sich noch vor zwei Jahren auf eine SPD-Anfrage dagegen ausgesprochen und auch die Planungen des EU-Parlaments zur einer solchen Pflicht gestoppt habe. Die Linken-Abgeordnete Caren Lay sagte, das Prinzip von Bundesregierung und Koalition, auf Selbstverpflichtungen der Unternehmen zu setzen, sei für den Verbraucherschutz nicht ausreichend. Die Bundesministerin habe zudem aus den vergangenen Lebensmittelskandalen nur unzureichende Konsequenzen gezogen. Nach wie vor werde das

föderal organisierte Kontrollsystem den global agierenden Konzernen nicht gerecht, bemängelte Lay. Götz Hausding |

»Der Verbraucher weiß selbst am besten, was für ihn gut ist.«

Franz-Josef Holzenkamp, CDU

Mehr zum Thema unter:
<http://www.bmelv.de>

Wurm im Fisch, Dioxin im Ei, Kot im Käse

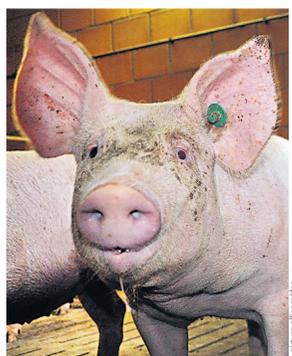
CHRONOLOGIE Eine ununterbrochene Kette von Lebensmittel-Skandalen verunsichert die Verbraucher in Deutschland

Der Skandal um nicht gekennzeichnetes Pferdefleisch ist nur ein neues Glied in einer endlosen Kette von Lebensmittelskandalen. Ob Gammelfleisch, BSE oder dioxin-belastete Eier – Deutschlands Konsumenten werden durch immer neue Horrormeldungen geschockt. Eine Chronik von Lebensmittel-Skandalen der vergangenen Jahre:

1987 Nematoden In den Eingeweiden von Seefischen werden Fadenwürmer – Nematoden – gefunden. Werden die Fische nicht sofort nach dem Fang ausgenommen, können die Nematoden ins Muskelfleisch wandern und werden so später mitgegessen. In Deutschland wurde der Verkauf von mit Nematoden befallenen Fisch verboten.

1993 Ekel-Fleisch In Kühltruhen von deutschen Kaufhäusern taucht verdorbenes Gammelfleisch auf. Einige Schlachthöfe haben dieses Fleisch nicht entsorgt, sondern in die Geschäfte gebracht.

1997 Illegale Rindfleischimporte Das Ausbrechen der Rinderseuche BSE in England verunsichert auch deutsche Verbraucher stark. Illegale Einfuhren von Rindfleisch aus Groß-



Dioxin im Futter? Die Skandale haben dem Schweinemarkt in Deutschland geschadet.

britannien werden bekannt. Tausende Tiere werden getötet, der Rindfleisch-Verkehr geht in Deutschland drastisch zurück.

2002 Hormone Rund 7.000 Schweine, in deren Futtermittel ein Sexualhormon beige-

mischt war, werden aus den Niederlanden nach Deutschland importiert. Die im Fleisch festgestellten Hormon-Rückstände gehen auf einen irischen Pharmahersteller zurück, der das Hormon für Anti-Baby-Pillen verwendet.

2003 Dioxin Ein Trockenfutterhersteller aus Thüringen liefert mit Dioxin verseuchte Produkte aus, wodurch Schweine mit Dioxin-Futter gemästet werden. Tausende Schweine müssen in Deutschland getötet werden.

2005 Gammel-Fleisch Dutzende Betriebe und Lager in Deutschland sind in Geschäfte mit verdorbenem Fleisch verwickelt. Im Fokus steht ein bayerischer Fleischhändler, der tonnenweise überlagertes Geflügelfleisch aus der Schweiz umetikettiert und es weiter an Händler im In- und Ausland verkauft.

2006 Ekel-Eier Ein oberbayerisches Unternehmen liefert angeschlagene, verschmutzte und verdorbene Eier. Sie werden bundesweit als Flüssig-Ei-Produkte an Nudelhändler und Großbäckereien geliefert.

2008 Mäusekot-Mozarella Auf deutsche Käsetheken gelangt italienischer Mozzarella, der mit Mäusekot und Würmern verunreinigt ist.

EDITORIAL

Rosstausch als Sauerei

VON JÖRG BIALLAS

Wenn eine Rosstauscherei zur Sauerei wird, geht der Verbraucherschutz in Stellung. Skandal, schallt es durchs Land, die Fleischmafia hat wieder zugeschlagen und Fertigprodukte gepanscht! Schärfere Kontrollen! Höhere Strafen! Mehr Transparenz! Sofort und Kompromisslos, so etwas darf nie wieder vorkommen! Mehr Besonnenheit täte der öffentlichen Debatte mitunter gut. In der Tat: Wer Verbrauchern bewusst ein falsches Produkt unterjubelt, begeht einen Betrug und muss bestraft werden. Auch ist die Vorstellung, nicht wirklich zu wissen, was genau da in Pfanne und Ofen brutzelt, alles andere als appetitlich. Mit halbwegs ordentlich produziertem und verarbeitetem Pferdefleisch, so scheint es, ist man da ja noch gut bedient. Vorstellbar sind doch ganz andere Szenarien. Die hatten wir auch schon: Gammelfleisch, Dioxin-Eier, mit Darmkeimen verseuchte Sprossen ...

All diese Vorfälle haben erstaunlicherweise aber nicht dazu geführt, dass Verbraucher sich endlich dafür interessieren, woher die Produkte eigentlich kommen, die sie ihren Familien auf den Esstisch stellen. Denn genau das wäre die beste Versicherung gegen falsch etikettierte Nahrungsmittel. Der Metzger an der Ecke weiß in aller Regel, wo und wie Kotelett oder Bratwurst hergestellt worden sind. Gewiss, sind diese Produkte sind teurer als Massenware aus dem Supermarkt. Und ein Verzehr setzt ein Mindestmaß an Kochkenntnis voraus. Seltener, dafür dann aber gutes Fleisch zu essen, ist allemal leckerer – und übrigens auch gesünder –, als täglich Billigprodukte zu servieren. Stattdessen geht die Jagd auf Sonderangebote weiter. Fleisch aus Polen, Wein aus Bulgarien, Gurke aus Holland – Hauptsache preiswert. So wird der Verbraucher, das Opfer skrupelloser Lebensmittelproduzenten und -händler, als Käufer ungewollt zum Mittäter.

Mit Menschenverstand wäre zu erfassen gewesen, dass eine Tiefkühl-Lasagne, die weniger als ein Espresso im Café kostet, kein Spitzenprodukt sein kann. Gewiss, daraus ergibt sich keineswegs ein Freibrief für Hersteller, die Pflicht zur korrekten Kennzeichnung ihrer Produkte zu vernachlässigen. Allerdings könnte das Marktinstrument der Nachfrage ein ziemlich effektives Mittel des Verbraucherschutzes sein. Eines, das ganz ohne entschlossenen klingende politische Absichtserklärungen und strengere staatliche Kontrollen auskäme.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

ESSEN WIR ZUVIEL FLEISCH?

Viel zu viel

PRO



Claudia Ehrenstein
»Die Welt«,
»Welt am Sonntag«

Natürlich essen wir zu viel Fleisch. Viel zu viel sogar. Das hat der aktuelle Bericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung gerade wieder bestätigt. Mit bis zu einem Kilo Fleisch und Wurst pro Woche liegen die Deutschen oft deutlich über den Empfehlungen der Experten von einigen hundert Gramm. Allen voran das rote Fleisch von Rind, Schwein und Lamm erhöht das Risiko für Darmkrebs. Hoher Fleischkonsum kann zu Gicht führen, und er fördert die Entstehung von Übergewicht. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Frauen und Männer tragen heute schon überflüssige Pfunde mit sich herum. Der Appetit auf Fleisch aber ist ungebrochen. Daran haben die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre nichts geändert. Auch in aufstrebenden Volkswirtschaften wie China wächst mit dem Wohlstand die Nachfrage nach Fleisch. Das kurbelt die Produktion in Deutschland nur noch mehr an, der Fleischexport boomt. In immer größeren Ställen werden hierzulande Rinder, Schweine und Geflügel gemästet, was die Frage aufwirft, ob Tierhaltungen in großem Stil noch mit den Grundsätzen des Tierschutzes vereinbar sind. Das dafür nötige Kraftfutter stammt meist aus Südamerika, wo für den Anbau von Soja der Regenwald gerodet wird. Gerade die Rindermast, so warnt das Umweltbundesamt, verursacht in hohem Maße Methan-Emissionen, die das Klima schädigen. Es gibt also gute Gründe, den eigenen Fleischkonsum zu überprüfen. Ein Steak oder Schnitzel weniger in der Woche tut der Gesundheit gut und schafft zugleich den finanziellen Spielraum, etwas teurere Produkte bestimmter Erzeugerverbände zu kaufen, die mehr Wert auf artgerechte und umweltschonende Haltung ihrer Tiere legen. Klasse statt Masse, das zahlt sich aus.

Selbst entscheiden

CONTRA



Karl Feldmeyer,
freier Journalist

Zunächst ging es um Pferdefleisch: Nach allem, was man erfuhr, nicht um minderwertiges, sondern um ordentliches Pferdefleisch, an dem nichts auszusetzen war – außer der Tatsache, dass es als Rindfleisch, sozusagen unter falscher Flagge in den Handel kam. Das war Betrug, denn Rindfleisch kostet das Doppelte dessen, was für Pferdefleisch bezahlt wird. Später entdeckte man, dass ein Teil des Fleisches durch Medikamente belastet war und deshalb nicht gegessen werden durfte. Damit kam zum Betrugsdelikt das der Gesundheitsgefährdung. All das füllt seit Wochen Zeitungen und Fernsehnachrichten, nicht weil das Thema von herausragender Bedeutung wäre, sondern weil es jeder versteht und man sich so gut darüber entrüsten kann. Ich entrüste mich nicht, was vielleicht damit zu tun hat, dass ich als Kind stundenlang in Warteschlangen vor Metzgereien anstehen musste, weil es dort eine rare Delikatesse gab: Fleisch, Pferdefleisch selbstverständlich, denn Rindfleisch gab es nicht; zumindest nicht für uns Normalverbraucher. Nun hat die Diskussion des Themas eine überraschende Facette hinzugewonnen: Aus der Debatte über Pferdefleisch wurde eine Debatte über Fleisch generell, genauer über den Fleischkonsum. Die Kritiker vertreten nassforsch die Ansicht, „wir“ konsumierten zu viel Fleisch. Das ist Unsinn, denn wenn mein Nachbar pro Woche zehn Kilo Fleisch isst – und damit unter gesundheitlichen Aspekten wohl zu viel –, sagt das nichts über meinen Fleischkonsum aus, der ja bei Null liegen kann. Die Behauptung ist aber nicht nur unsinnig, sie riecht auch nach einem totalitären Anspruch, nämlich dem, für andere Menschen entscheiden zu wollen, was für sie gut und was falsch ist. Das hat uns gerade noch gefehlt.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 und 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Ostendorff, haben Sie schon einmal Pferdefleisch gegessen?

Ja. Bei uns in Nordrhein-Westfalen, vor allem im rheinischen Teil, ist es ja sehr üblich. Eines der bekanntesten Gerichte, Rheinischer Sauerbraten, ist in der Originalform Pferdefleisch. Das ist lecker.

Und natürlich ist Pferdefleisch an sich auch nicht schädlich. Was ist also das Schlimme an dem, was jetzt passiert ist?

Das Schlimme ist, dass wiederum unkontrolliert quer durch Europa Fleischmengen von irgendwoher in die Lebensmittelkette reingewandert und falsch deklariert worden sind. Bei Fertiggerichten dient sehr oft verarbeitetes Hackfleisch als Grundstoff, und da wurde teilweise Rinderhack durch Pferdefleisch ersetzt. Man fragt sich, wie das ökonomisch möglich ist, weil Pferdefleisch vom Marktpreis her viel teurer ist als Rindfleisch. Die Frage ist also: Wo ist dieses billige Pferdefleisch hergekommen?

Dem soll jetzt auch nachgegangen werden. Die EU-Kommission hat Gentests in allen Ländern der Europäischen Union angekündigt, Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner und ihre Länder-Kollegen wollen darüber hinaus auch auf Schweinefleisch und andere Beimischungen testen. Ist das richtig, jetzt erst mal das Ausmaß auszutesten?

Dagegen kann man nicht sein. Aber die Frage für die Politik ist natürlich sofort: Welche Handlungen ergeben sich daraus? Es gibt ja nun schon seit geraumer Zeit Handlungsdruck. Wir haben alljährlich, manchmal auch zwei mal im Jahr Lebensmittelskandale, fast immer im Fleischbereich. Das hat auch damit zu tun, dass verarbeitetes Fleisch relativ schwierig zu kontrollieren ist und kaum kontrolliert wird. Damit sind Tür und Tor geöffnet, dass dort Dinge reinwandern, die nicht reingehören. Die müssen nicht immer schädlich sein, aber es ist grobe Verbrauchertäuschung bis hin zu kriminellen Tun, wenn man Dinge beimischt, die nicht erwartet werden und nicht deklariert werden. Wenn sich Pferdefleisch in einer Lasagne befindet, dann muss es eben auch draufstehen. Dann können die Verbraucher bewusst entscheiden, ob sie damit ein Problem haben oder nicht.

Wie Sie sagten, gab es schon viele solcher Skandale. Einer der größten war der BSE-Skandal. Danach wurden für den Rindfleisch-Bereich strenge Maßnahmen getroffen. Muss man das jetzt auf andere Tierarten ausweiten?

Wahrscheinlich ja. Alte Rinder, die noch mit BSE in Berührung gekommen sein könnten, werden bis heute getestet. Das ist mühsam, und viele kritisieren das auch. Aber diese Skandale zeigen immer wieder, dass es leider notwendig ist, Menschen in ihrem Tun zu kontrollieren. Oftmals wird hier, gerade von der jetzigen Bundesregierung, gesagt: Freiwillige Maßnahmen gehen vor gesetzliche Regelungen. Man muss aber feststellen, dass die Freiwilligkeit in der Regel sofort ihre Grenzen findet, wenn die Gier siegt.

Nun hat ja Frau Aigner mit ihren Länder-Kollegen gerade ein ganzes Bündel von Maßnahmen angekündigt. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen: Halten Sie generell das jetzt verabredete Vorgehen für richtig?

Natürlich. Es waren auch die Verabredungen zu Ehec nach der Epidemie 2011 richtig, es waren die Verabredungen nach dem Skandal um Dioxin-Eier richtig. In der Regel sind zwischen den Länder-Ministerinnen und -Ministern und der Bundesministerin die richtigen Verabredungen getroffen worden. Allein, was ist aus den Zehn-, Sieben-, Acht-, Zwölf-Punkte-Plänen geworden? Wieviele Punkte sind umgesetzt worden, was ist auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden, was ist im Orkus der Geschichte verschwunden?

Es gibt immer wieder diese großen Ankündigungen, aber was fehlt, sind die Taten. Gerade bei Ministerin Aigner. Und was Frau Aigner bei all diesen Skandalen verschweigt, ist die Tatsache, dass diese Bundesregierung das internationale Fleischartikel aktiv fördert. Ich nenne hier nur Aigner's Fleisch-Exportförderung und die Hermesbürgschaften für Hühnerfabriken in der Ukraine. Das fördert genau diese Strukturen, mit denen wir jetzt beim Pferdefleisch wieder zu kämpfen haben.

Einer der Punkte, die jetzt sowohl auf EU- als auch auf deutscher Ebene angegangen werden sollen, ist die genaue Herkunftsbezeichnung. Das klingt erst einmal überzeugend. Aber fleischverarbeitende Betriebe beziehen ihre Ware je nach Marktlage mal von da, mal

»Was fehlt, sind die Taten«

FRIEDRICH OSTENDORFF Der Agrar-Experte der Grünen-Fraktion fordert wirksame Kontrollen bei der Fleischverarbeitung. Dafür würde er auch mehr für die Ware bezahlen



von dort. Ist das Vorhaben da praktikabel?

Einfach wird es nicht sein. Aber ich glaube, letztlich ist es in einem so sensiblen Bereich wie der menschlichen Ernährung richtig zu sagen: Ein Betrieb, der Hackfleisch und ähnliches verarbeitet, muss, auch wenn es schwierig wird, nachweisen, wo das eingesetzte Rohfleisch herkommt. Das muss man machen. Und weil es ein europäischer Markt ist, muss man europäische Instrumente aufbauen, die in der Lage sind, dem nachzugehen.

Da stellt sich gleich die nächste Frage: Wer führt solche Kontrollen durch? Es gibt ja schon viele Vorschriften, und die bisherigen Skandale waren meist Verstöße gegen bestehende Vorschriften. Nur, was nützen die, wenn sie nicht kontrolliert werden?

Das Problem ist: Wir kontrollieren letztlich auf der Ebene der Kreis-Veterinärinnen und -Veterinäre. Die gehen in die Betriebe. Man muss sich das so vorstellen: Der Kreis in Deutschland, in dem der Betrieb ansässig ist, kontrolliert mit seinem Veterinär, was dort passiert. Wenn aber so eine lange Kette davor war – rumänische Pferde, die nach Frankreich gewandert sind, dann nach Luxemburg kamen, dann in einen Herstellungsbetrieb in Deutschland gekommen sind – welche Möglichkeit hat der Kreisveterinär, das nachzuvollziehen?

Daher müssen wir überlegen: Wie können wir die Kontrollkette so aufbauen, dass der Kreisveterinär wirklich die Chance hat, den Weg bis zum Ursprung zurückzuverfolgen. Oder wir müssen vorne anfangen und sagen: Ab dem Moment, in dem diese Tiere geschlachtet werden, muss die Kontrolle wirksam dabei sein und den weiteren Weg dieses Fleisches begleiten. Damit wird für die Verbraucherinnen und Verbraucher auch endlich etwas transparenter, was für ein absurdes Fleischartikel die Agrarindustrie aufgebaut hat. Ich glaube, man muss neben den Handelsströmen auch einen Kontrollstrom aufbauen. Da werden manche zusammenzucken, aber die Skandale zeigen immer wieder, dass wir wahrscheinlich nicht darum herum kommen.

Mehr wirksame Kontrollen bedeuten natürlich mehr Personal, mehr Labore. Sind Sie bereit, dafür Geld in die Hand zu nehmen?

Ja. Und ich glaube, dass die Verbraucher das nachvollziehen können. Wenn sie wissen, das ist wirksam kontrolliert, und das Stück Fleisch wird dadurch am Ende ein paar Cent teurer, werden die Verbraucher dazu bereit sein. Davon bin ich überzeugt. Ich glaube, es ist der Wunsch der meisten Verbraucher, endlich wieder Vertrauen zum Produkt haben zu können. Es ist eben kein Auto, es ist kein Fernseher. Gute Lebensmittel erhalten unsere Gesundheit, und ich glaube, dass das immer mehr Menschen bewusst wird und sie eine Sehnsucht danach haben, nicht getäuscht zu werden und ehrliche Produkte zu finden.

Das Interview führte Peter Stützel.

Friedrich Ostendorff saß 2002 bis 2005 erstmals für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und gehört seit 2009 wieder dem Parlament an. Er ist agrarpolitischer Fraktionssprecher und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Adliger Landwirt: Hans-Georg von der Marwitz

Für Hans-Georg von der Marwitz gibt es da nichts zu relativieren. „Ja, es ist ein Skandal, dass das Fleisch falsch deklariert war“, sagt der CDU-Abgeordnete aus dem brandenburgischen Friedersdorf, knapp 60 Kilometer östlich von Berlin gelegen. Für den Ruf nach Konsequenzen hat er Verständnis. „Es geht nicht darum, ob Pferdefleisch gesundheitsschädlich ist, sondern darum, dass die Verbraucher getäuscht wurden“, sagt der 51-Jährige, der dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angehört. Nur – was für Konsequenzen sollten das sein? Von der Marwitz verweist auf die Verantwortung des Handels. „Der letzte in der Verkaufskette muss auch entsprechend in Haftung genommen werden“, fordert er. Die Politik müsse hier Druck aufbauen, und zwar „von der Ladentheke bis zum Landwirt“. Eine Erhöhung des Strafmaßes sei in diesem Zusammenhang „konsequent und richtig“. Ob sich damit künftige Skandale ausschließen lassen? Der CDU-Politiker ist skeptisch. „Dafür ist einfach zu viel kriminelle Energie vorhanden“, schätzt er ein. Vom letzten Skandal um falsch etikettierte Produkte war der Landwirt Hans-Georg von der Marwitz selbst betroffen. Ende 2011 waren konventionell erzeugte Produkte als Bioprodukte in den Markt gelangt. Von einem „schweren Schaden für ökologische wirtschaftende Landwirte“, sprach damals von der Marwitz, der auf dem von seiner Familie seit Ende des 17. Jahrhunderts bewirtschafteten Landgut im Oderbruch ökologischen wie auch konventionellen Ackerbau betreibt. „Ich bin breit aufgestellt“,

sagt er dazu schmunzelnd. Wieso aber lehnt jemand, der selber Biobauer ist, im Bundestag Anträge der Grünen für eine Stärkung des Biolandbaus ab? „Das ist so nicht ganz richtig“, korrigiert er. Es gehe ihm vielmehr darum, dass nicht noch eine weitere Förderung ins Leben gerufen wird, sagt von der Marwitz. Er plädiert ohnehin für einen sukzessiven Abbau der Direktzahlungen an die Landwirte – ökologische wie auch konventionelle. Mit dieser Art



»Es geht nicht darum, ob Pferdefleisch gesundheitsschädlich ist, sondern darum, dass die Verbraucher getäuscht wurden.«

der Subventionen werde die Agrarstruktur verändert, sagt er. „Und zwar nicht zum Besseren.“ Zu erleben sei dies nicht zuletzt in seinem Wahlkreis Märkisch Oderland. „Hier gibt es einen wahnsinnigen Strukturwandel“, macht von der Marwitz deutlich. „Die landwirtschaftlichen Betriebe werden immer größer“, warnt er. In seinem Landkreis seien derzeit 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Hand von vier großen Gesellschaften. „Das ist eine ungleiche Entwicklung, bei der die Direktzahlungen als Brandbeschleuniger wirken“, sagt von der Marwitz. Aber profitiert er nicht auch selber von den 300 Euro je

Hektar aus Brüssel? Klar sei dies eine sichere Einnahmequelle, räumt er ein. Allerdings: „Dem unternehmerischen Engagement und dem landwirtschaftlichen Können ist so eine Zahlung sicher nicht zuträglich.“ Hauptprofiteure der derzeitigen Regelung seien ohnehin die Großbetriebe mit viel Fläche, die wiederum für die Entwicklung im ländlichen Raum wenig beitragen würden. Das war schon bei den Vorfahren des Unions-Abgeordneten anders. „Schon früh haben sie sich weit über ihre familiären und wirtschaftlichen Interessen für das Dorf und die Gemeinschaft verantwortlich gefühlt“, sagt Hans-Georg von der Marwitz, der seit 1991 die nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsentgelteten von Marwitzschen Ackerflächen wieder bewirtschaftet. Warum hat der damals knapp 30-jährige staatlich geprüfte Landwirt den Schritt in den Osten Deutschlands gewagt? „Trieblfeder war nicht allein, in den Generationskontext wieder einzusteigen“, sagt er. Vielmehr habe er in dem Familiengut nahe Seelow die Chance gesehen, im Ackerbau etwas aufzubauen. Probleme mit der Akzeptanz innerhalb des brandenburgischen Dorfes hatte der im Allgäu aufgewachsene von der Marwitz nicht. Was vielleicht auch damit zu tun hat, dass er keine Restitutionsansprüche gestellt hat. Stattdessen wohnte er mit seiner Frau monatlang in einem Wohnwagen. Später wurde das Familiengut teils zurückgekauft und teils gepachtet. Die Familie von der Marwitz wohnt gern im Oderbruch. „Wir fühlen uns sehr wohl hier. Die Kinder sind ja auch schon märkische Urgesteine“, sagt der vierfache Familienvater.

Götz Hausding

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Dr. Thomas von Winter (twv)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
22. Februar 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhseestraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Die französische Firma Spanghero (li.) soll Pferdefleisch tonnenweise als Rindfleisch verkauft haben. Da mag der Bissen Lasagne gar nicht mehr schmecken. Ein Auslöser des Skandals ist das massenhafte Schlachten rumänischer Pferde nach dem Verbot von Pferdefuhrwerken (re.).

Bolognese auf Europa-Tournee

FLEISCHSKANDAL Der Weg vom Schlachter zum Verbraucher in der EU ist verwirrend. Der Preisdruck geht zu Lasten der Qualität

So haben sich die Bürger die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sicherlich nicht vorgestellt: Tiefkühltransporter, die über rumänische, französische, niederländische und deutsche Autobahnen rollen, von Schlachthöfen zu Zerlegebetrieben fahren und anschließend zur Weiterverarbeitung und über den Discounter bis hin zu einzelnen Unternehmensfilialen. Und irgendwo zwischendurch auf den vielen tausend Kilometern Wegstrecke quer durch Europa wird dabei aus der anfänglich als Pferdefleisch deklarierten Ladung hochwertiges Rindfleisch. Das findet sich dann am Ende in Fertig-Lasagne, Hamburgern, Dosen-Gulasch, Chili Con Carne und Spaghetti-Bolognese wieder. Bei keinem Lebensmittelskandal der letzten Jahre spielt der grenzüberschreitende Handel eine derart große Rolle wie beim jüngsten Pferdefleisch-Skandal. Auch wenn die Nachrichten über Spuren von Pferdefleisch in immer neuen Tiefkühlprodukten bei deutschen Discountern und Supermärkten nicht abreißen – auf nationaler Ebene, das wird immer deutlicher, ist den Betrügereien nicht mehr beizukommen. Ein Grund mehr dafür, dass sich die europäischen Verbraucherschutzminister der Falsch-Etikettierung von Fleischprodukten als erste annahmen. Denn aufgedeckt worden ist der Pferdefleisch-Skandal im Norden der Europäischen Union ausgerechnet in dem Land, das zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat – Irland. Dort wurden bei Routinekontrollen Mitte Januar Spuren von Pferdefleisch in Rindfleisch-Hamburgern entdeckt. Es ging um Fertigprodukte der britischen Supermarktketten Tesco, Iceland, Aldi (UK) und Lidl (UK).

Doly Com verkauft, einen der Schlachthöfe, die sehr schnell im Zentrum der Affäre standen. Französische Ermittler beschuldigten die Rumänen, das Fleisch fälschlich als Rind deklariert zu haben. Der stellvertretende Vorsitzende des Agrarrausschusses im EU-Parlament, José Bové, verwies darauf, dass seit sechs Jahren ein Verbot von Pferdefuhrwerken auf rumänischen Straßen besteht. Millionen Tiere seien daraufhin geschlachtet worden. Weil aber die Nachfrage nach Pferdefleisch in Rumänien nicht so hoch ist, sei das Fleisch in andere europäische Länder gelangt, so Bové. Allein im vergangenen Jahr wurden auf diese Weise aus dem südosteuropäischen Staat rund 350 Tonnen über eine in Zypern ansässige Firma zur Weiterverarbeitung nach Frankreich verkauft, um am Ende auch in Form von Fertigprodukten in den Regalen deutscher Discounter und Supermärkte zu landen. Die europäische Polizeibehörde Europol ist in diesem Zusammenhang einer Fleisch-Mafia auf der Spur und untersucht auch Verbindungen nach Italien und Polen. Mittlerweile beschäftigt dabei der Pferdefleisch-Skandal in Rumänien auch höchste Regierungskreise. Ministerpräsident Victor Ponta sagte bei einer eigens einberufenen Pressekonferenz, die Anschuldigungen aus Frankreich seien falsch. Rumänien wolle seine Unschuld vor Gericht verteidigen, so Ponta.

Laut Bukarest existieren keine Verträge mit französischen Firmen, in denen rumänische Unternehmen als Fleischlieferanten angegeben sind. Alle Zahlungen erfolgten über Offshore-Unternehmen. Deswegen sei es schwierig zu beweisen, woher das Fleisch wirklich stamme.

Zu Kebab verarbeitet Doch die Ermittlungen auf nationaler und EU-Ebene konzentrieren sich nicht nur auf Rumänien. Die britische Lebensmittelaufsicht FSA hatte nach den Funden in Irland nach einer Razzia zwei Fleischverarbeitungsbetriebe in England und in Wales geschlossen. Der Betreiber eines Schlachthofs in der Grafschaft Yorkshire in Nordengland steht unter dem Verdacht, geschlachtete Pferde an eine Anlage in der Grafschaft Pembrokeshire in Wales weitergegeben zu haben. Dort wurde das Fleisch vermutlich zu Burger-Frikadellen und Kebabs verarbeitet. Und auch in Deutschland wurden die Fahnder fündig: Bei einem Nudelgericht des Discounters Lidl, das ebenfalls Pferdefleisch enthielt, ließ sich der Hersteller im lichtensteinischen Schaan feststellen, die Rohware Fleisch allerdings lieferte eine Firma aus Ostbevern im Münsterland. Und bei einem Konservenhersteller im brandenburgischen Neuruppin, der ebenfalls in die Schlagzeilen geriet, wurden sechs verschiedene Zulieferer ausgemacht – vier

deutsche, ein belgisches und ein niederländisches Unternehmen. Die Europa-Tournee von Pferdefleisch-Bolognese und Dosen-Gulasch zeigt deshalb auch, wie unübersichtlich selbst innerhalb der EU der Weg vom Schlachter zum Endverbraucher heute verlaufen kann. Verbraucherschützer beklagen, dass das System es kriminellen Geschäftemachern dabei viel zu einfach macht. „Der europäische Binnenmarkt für Fleisch lädt dazu ein zu betrügen“, sagt etwa Andreas Winkler von „Foodwatch“. Während Fleisch heute regelmäßig über Landesgrenzen hinweg verschoben wird, endet die Zuständigkeit von Lebensmittelkontrolleuren zumeist an der Landesgrenze. Im föderal strukturierten Deutschland sind es sogar die Grenzen der einzelnen Bundesländer. Denn jedes Bundesland ist dafür verantwortlich, die heimischen Betriebe zu kontrollieren. „Die Lebensmittelkontrolleure hinken dabei zwangsläufig hinterher“, sagt Winkler. Denn wenn irgendwo eine belastete Probe auftaucht, ist ein Großteil des Fleisches schon längst außerhalb der Landesgrenzen. Auch der Chef des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure, Manfred Woller, fürchtet, dass man durch die Globalisierung an Grenzen stoße: „Wenn wir wie jetzt im Fall des Pferdefleisches sehen, dass Fleisch über solche langen Wege über verschiedene Länder vermarktet und gehandelt wird, muss man sich fragen, ob wir so etwas brauchen“, sagte er jetzt der Nachrichtenagentur dpa. Grundsätzlich hält er die Lebensmittel in Deutschland aber für sicher.

Ganz besonders schwierig aber ist die Herkunftskontrolle bei Hackfleischprodukten. Das hängt mit dem harten Preiskampf bei Lebensmitteln zusammen. Denn in vielen Fällen wird die Ware so oft mit anderer Ware gemischt, dass am Ende niemand mehr sagen kann, wo ein Kilo Hackfleisch am Ende wirklich herkommt. Das fängt damit an, dass ein Schlachtunternehmen Rinder verschiedener Bauern für die Schlachtung zusammen stellt, der Zerlegebetrieb ebenfalls gleiche Fleischstücke unterschiedlicher Tiere sammelt, die Tiefkühlspedition größere Transportmengen zusammen führt, Großhändler die Chargen wiederum für Zwischenhändler aufteilen und am Ende eine Ladung Rindfleisch zu Hackfleisch und damit endgültig zu einer anonymen Masse Fleisch verarbeitet wird. Dann geht es nicht selten weiter zu einem Weiterverarbeitungsbetrieb, der es mit anderen Zutaten, die ähnliche Europapreise hinter sich haben können, zu Lasagne, Pizza oder Burger „veredelt“.

auftauche. Die Ministerin will sich zugleich auf Ebene der Europäischen Union für eine erweiterte Kennzeichnung der Herkunft von verarbeiteten Lebensmitteln einsetzen. Bislang müssen Hersteller die Herkunft der einzelnen Zutaten nicht angeben.

Härtere Strafen Politisch Verantwortliche und Verbraucherschützer diskutieren seit Tagen mögliche Lösungen. Bayerns Umwelt- und Gesundheitsminister Marcel Huber (CSU) etwa forderte, die Strafen bei falsch deklarierten Lebensmitteln zu verschärfen. Derzeit seien die Strafen „verhältnismäßig niedrig“. Man sollte darüber nachdenken, die Fleisch-Panscherei „ordentlich unter Strafe zu stellen“. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag, Renate Künast, verlangt, dass verarbeitetes Fleisch gekennzeichnet und die Aufzucht- und Mastbetriebe benannt werden müssen. Brandenburgs Ressortchefin Anita Tack (Die Linke) sagte an die Adresse Aigners, sie erwarte erste Vorschläge für eine Herkunftskennzeichnung von Fleisch auch in Fertiggerichten. „Diese sollte kurzfristig auf den Weg gebracht werden.“ *Christoph Birnbaum*

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.

»Kriminelle Energie« Anfang Februar wurde in einer Fertigungsanlage und in einem Fleischlager ebenfalls weiteres Rindfleisch mit Pferdefleischspuren entdeckt. Daraufhin ordnete die britische Lebensmittelaufsicht umfangreiche Untersuchungen an und der Skandal nahm europäische Dimensionen an. In der Folge wurden mit Pferdefleisch versetzte Rindfleischprodukte auch in Frankreich und Schweden entdeckt. Mittlerweile ist auch in Deutschland in vielen Fällen falsch deklariertes Pferdefleisch gefunden worden. „Der Betrugsfall nimmt immer größere Dimensionen an. Hier wurde offenbar mit großer krimineller Energie gehandelt“, bilanzierte Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) einige Tage später das bis heute bekannt gewordene Ausmaß der Betrügereien. Seitdem arbeiten in ganz Europa Behörden intensiv an der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals. Ständig tauchen neue Firmennamen auf. Mühsam kommt Licht in das Netz aus Produzenten, Lieferanten und Händlern von Fertigprodukten. Vor allem aber wird deutlich, was bisher nur Kennern des Berufsstandes bekannt war – der hohe Grad an internationaler Arbeitsteilung auch und gerade bei der Fleischverarbeitung. So richteten sich anfangs alle Verdachtsmomente auf rumänische Schlachtbetriebe. Etwa 22 Euro bekommt ein Rumäne, wenn er seinen alten Gaul etwa an



»Sachsenmilch« aus Bayern

LEBENSMITTEL-ÜBERWACHUNG Es gilt das föderale Prinzip

Die amtliche Lebensmittelüberwachung liegt in Deutschland in den Händen der Bundesländer. Laut dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) sollen sie die Betriebe „ohne Vorankündigung in einem bestimmten Turnus oder nach Hinweisen von Verbrauchern oder Dritten“ kontrollieren. Betriebe, die bereits negativ aufgefallen seien, würden häufiger überprüft. Zum schnelleren Datenaustausch auf europäischer Ebene gibt es seit 2002 ein Europäisches Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel. Hier gingen allein im vergangenen Jahr rund 6.000 Meldungen ein. Auch der aktuelle Pferdefleisch-Fall wurde über das System verbreitet. Die Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft ist im nationalen Rückstandskontrollplan (NRKP) und im Einfuhrüberwachungsplan (EÜP) geregelt. Der NRKP schreibt vor, dass jedes 250. geschlachtete Rind, jedes 2.000. Schwein und jedes 2.000. Schaf kontrolliert werden. Für Geflügel ist eine Probe je 200 Tonnen Jahresproduktion vorgeschrieben. 2011 kamen so 56.325 Proben von Tieren oder tierischen Erzeugnissen zusammen. Nur 316 Proben waren positiv. Kontrolliert wurden allerdings fast ausschließlich Proben deutscher Herkunft. Für Fleisch, das aus anderen EU-Staaten zu uns kommt, sind die Herkunftsländer selbst zuständig. Laut BVL gelten dort die gleichen Maßstäbe wie in Deutschland. Für Fleisch, das aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland eingeführt wird, liegt die Verantwortung bei den Grenzkontrollstellen.

Seit 2010 gilt: Zwei bis vier Prozent aller Sendungen mit Lebensmitteln tierischer Herkunft müssen untersucht werden. Die Kontrollprogramme umfassen sowohl lebende als auch geschlachtete Tiere sowie Primärerzeugnisse wie Milch, Honig und Eier. Die Proben werden auf illegale Stoffe sowie den vorschriftsmäßigen Einsatz von Tierarzneimitteln kontrolliert. Auch die Belastung mit Umweltgiften wie Schwermetallen wird geprüft. Ziel ist der gesundheitliche Schutz der Verbraucher. Die 119 Pferdefleischproben waren besonders häufig mit Schwermetallen belastet. Bei sechs von sieben untersuchten Pferden lag der Wert für Cadmium oder Quecksilber oberhalb der zulässigen Höchstwerte. Wie notwendig aber auch gerade Veränderungen in der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln sind, darauf verweisen die Experten von „Foodwatch“. Nach ihren Erkenntnissen stammen „Büsumer Flusskrebse“ häufig aus China und „Sachsenmilch“ aus Bayern, der Großteil des Hähnchenfleisches für Convenience Produkte wie etwa „Chicken Nuggets“ aus Brasilien oder aus Thailand, ohne dass Verbraucher das erkennen könne. Es bedarf nicht viel Fantasie, um dort den nächsten Lebensmittelskandal zu wittern. *cb*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Vorstoß zu Nebeneinkünften

GESCHÄFTSORDNUNG Der Geschäftsausschuss des Bundestages hat in der vergangenen Woche eine Neuregelung der Verhaltensregeln für Abgeordnete beschlossen. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Thomas Strobl (CDU), mitteilte, soll die „seit Langem diskutierte Veröffentlichung der Nebeneinkünfte“ von Bundestagsabgeordneten mit einem neuen Stufensystem transparenter geregelt werden.

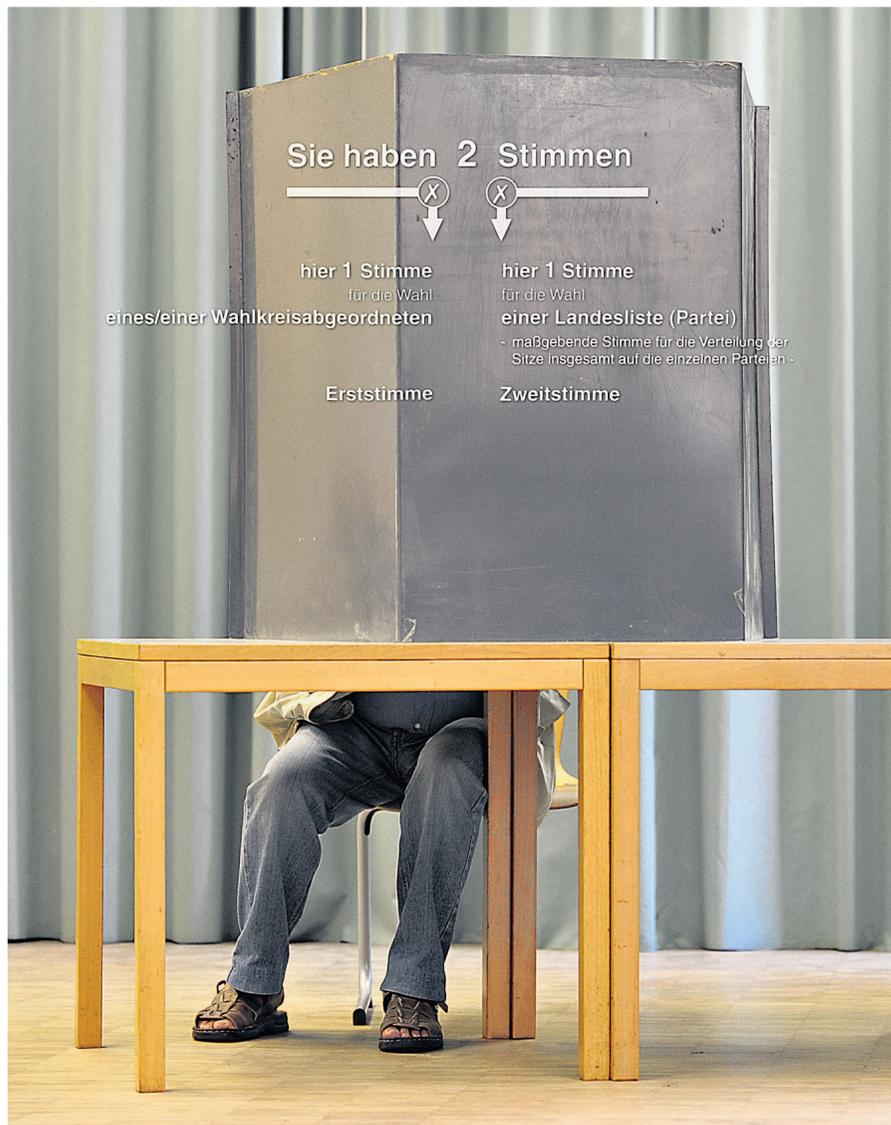
Auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission des Ältestenrates für die Rechtsstellung der Mitglieder des Bundestages sei beabsichtigt, die Angaben über die regelmäßigen monatlichen Einkünfte künftig in zehn Einkommensstufen zu veröffentlichen, erläuterte der Ausschussvorsitzende. Dabei erfasse Stufe Eins Einkünfte in der Größenordnung ab 1.000 Euro, die Stufen Zwei bis Neun seien gestaffelt für Einkünfte von 3.500 Euro bis 250.000 Euro und Stufe Zehn betreffe Einkünfte über 250.000 Euro.

Strobl verwies zugleich darauf, dass die Altregelung, bei der in drei Stufen Einkünfte ab 1.000 Euro bis zu Einkünften über 7.500 Euro erfasst werde, als „unzureichend“ empfunden werde. Nach seinen Worten sind die Angaben im Amtlichen Handbuch sowie auf den Internetseiten des Bundestages zu veröffentlichen und können somit von allen interessierten Bürgern eingesehen werden. Damit werde die Transparenz der Arbeit der Abgeordneten weiter erhöht, fügte Strobl hinzu.

Der Ausschuss hat die Neuregelung den Angaben zufolge mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen. Der von der Opposition geforderten Offenlegung der Einkünfte auf Euro und Cent sei der Ausschuss nicht gefolgt. Die Neuregelung, die zum Beginn der nächsten Wahlperiode in Kraft treten soll, muss noch vom Plenum des Bundestages beschlossen werden. **sto**

Immunität aufgehoben

ABGEORDNETE Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Deutsche Bundestag auf Empfehlung des Immunitätsausschusses in der vergangenen Woche die Immunität der beiden Abgeordneten Caren Ley (17/12285) und Michael Leutert (17/12286) aufgehoben und damit die Durchführung von Strafverfahren genehmigt. Die zwei Linke-Abgeordneten hatten 2011 in Dresden an einer Sitzblockade gegen eine Neonazi-Demonstration teilgenommen. Für Die Linke begründete Roland Claus das Nein seiner Fraktion zu den beiden Vorlagen damit, dass „couragierter Protest gegen Nazis unterstützt und nicht strafverfolgt gehört“. Der Ausschussvorsitzende Thomas Strobl (CDU) betonte demgegenüber, dass die Staatsanwaltschaft das Verhalten der beiden Bundestagsabgeordneten „mit einer nachvollziehbaren Begründung als Straftat bewertet“ und dargelegt habe, dass dies in zahlreichen anderen Verfahren genauso geschehen sei. **sto**



Auch bei der Bundestagswahl im September können auf dem Wahlzettel zwei Kreuzchen gemacht werden.

Das Versprechen der Demokratie

WAHLRECHT I Sieben Monate vor der Bundestagswahl beschließt das Parlament einen Vier-Fraktionen-Kompromiss

Wenn die Wähler am 22. September den neuen Bundestag bestimmen, wird sich für sie in der Wahlkabine wenig geändert haben – trotz des jahrelangen und nun in breitem Konsens beendeten Parteienstreits über ein verfassungsgemäßes Wahlrecht: Jeder hat zwei Stimmen, eine für den Direktkandidaten im Wahlkreis, eine für die Landesliste einer Partei. Für den FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert war es denn auch am Donnerstagabend bei der Schlussdebatte des Bundestages über die Wahlrechtsnovelle „die gute Nachricht des heutigen Tages“, dass das „bewährte Zwei-Stimmen-Wahlrecht“ auch nach der Reform erhalten bleibt. Auch Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) hob hervor, dass es mit der Neuregelung nicht zu einer „grundlegenden Abkehr vom Prinzip der personalisierten Verhältniswahl“ und damit von einem Wahlsystem kommt, „das sich in über 60 Jahren in Deutschland bewährt hat“.

Mehr Abgeordnete Danach wird zur Vermeidung des negativen Stimmgewichts die mit der Wahlrechtsreform von 2011 eingeführte länderweise Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der Parteien in modifizierter Form als erste Stufe der Sitzverteilung beibehalten. Zum Ausgleich von Überhangmandaten wird „in einer zweiten Stufe der Sitzverteilung die Gesamtzahl der Sitze so weit erhöht, bis bei anschließender bundesweiter Oberteilung an die Parteien und Unterteilung auf die Landeslisten alle Wahlkreismandate auf Zweitstimmenmandate der Partei angerechnet werden können“. Mit dieser Lösung, befand Grosse-Brömer, seien die gestellten Aufgaben „gut umgesetzt und erfüllt“ worden. Weil man konstruktiv zusammengearbeitet habe, habe man deutlich machen können, dass das Parlament „fraktionsübergreifend gute Kompromisse in schwierigen Fragen“ finden kann, sagte er.

Sein SPD-Kollege Thomas Oppermann hob hervor, dass Überhangmandate künftig vollständig ausgeglichen werden – was seine Fraktion bereits 2011 gefordert hatte. Mit dem neuen Wahlrecht könnten sich die Wähler darauf verlassen, „dass sie mit ihrer Stimme

das bewirken, was sie zu bewirken beabsichtigt haben“, sagte er und sah „das große Versprechen der Demokratie“ eingelöst: ein „faires und gleiches Wahlrecht für alle“. Wawzyniak sagte, Die Linke lehne den Vier-Fraktionen-Kompromiss ab, weil er zu einer Vergrößerung des Bundestages führen werde. Eine solche Vergrößerung müsste „um der Demokratie willen“ hingenommen werden, wenn es zu dem Vier-Fraktionen-Modell keine verfassungsgemäße Alternative gäbe. Ihre Fraktion habe aber eine Alternative vorgelegt, bei der auf der Bundesebene die Direktmandate mit den Zweitstimmen verrechnet und die dann noch übrigen Sitze an die Parteien verteilt würden. Dass dabei der föderale Proporz verzerrt würde, streite sie nicht ab, doch gebe es diese Probleme auch bei anderen Modellen.

»Nochmal nacharbeiten« Der Gesetzesentwurf der Linksfraktion (17/11821) wurde mit den Stimmen des restlichen Hauses abgelehnt. Ruppert kritisierte, wenn 360.000 Brandenburger die CDU wählen, bekämen die Christdemokraten „nach dem Vorschlag der Linken dafür kein einziges Mandat, während die CDU, wenn sich 58.000 Baden-Württemberger entschließen, sie zu wählen, ein Mandat dafür bekommt“. Mit Blick auf eine mögliche Vergrößerung des Parlaments als Folge des Vier-Fraktionen-Kompromisses verwies der FDP-Parlamentarier darauf, dass Deutschland im internationalen Vergleich kein übermäßig großes Parlament habe. Bei einem zu starken Anwachsen der Abgeordnetenzahl werde seine Fraktion aber in der nächsten Legislaturperiode darauf achten, „dass der Bundestag dann nicht dauerhaft zu groß wird“. Der Parlamentarische Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck wertete den Kompromiss als Signal an die Bürger, „dass wir ein faires Wahlrecht haben“. Man müsse aber in der nächsten Wahlperiode hinsichtlich der Entstehung von Überhangmandaten „nacharbeiten“ um nicht dauerhaft zu einer ziemlichen Vergrößerung des Bundestages zu kommen. **Helmut Stoltenberg**

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Neues Statistikgesetz beschlossen

INNERES Einstimmig hat der Bundestag in der vergangenen Woche den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines „Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes“ (17/9219) in modifizierter Fassung (17/12396) verabschiedet. Damit wird das 1957 in Kraft getretene Bevölkerungsstatistikgesetz laut Regierung grundlegend überarbeitet. Vorgesehen sind sprachliche Anpassungen an das „vor Jahren geänderte Scheidungs- und Kindschaftsrecht, an das 2009 in Kraft getretene Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ sowie eine bessere Erfassung der Daten zur deutschen Staatsangehörigkeit vor. Weiterhin sollen „fachstatistisch gebotene Verbesserungen realisiert“ werden. Danach wird die Zahl eingetragener Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 bisher nicht statistisch erfasst. Die Lebenspartnerschaft sei durch die

Reform des Personenstandsrechts als neuer Personenstand aufgenommen worden und „daher als solcher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu erfassen“, heißt es in der Vorlage. Da die Bevölkerung auch nach Familienstand fortzuschreiben sei, sei auch dafür die Lebenspartnerschaft statistisch zu erfassen. Eine solche Fortschreibung setze die Erfassung des Bestandes voraus, die mit dem Zensus 2011 erfolge. Für die nachträgliche Erfassung von Lebenspartnerschaften, die zwischen dem Zensusstichtag 9. Mai 2011 und dem Inkrafttreten des Gesetzes Anfang 2014 eingegangen werden, ist eine rückwirkende Erfassung vorgesehen. Zudem werden weitere Änderungen berücksichtigt, die sich aus der Reform des Personenstandsrechts zum 1. Januar 2009 ergeben haben. So wird etwa auf die Erhebung der Angaben zur Religion bei den Standesämtern verzichtet, weil diese dort nur noch eingeschränkt und nur auf besonderen Wunsch der Betroffenen eingetragen werden. **sto**

Hilfen für Lehrkräfte gefordert

INNERES Die Situation von Lehrkräften in Integrationskursen soll nach dem Willen der SPD- und der Grünen-Fraktion verbessert werden. Entsprechende Anträge der beiden Fraktionen überwies der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Die Sozialdemokraten verweisen in ihrer Vorlage (17/10647) darauf, dass die Mehrzahl dieser Lehrkräfte nicht angemessen bezahlt werde. Dem Antrag zufolge soll sichergestellt werden, dass die Lehrkräfte ein „angemessenes Honorar erhalten“. Insbesondere wollen die Abgeordneten gewährleistet wissen, dass die Lehrkräfte „ihre Sozialversicherungsbeiträge leisten können und nicht auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II angewiesen sind“. Weitere Punkte des geforderten Maßnahmenpakets betreffen unter anderem die Er-

höhung der Quote festgestellter Lehrkräfte sowie die soziale Absicherung. Die Grünen fordern in ihrem Antrag (17/11577) die Bundesregierung auf, eine Rechtsgrundlage zur Einführung einer Mindestvergütung von Honorarlehrkräften in Integrationskursen zu schaffen und die Mindestvergütungsgrenze für freiberufliche Integrationskurslehrkräfte auf 30 Euro festzulegen. Auch soll die Regierung laut Vorlage einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vorlegen, der Unionsbürgern, subsidiär geschützten Personen sowie Bleibeberechtigten einen Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs einräumt. Ferner soll die Regierung die Integrationskursverordnung „dahingehend (...) ändern, dass auch Asylsuchende und Geduldete zum Integrationskurs zugelassen werden können“. **ad**

Genitalverstümmelung im Visier

RECHT Die Verstümmelung der äußeren Genitalien einer Frau durch Beschneidung oder in anderer Weise soll nach dem Willen der SPD-Fraktion und des Bundesrates stärker als bisher in Deutschland geahndet werden. Mit entsprechenden Gesetzentwürfen der Sozialdemokraten (17/12374) und der Länderkammer (17/1217) befasste sich der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung. Der Bundesrat fordert in seiner Initiative, Genitalverstümmelung bei Frauen mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren zu bestrafen. Nach dem Willen der Länderkammer soll die Tat als schwerwiegender Verstoß gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Opfers eingestuft werden. Damit würde „ein eindeutiges Signal gesetzt, dass der Staat solche Menschenrechtsverletzungen keinesfalls toleriert, sondern energisch bekämpft“, heißt in der Vorlage.

Danach soll zudem die Verjährung ruhen, bis das Opfer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Strafverfolgung komme vielfach erst durch eine Strafanzeige des Opfers in Gang. Da die Täter regelmäßig aus dem Familienkreis der Opfer kämen, könnten sich die meist minderjährigen Betroffenen allerdings häufig erst im Erwachsenenalter zu einer Strafanzeige entschließen, wenn sie sich aus der Familie gelöst hätten. Die Sozialdemokraten fordern in ihrer Vorlage vor allem die Hochstufung der Verstümmelung zum Verbrechen. Angaben von Nichtregierungsorganisationen zufolge seien in Deutschland derzeit etwa 20.000 Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Zudem seien zirka 4.000 bis 5.000 hier lebende Mädchen und Frauen gefährdet, Opfer von Genitalverstümmelung zu werden, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Entwurf. **ver**

Nicht alle dürfen wählen

WAHLRECHT II Bundestag lehnt Oppositionsvorstöße ab

Die Opposition ist vergangene Woche im Bundestag mit Vorstößen zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige gescheitert. Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP lehnte der Bundestag entsprechende Gesetzentwürfe der SPD- (17/1047) und der Grünen-Fraktion (17/1150) sowie einen Antrag der Linksfraktion (17/1146) ab. Ziel der Vorlagen war es, dass durch eine Änderung des Grundgesetzes Ausländern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen, nach Maßgabe von Landesrecht das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen eingeräumt wird.

Hilfen für Behinderte Erstmals befasste sich das Parlament zudem mit einem Antrag der SPD-Fraktion zur „Verbesserung des Wahlrechts von Menschen mit Behinderungen und Analphabeten“ (17/12380). In der Vorlage, die zur weiteren Beratung an

die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, verweist die Fraktion darauf, dass nach dem Bundes- und dem Europawahlgesetz alle jene Menschen pauschal vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen seien, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist. Ebenfalls ausgeschlossen seien Menschen, die eine Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen haben und aufgrund dessen in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Nach geltenden menschenrechtlichen Standards seien diese Ausschlussatbestände jedoch nicht zu rechtfertigen.

Die Bundesregierung soll daher nach dem Willen der Sozialdemokraten einen Gesetzesentwurf vorlegen, der ausschließt, dass der Verlust des Wahlrechts künftig ausschließlich aufgrund der entsprechenden Bestimmungen im Bundes- und im Europawahlgesetz möglich ist. Zudem fordert die Fraktion die Regierung auf, Regelungen so zu ändern beziehungsweise „neue Regelungen dahingehend zu erlassen, dass die Unterstützung bei der Stimmabgabe für alle Menschen mit Behinderungen ermöglicht wird“. Auch soll die Regierung dem Antrag zufolge einen Gesetzesentwurf zur Änderung der beiden genannten Wahlgesetze mit dem Inhalt vorlegen, dass durch die Verwendung von Parteiensymbolen und Lichtbildern der Kandidaten auf den Stimmzetteln die Wiedererkennung von Parteien und Bewerbern „und somit die Stimmabgabe erleichtert wird“. **sto**



Drittstaatenangehörige bleiben bei Wahlen außen vor.



Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de





Helmut Roewer, ehemaliger Präsident des thüringischen Verfassungsschutzes, hat vor dem NSU-Untersuchungsausschuss die eigene Landes-Polizei heftig kritisiert.

Polizei darf Daten abfragen

RECHT Die gesetzliche Regelung der Funkzellenabfrage (FZA) bleibt wie gehabt. Zwei Gesetzesentwürfe der Fraktionen Die Linke (17/7335) und Bündnis 90/Die Grünen (17/7033) zur Umgestaltung von Praxis und Rechtslage hat der Bundestag vergangenen Freitag in zweiter und dritter Beratung abgelehnt. Damit folgt das Plenum der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses (17/12419).

Die Linke fordert in ihrem Gesetzesentwurf, die Möglichkeit der Funkzellenabfrage durch Ermittlungsbehörden abzuschaffen. Eine entsprechende Vorschrift aus der Strafprozessordnung, der zufolge im Falle einer Straftat von „erheblicher Bedeutung“ eine solche Maßnahme zum Einsatz kommen kann, sei zu streichen. Bisher lässt das Gesetz diese zu, sofern die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

Im Unterschied zur Linken wollen die Grünen die FZA nicht komplett abschaffen. Allerdings muss diese nach Meinung der Abgeordneten als Ermittlungsmaßnahme grundgesetzkonform und rechtsstaatlich reguliert werden. Ihr Entwurf sieht vor, die richterliche Begründungspflicht auszuweiten, um Eingriffe in das Grundrecht zu begrenzen.

Nach Angaben der Grünen haben Polizeibeamte im Februar 2011 in Dresden bei einer FZA viele Daten von unbeteiligten Personen erhoben. Die Daten seien in Ermittlungen verwendet worden, für die keine Genehmigung vorgelegen habe, heißt es in der Vorlage. Da sich die FZA nur gegen den Beschuldigten oder dessen Nachrichtenmittler richten dürfe, soll der Entwurf die Funkzellenabfrage erschweren. Die Änderung der Strafprozessordnung diene auch der besseren parlamentarischen Kontrolle. **ver**

Gegenseitiges Mauern

NSU-AUSSCHUSS In Thüringen herrschte Kleinkrieg zwischen den Sicherheitsbehörden

Das ist ein Schwarzer-Peter-Spiel, erregt sich der SPD-Abgeordnete Sönke Rix. Wolfgang Wieland (Grüne) ortet in Thüringen Ende der 1990er Jahre ein „miserables Bild“. Es sei ein „Trauerspiel“, wie Geheimdienst und Landeskriminalamt (LKA) gegenseitig „gemauert“ hätten. Die Zeigenaufritte vergangene Woche im Untersuchungsausschuss, der Pannen bei den Ermittlungen zu der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelegten Mordserie durchleuchten soll, legen indes die Vermutung nahe, dass seinerzeit sogar ein Kleinkrieg herrschte – und dass jetzt beide Seiten auf der Bühne des Reichstags den alten Zoff neu aufleben lassen. LKA und Landesamt für Verfassungsschutz (LVV) werfen sich gegenseitig die Verantwortung für einen lückenhaften Informationsfluss, ja sogar Obstruktion vor. Da mutmaßt nicht nur Rix, dass auch wegen dieser Blockaden das im Januar 1998 untergetauchte „Bombenbastler“-Trio nicht zügig entdeckt wurde, bevor Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe zum NSU mutieren konnten.

»Bei der Polizei wurden ganze Fahndungsmaßnahmen zerschlagen.«

Helmut Roewer, Ex-Verfassungsschutzchef

gen eilt der Ruf eines Exzentriker voraus. Nach Schilderungen ehemaliger Mitarbeiter ist er schon mal mit dem Rad durch Bürolaufe gekreuzt, hat nackte Füße auf den Schreibtisch gelegt und kleidete sich einmal in eine Uniform nach dem Muster des Weltkrieg-I-Generals Erich Ludendorff. Derart schräg präsentiert sich Roewer dem Ausschuss nicht. Gleichwohl hat er Sensationelles zu bieten: Der Verfassungsschutz habe damals gegen die Polizei ermittelt, aus deren Reihen würden Informationen auch in die rechtsextreme Szene abfließen. Erfahrungen hat das LKA von dieser Aktion nichts. Viele Details berichtet Roewer nicht. Er vermutet, dass die entsprechenden Dokumente „nach meinem Ausscheiden aus dem Amt vernichtet wurden“. Jedenfalls seien einmal bei einem Rechtsextremisten Fahndungsakten getaucht. Wegen der Informationslecks bei der Polizei seien „ganze Fahndungsmaßnahmen zerschlagen“ worden, kritisiert der Ex-Geheimdienstler. Diverse Zugriffe auf das gesuchte Trio seien aus unerklärlichen Gründen misslungen. Einmal seien LKA-Leute gar nicht erst zur vereinbarten Aktion gekommen. Bei der Polizei klingt das ganz anders. Jürgen Dressler, beim LKA zuständig für Ermittlungen im Bereich Terrorismus/Extremismus, erläutert den Abgeordneten „wundersame Ereignisse“. So sei der auf Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe angesetzte LKA-Zielfahnder Sven Wunderlich bei geplanten Zugriffen auf die Gruppe seltsamerweise oft zu spät gekommen. Laut Dressler bekam Wunderlich von LKA-Präsident Egon Luthardt zu hören, er werde das Trio nie finden, da es unter staatlichem Schutz stehe. Dressler wirft dem Geheimdienst vor, der Polizei zwar Hinweise auf denkbare Verstecke der Gruppe zum Bombenbasteln genannt zu haben, dies aber als Geheimpapier übermittelt zu haben, das gegenüber anderen Behörden nicht verwendbar gewesen sei – weswegen sich der Antrag bei der Staatsanwaltschaft auf Durchsuchung der Verstecke um Wochen verzögert habe.

Spät weitergegeben Wie bei zurückliegenden Zeugenvernehmungen Luthardt und Wunderlich, so hält auch Dressler den Geheimdienstlern vor, Erkenntnisse zum Trio häufig erst sehr spät ans LKA gegeben zu haben. Luthardt und Wunderlich hatten moniert, sie hätten viele Informationen gar nicht erhalten. Roewer und sein Vize Peter Jörg Nocken starten jetzt furiose Retourkutschchen. Der Ex-Präsident betont, das LKA habe das LKA umfassend über das Wissen seiner Behörde unterrichtet. Nocken wehrt sich gegen Wunderlichs These, der Geheimdienst habe seine schützende Hand über die drei Untergetauchten gehalten. Man sei gegenüber dem LKA so offen gewesen, wie dies ein Verfassungsschutz sonst nie tue.

Ein zäher Kampf tobt um die Frage, ob die LKA-Zielfahndung von den Schlapphüten erfahren hat, dass sich die Jenaer Zelle Waffen besorge und Überfälle zur Geldbeschaffung plane. Wunderlich bestreitet dies. Nocken holt jetzt zum Gegenschlag aus: Noch am Abend jenes Tages, als er von Brandenburger Kollegen die heiße Nachricht bekam, habe er Luthardt mündlich darüber unterrichtet. Der aber hatte sich daran vor dem Ausschuss partout nicht erinnern können. Es sei „sehr plausibel“, meint der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD), dass Nocken „gelogen hat“.

»Der Vorrang des Schutzes der Quelle darf nicht absolut sein.«

Clemens Binner, CDU

Der Linken-Abgeordnete Jens Petermann äußert den Verdacht, der Landes-Verfassungsschutz habe möglicherweise den V-Mann Tino Brandt vor Durchsuchungsaktionen der Polizei gewarnt. Brandt war ein führender Kopf des „Thüringer Heimatschutzes“, in dem vor ihrem Abtauchen auch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe aktiv waren, und erhielt vom Geheimdienst für langjährige Spitzeltätigkeit 200.000 Mark. In Erfurt kursiert die Geschichte von Ermittlern, die früh morgens von Brandt schon erwartet wurden, auch war die Festplatte seines Computers ausgebaut. Nocken weist solche Vorwürfe zurück: Er sei sich „sicher“, dass keiner seiner Mitarbeiter Brandt gewarnt habe.

Der Ex-LV-Vize beschwört das Prinzip des „Quellenschutzes“: Drohe die Enttarnung eines V-Manns, eröffnete Nocken dem konsternierten Ausschuss, halte man Erkenntnisse gegenüber der Polizei schon mal zurück. Für den FDP-Parlamentarier Patrick Kurth ist dies ein „unerträglicher Zustand“. Clemens Binner (CDU) betont, der Vorrang des Quellenschutzes dürfe „nicht absolut sein“.

Landesamt für Verfassungsschutz könne bei der Übermittlung einer Information an Kollegen anderer Länder bestimmen, wie damit wegen des Quellenschutzes umzugehen sei: „Das war immer so und wird immer so bleiben.“ Da bricht Gelächter aus: Die Abgeordneten haben entsprechende Gesetzesänderungen offenbar schon im Kopf.

Roewer verteidigt das V-Leu-Verfahren, urteilt über diese Klientel aber ziemlich harsch: „Das ist Abschaum.“ Den Umgang mit diesen Leuten dürfe man sich nicht „als besonders vornehm vorstellen“. Da werde einer vom V-Mann-Führer schon mal „unter Sprit gesetzt und abgeschöpft“ – will heißen, sie gehen gemeinsam „saufen“. Rätselhaft bleibt der Spitzel „Günther“, der von Roewer persönlich gesteuert worden sein soll und den im Thüringer LVV niemand kennt. Auf Nachfragen kontert der Zeuge: „Was geht Sie das an?“ **Karl-Otto Sattler**

Rot-grüne Pläne im Kreuzfeuer

LANDESPOLITIK Angekündigte Steuererhöhungen werden zum Zankapfel der Parteien

Der Bundestagswahlkampf sendet seine Verbote aus. Nach der Landtagswahl in Niedersachsen, die zu einem Regierungswechsel von Schwarz-gelb zu Rot-grün geführt und den von den Oppositionsparteien im Bund geführten Landesregierungen zu einer absoluten Mehrheit im Bundestag verholfen hat, geht die Koalition in die Gegenoffensive. Auf Initiative von CDU/CSU und FDP debattierte der Bundestag vergangene Woche in einer Aktuellen Stunde über die rot-grüne Politik in den Bundesländern. Dabei lieferten sich die Fraktionen den erwarteten Schlagabtausch.

Koalition im Bund. „FDP und Union haben das Land übernommen, als es in Europa bei Verschuldung und Wachstum auf einem Abstiegsplatz stand“, sagte Döring. Heute sei die Neuverschuldung im Bund so niedrig wie nie zuvor. Von den Koalitionsverträgen der rot-grünen Koalitionen in den Ländern gehe daher ein fatales Signal aus. „Sie sind nicht bereit zu sparen“, meinte Döring.

Nach Ansicht des SPD-Abgeordneten Hubertus Heil haben sich die Bürger in Niedersachsen bewusst für einen Wechsel entschieden, weil sie die Politik der bisherigen Landesregierung für verfehlt hielten. So hätten die Regierungen unter den Ministerpräsidenten Christian Wulff und David McAllister (beide CDU) im Landeshaushalt einen Schuldenberg in Höhe von 60 Milliarden Euro hinterlassen. Dies werde sich unter Rot-grün ändern: „Wir werden die Schuldengrenze durch eine sparsame Haushaltspolitik einhalten“, ist sich Heil sicher. Ekin Delingöz von Bündnis 90/Die Grünen begründete, weshalb die rot-grünen Landesregierungen zu Steuererhöhungen greifen müssten. Sie warf den Koalitionsparteien vor, dass die von ihnen geführten Regierungen „die Kommunen haben ausbluten lassen“.

den Euro hinterlassen. Dies werde sich unter Rot-grün ändern: „Wir werden die Schuldengrenze durch eine sparsame Haushaltspolitik einhalten“, ist sich Heil sicher. Ekin Delingöz von Bündnis 90/Die Grünen begründete, weshalb die rot-grünen Landesregierungen zu Steuererhöhungen greifen müssten. Sie warf den Koalitionsparteien vor, dass die von ihnen geführten Regierungen „die Kommunen haben ausbluten lassen“.

»Billiges Manöver« Die Abgeordnete Johanna Voß von der Linken warf den Koalitionsparteien vor, ihre Strategie der Polarisierung der politischen Lager stelle „nur ein billiges politisches Manöver“ dar. Von der Wahl der Bürger zwischen einem schwarz-gelben und einem rot-grünen Lager könne keine Rede sein. „Alle vier Parteien proklamieren dieselben neoliberalen Glaubenssätze“, sagte Voß. Dazu sage nur die Linke nein. **tw**



Rot-Grün ist derzeit die häufigste politische Farbkombination in den Ländern.

Steuerpläne Der CDU-Abgeordnete Frank Steffel eröffnete die Debatte mit einem Angriff auf die Steuerpläne der rot-grün geführten Landesregierungen. Durch Medien und Fachwelt sei ein Aufschrei gegangen, als bekannt geworden sei, dass in den rot-grün regierten Ländern der Steuersatz drastisch angehoben werden solle. Steffel charakterisierte die Pläne als „steuerpolitischen Amoklauf“. Die Folgen würden von Rot-Grün völlig falsch dargestellt: „Sie täuschen die Menschen, wenn sie behaupten, die Steuererhöhungen träfen nur die Reichen“, sagte Steffel. Der FDP-Abgeordnete Patrick Döring verwies zunächst auf die vermeintlich negative Leistungsbilanz der rot-grünen

Anzeige

Neue Reihe

Genshagener Schriften – Europa politisch denken

Neue Wege in ein neues Europa
Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges

Herausgegeben von Martin Koopmann, Joachim Schild und Hans Stark

2013, Band 1, 217 S., brosch., 36,- €
ISBN 978-3-8329-7914-0

Der 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2013 bietet einen geeigneten Anlass, die deutsch-französischen Beziehungen neu zu vermessen. Die Analysen der verschiedenen Wirkungsfelder deutsch-französischer Politik seit 1989 kommen zu dem Ergebnis, dass auch unter den neuen Rahmenbedingungen die deutsch-französische Verantwortungsgemeinschaft für Europa fortbesteht.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de/19940

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Zensur auf der einen, Populismus auf der anderen Seite. Auf diesen Nenner lassen sich die gegenseitigen Vorwürfe von Opposition und Bundesregierung bringen.

Die Plenardebatte zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung am vergangenen Donnerstag war nicht nur eine Demonstration der konträren Positionen der politischen Lager. Sondern sie zeigte auch, dass Deutschland im Februar 2013 mitten im Wahlkampf angekommen ist.

Es ist die Vorgeschichte speziell dieses Berichtes, der zu einer besonders gereizten Grundstimmung im Plenum in Berlin geführt hatte: Bereits vor mehr als drei Monaten hatte das Papier eigentlich erscheinen sollen. Doch auf Intervention von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatten ganze Passagen umgeschrieben werden müssen. Deshalb hatte die Grünen-Fraktion im Dezember vergangenen Jahres eine Große Anfrage (17/11900) an die Regierung gerichtet. In 66 Detailfragen erkundigt sich darin die Fraktion unter anderem nach einer möglichen Verschleierung negativer Fakten und Daten im Bericht.

Die Große Anfrage sowie der Grünen-Antrag „Für eine sozio-kulturelle Existenzsicherung ohne Lücken“ (17/12389) waren Anlass der Debatte. Somit stellte die Fraktion die erste Rednerin: Katrin Göring-Eckardt von Bündnis 90/Die Grünen warf der Koalition vor, die Augen vor der „Realität der Armut in diesem Land“ zu verschließen. Die Spaltung der Gesellschaft sei nicht einmal ein Thema im Bundeskabinett und der Bericht passe „nicht in die Schönwetterstrategie der Koalition“, warf sie der Bundesregierung vor.

Parlamentarisches Manöver Ihre Skepsis unterstrichen die Grünen mit einem parlamentarischen Manöver: Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Volker Beck stellte einen Antrag auf Anwesenheit der verantwortlichen Minister – zur Überraschung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die zu diesem Zeitpunkt bereits im Saal anwesend war. Allein Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hätte noch herbeitelefoniert werden müssen. Eine Handzeichen-Abstimmung über diesen Antrag führte allerdings zu keinem eindeutig sichtbaren Ergebnis. So verfügte Sitzungspräsident Eduard Oswald (CSU) einen Hammelsprung. Während die Abstimmung noch lief, traf Rösler bereits ein. Beck's Antrag wurde dann mit 239 Nein-Stimmen zu 166 Ja-Stimmen abgelehnt. Enthaltungen gab es nicht.

Nach dem Hammelsprung wies Matthias Zimmer (CDU) die Kritik der Grünen-Politikerin zurück: Bei der Überarbeitung des Berichts handele es sich nicht um Zensur, sondern lediglich um eine Ressort-Abstimmung. Er freue sich auf die Veröffentlichung, denn der Bericht zeige, „wie gut es den Deutschen geht“. An die Opposition gerichtet sagte Zimmer, „Wir sollten unterlassen, uns künstlich arm zu reden.“

Sigmar Gabriel (SPD) erklärte, dass in Deutschland täglich 1,5 Millionen Menschen „Schlange für altes Brot stehen, weil sie sich neues nicht einmal in den Discount-Läden leisten können“. Und 2,4 Millionen Kinder seien armutsgefährdet, „weil ihre Eltern zu wenig verdienen“. Der Bericht belege, dass

Die große Kluft im reichen Land

ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT Debatte im Bundestag ist vom Wahlkampf geprägt. Opposition spricht von Zensur



Auch Bettler auf der Straße gehören zur Realität in Deutschland.

„Privatvermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt“ sei. Gabriel sprach sich in dem Kontext für höhere Steuern und die Finanztransaktionssteuer aus.

Bereits im Februar 2011 hatte die SPD-Fraktion einen Antrag (17/4552) in den Bundestag eingebracht, über den ebenfalls im Anschluss an die Debatte abgestimmt wurde. In diesem forderten die Sozialdemokraten unter anderem die Ausweitung der Berichterstattung über den Reichtum. Dies soll unter anderem durch zusätzliche Indikatoren geschehen, beispielsweise bezüglich der Vermögensberechnung privater Haushalte, zur Analyse der Weitergabe von Reichtum durch Vererbung und Schenkungen, zur Analyse

der vermögensrelevanten Größen Steuerermüdung, Steuerflucht oder etwa Steuerhinterziehung.

Dramatisierung Die Vorwürfe und Forderungen Gabriels wies Pascal Kober (FDP) entschieden zurück. Der Bericht beschreibe „große Erfolge, die durch populistische Reden nicht“ zu wiederlegen seien: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatten so vielen Menschen eine Arbeit wie heute“. Mit Blick auf die Debatte warf er der Opposition eine Dramatisierung vor.

Katja Kipping (Die Linke) warf der Bundesregierung eine „Sterilisierung“ des Armuts- und Reichtumsberichts vor. Die Regierung

solle „lieber die Realität als den Bericht verbessern“, sagte sie. Ihre Fraktion setze sich dafür ein, dass künftig eine unabhängige Kommission die Armuts- und Reichtumsberichterstattung, bestehend aus „Fachleuten, Betroffenen, Gewerkschaften und Sozialverbänden“, übernehme. Auch die Linksfraktion hatte bereits im Juli 2011 einen Antrag (17/6389) in den Bundestag eingebracht. Demnach sollen künftig in den Armuts- und Reichtumsberichten konkrete Handlungsanleitungen zur Vermeidung von Armut ausgeführt werden. Dieser sowie der SPD-Antrag wurden abgelehnt. Der Grünen-Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. *Verena Renneberg*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Vorstoß für Langzeitarbeitslose

ERWERBSTÄTIGKEIT Die Linksfraktion sieht aufgrund der hohen Zahl an Langzeiterwerbslosen Handlungsbedarf. Deshalb hat sie einen Antrag (17/12377) in den Bundestag eingebracht. Dieser wurde vergangenen Donnerstag im Plenum beraten und anschließend in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. In der Vorlage fordern die Antragsteller eine dauerhafte und zuverlässige Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS). Sie argumentieren, dass durch den ÖBS zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können, „die Erwerbslosen eine berufliche Perspektive eröffnen“. Gleichzeitig könne so die Zivilgesellschaft gestärkt und „gesellschaftlich sinnvolle Arbeit“ organisiert werden, ist die Linksfraktion überzeugt. Als Beispiele nennt sie Stadtteilzentren, Vereine, und Netzwerke sozialer, kultureller und partizipativer Projekte. Dieser Sektor bedürfe ohnehin einer dauerhaften und zuverlässigen Finanzierung, heißt es in der Vorlage weiter. Mittels derartiger Tätigkeiten könnten

Langzeitarbeitslose wieder erwerbstätig und somit vor Armut geschützt werden.

„Wir wollen gute Arbeit für Langzeitarbeitslose. Schluss mit jeder Form von Sanktionen“, sagte Jutta Krellmann (Die Linke). Matthias Zimmer (CDU) sagte dagegen, diese Strategie führe lediglich dazu „die Steuern zu erhöhen und zu behaupten, in Deutschland gebe es ohnehin zu viele Reiche.“

Katja Mast (SPD) warf der Regierung Konzeptlosigkeit vor, denn „sonst würden hier Anträge von Ihnen vorliegen“. Alle drei Oppositionsfraktionen hätten nunmehr entsprechende Anträge gestellt, nur die Koalition nicht. Brigitte Pothmer (Grüne) unterstrich die gemeinsame Forderung der Opposition nach einem sozialen Arbeitsmarkt. Pascal Kober (FDP) hingegen erklärte, dass die Opposition es sich zu einfach mache. Sinnvolle Lösungen würden mehr Zeit und ein differenziertes Vorgehen benötigen: „So tut es diese Bundesregierung und die sie tragende Regierungskoalition.“ *ver*

Qualität soll in den Vordergrund

Dienstleistungen Qualität soll bei der Vergabe von sozialen Dienstleistungen stärker berücksichtigt werden. Einer dahingehenden Koalitionsforderung (17/10113) schlossen sich am vergangenen Donnerstag auch SPD und Grüne an. Eigene Vorlagen (SPD: 17/4847; Grüne: 17/5205) mit der Forderung, die Ausschreibungspflicht für Leistungen der Integrationsfachdienste zu stoppen und zur sogenannten freifindigen Vergabe zurückzukehren, die auch von der Linksfraktion unterstützt wurden, lehnten Union und FDP hingegen ab (17/11084). „Wir möchten, dass die Qualität stärker gewichtet wird als ausschließlich der Preis“, sagte Maria Michalk (CDU) während der Debatte. Am Prinzip der Ausschreibung der Leistungen wolle sie dennoch festhalten. Die dadurch zu erreichende Trägervielfalt sei wichtig, betonte sie.

Der durch die Ausschreibung mögliche häufige Wechsel der Anbieter werde den Bedürfnissen schwerstbehinderter Menschen nicht gerecht, befand hingegen Katja Mast (SPD). Wichtig seien Konstanz und „Leistungen aus einer Hand“, wie sie von den Integrationsfachdiensten angeboten würden. Aus Sicht von Gabriele Molitor (FDP) ist das Vergaberecht „kein Hindernis für Qualität“. Die befristete Zuteilung von Dienstleistungen könne sogar einen Anreiz herstellen, die Qualität zu erhöhen, befand sie.

„Seit drei Jahren ist aber Qualität kein Maßstab mehr“, kritisierte Ilya Seifert (Die Linke) und forderte eine Rückkehr zu dem ehemaligen Vergabeverfahren. Markus Kurth (Grüne) erklärte, dass die Integrationsfachdienste als ganzheitliche Hilfe konzipiert habe. Eine Ausschreibung einzelner Teile sei „grundfalsch“. *hau*

Linke: Hartz IV-Sanktionen lockern

SOZIALES Die rot-grüne Regierung Schröder hatte die Hartz-Reformen eingeführt, mitgetragen von CDU/CSU und FDP. Nur Die Linke lehnte sie ab. Und sie kämpft weiter dagegen an. So hat sie zwei Anträge in den Bundestag eingebracht (17/9070, 17/11372), die sich gegen besondere Sanktionen für junge Arbeitslose wenden. Beziehen von Arbeitslosengeld II unter 25 Jahren drohen besonders drastische Leistungskürzungen, wenn sie beispielsweise Vorstellungstermine versäumen. „Kein Staat hat das Recht, Menschen die Lebensgrundlage zu nehmen“, sagte Yvonne Ploetz (Die Linke) am Freitag in der Bundestagsdebatte darüber. Max Straubinger (CDU/CSU) hielt dem den Grundsatz „fordern und fördern“ der Hartz-Reformen entgegen: „Zuerst ist jeder selbst gefordert, sein Existenzminimum zu erwirtschaften, und er muss sich aktiv beteiligen, seine mög-

licherweise eingetretene Hilfebedürftigkeit so schnell wie möglich zu beenden.“

Pascal Kober (FDP) erklärte, erwerbsfähige Erwerbslose hätten Anspruch auf Solidarität, sie seien aber auch zur Solidarität verpflichtet – dem gegenüber, die ihre Unterstützung erwischt hätten, aber auch gegenüber den noch Schwächeren.

Sozialdemokraten und Grüne lagen mit ihren Argumenten zwischen beiden Positionen. So sagte Angelika Krüger-Leißner (SPD), der Gleichklang zwischen Fordern und Fördern sei „in eine Schiefelage geraten“. Man müsse das Sanktionssystem flexibler gestalten. Und Markus Kurth (Bündnis 90/Grüne) erklärte: „Wir wollen bei Motivation, bei Eigenverantwortlichkeit der Person ansetzen und folgen nicht einem Fetisch des Strafens.“ Eine völlige Abschaffung von Sanktionen lehnten beide ab. *pst*

KURZ NOTIERT

Neue Regeln beim Teilhabepaket für Kinder

Bei Enthaltung der Linksfraktion hat der Bundestag vergangene Woche dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (17/12036) zugestimmt. Damit werden Regelungen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder von Hartz-IV-Beziehern geändert. So wird der zumutbare Eigenanteil von Hartz-IV-Beziehern bei der Kostenabrechnung von Klassenausflügen praktikabler gefasst. *ver*

Bessere Arbeitsbedingungen für Seeleute

Der Bundestag hat vergangene Woche bei Enthaltung der Opposition dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens 2006 der Internationalen Arbeitsorganisation (17/10959) in der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales geänderten Fassung (17/12420) zugestimmt. Es soll die „Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute an Bord von Kauffahrtschiffen unter deutscher Flagge“ im Einklang mit dem Seearbeitsübereinkommen und den umzusetzenden EU-Richtlinien neu regeln. Ziel des Entwurfs ist es, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ratifizierung des Seearbeitsübereinkommens in Deutschland zu schaffen, schreibt die Regierung zur Begründung. *ver*

Lohndumping durch Werkverträge

ARBEITSRECHT Abgeordnete debattieren über Strategien von Unternehmen

Nicht erst seit der ARD-Dokumentation „Ausgeliefert“ sorgen Leiharbeiter (siehe Artikel rechts) und Werkverträge für Schlagzeilen. Immer wieder tauchen in den Medien Bilder und Berichte über Leiharbeiter auf, die beispielsweise als Regaleinräumer, Paketauslieferer oder Mitarbeiter von Schlachtbetrieben arbeiten und weit unter Tarif bezahlt werden. Vergangenen Donnerstag debattierte nun der Bundestag über solche Beschäftigte. Anlass waren diesmal zwei Vorlagen aus den Reihen der Oppositionsfraktionen. Während die Sozialdemokraten mit einem Antrag (17/12378) den „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ will, hatte die Linksfraktion einen Gesetzentwurf (17/12373) zur Verhinderung des Missbrauchs vorgelegt.

Schwarze Schafe „Das Ziel solcher Werkverträge ist klar: Man möchte den Mindestlohn in der Leiharbeit unterlaufen“, sagt Anette Kramme (SPD). Denn diese Verträge führten zu Lohndumping. „Zusammenhalt und Solidarität in unserer Gesellschaft sind durch die Spaltung des Arbeitsmarktes gefährdet“, merkte ihr Fraktionskollege Josip Juratovic an. Beschäftigte, die für ein „Werk“, eine konkretes Arbeit, bezahlt werden, würden in der Gesellschaft stigmatisiert. „Sie bekommen bei der Bank keinen Kredit und haben Probleme bei Mietverträgen“, sagte der Sozialdemokrat weiter. Deshalb müsse ein Missbrauch des Einsatzes von Fremdpersonal bekämpft werden. Die Unionsfraktion hingegen sah keinerlei Handlungsbedarf, wie ihre Redner deutlich machten. Vielmehr erinnerten sie im Plenum daran, dass die jetzige gesetzliche Regelung von der rot-grünen Regierung 2002 auf dem Weg gebracht wurde. „Sie haben dazu beigetragen, jetzt machen Sie sich vom Acker“, sagte Ulrich Lange (CSU) an die bei-



Protest gegen Leiharbeit

den Oppositionsfraktionen gerichtet. Schwarze Schafe unter den Unternehmen, die Werkverträge missbrauchen, sah allerdings auch er. Doch um diese ausfindig zu machen, gebe es bereits heute eindeutige rechtliche Kriterien. Diese dienten der Aufdeckung des Missbrauchs von Fremdpersonal in Firmen. „Ich habe Vertrauen in unsere Judikative“, erklärte Lange.

Hundertjährige Tradition Werkverträge sehe das Bürgerliche Gesetzbuch bereits seit 1900 vor, ergänzte seine Fraktionskollegin Gitta Connemann (CDU). Und Karl Schiewerling (CDU) mahnte zu einer nüchternen Betrachtung auf die gesamte Problematik: „Es ist notwendig, sich erst einmal einen Überblick zu verschaffen“, sagte er, denn schließlich gehe es auch um die Fairness am Arbeitsmarkt. Die Anwendung der Werkverträge drücke die Löhne um bis zu 50 Prozent, empörte

sich der Linkspolitiker Klaus Ernst. In diesem Kontext sprach er von einer Lohndumping-Karawane, der „ein Riegel vorgeschoben werden“ müsse. „Sie sind eine Regierung und keine Appellierung“, sagt der Abgeordnete mit Blick auf die Regierungsbank. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Doch diesem komme die Bundesregierung nicht nach.

Wert der Arbeit „Wunderwaffe Werkvertrag“ – unter diesem Titel finde sich im Internet ein Seminarangebot für Unternehmen, sagte die Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Allein diese Tatsache verdeutliche die bedenkliche Entwicklung. „Es ist ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und das ist nicht akzeptabel“, sagte sie weiter. Schließlich gehe es beim Thema Werkvertrag „um den Wert der Arbeit.“ Ihr widersprach der liberale Abgeordnete Heinrich L. Kolb. Er argumentierte, dass Werkverträge zur Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt beitragen würden. Über diese sei er sehr glücklich. Darüber hinaus sei „die überwiegende Zahl dieser Verträge“ seiner Meinung nach auch bei genauerem Hinsehen „über jeden Zweifel erhaben“. Und ohne Werkverträge sei Selbstständigkeit auf dem Arbeitsmarkt gar nicht möglich, argumentierte Kolb weiter.

Deutschland habe 29 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und die niedrigste Arbeitslosenzahl in ganz Europa, führte der Abgeordnete an. Dies sei das Ergebnis der schwarz-gelben Regierung, „die Sie auch mit noch so vielen Attacken nicht schlecht reden können“, sagt er an die Oppositionsfraktionen gerichtet. Im Anschluss an die einstündige Kontroverse wurden der SPD-Antrag und die Gesetzesinitiative der Linken zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *ldliver*

Leiharbeit im Fokus

ARBEIT UND SOZIALES Bundestag befasst sich mit Amazon

Die sogenannte Amazon-Affäre erreicht den Bundestag. Am Mittwochmittag fand auf Verlangen der SPD-Fraktion eine aktuelle Stunde „zur Haltung der Bundesregierung zum Missbrauch von Leiharbeit im Lichte der Berichte über Vorfälle bei Amazon“ statt. Anlass war die zwei Tage zuvor im „Ersten“ gezeigte TV-Dokumentation „Ausgeliefert“ über die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern bei dem Online-Versandhandel.

Ausbeutung Anette Kramme (SPD) sagte, dass es sich um „barbarische Ausbeutung“ handle, die bei Amazon zu beobachten sei. Die Bundesregierung würde aber nicht einmal die europäische Leiharbeitsrichtlinie konsequent umsetzen. Obwohl „dahinter Methoden und Prinzipien stehen“, Karl Schiewerling (CDU) sagte, dass aktuelle Untersuchungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) durchgeführt würden, jedoch

noch keine Ergebnisse vorlägen. Insgesamt würden aber mehr Kontrollen durch die BA stattfinden, „als in der vorangegangenen Legislaturperiode“. Jutta Krellmann (Die Linke) entgegnete ihm, dass die Vorfälle bei Amazon genau das Gegenteil belegen würden, nämlich dass die Kontrolle nicht funktioniere. „Wenn wir mal Kontrolle bei Leiharbeitsfirmen mit denen bei Hartz IV-Empfängern vergleichen“, argumentierte Krellmann, werde deutlich, dass mit unterschiedlichen Methoden gemessen werde: Eine Leiharbeitsfirma könne sich „fast alles erlauben und muss kaum Kontrollen oder Sanktionen befürchten“. Heinrich L. Kolb (FDP) warf der Opposition Skandalisierung und einen „Generalangriff auf die Zeitarbeit“ vor. Doch dafür taue dieser Vorfall nicht. Die Koalition werde, sagte Kolb weiter, sofort reagieren, „wenn es Hinweise gibt, dass es hier flächendeckenden Missbrauch gegeben hat“.

Aber das sei nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten. Beate Müller-Gemmeke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widersprach ihm. Der Vorfall zeige, dass in Deutschland „einiges gewaltig schief“ laufe. Die Arbeitswelt werde immer rauer, führte sie aus, das Gefühl für Abstand gehe verloren. „Empörung reicht hier nicht aus. Wir brauchen endlich wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Beate Müller-Gemmeke weiter, ohne allerdings diese Forderungen näher auszuführen. *ver*



Amazon-Logistikcenter in Hessen



Serben hoffen auf EU-Beitritt

EUROPA Im Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo gibt es Signale für eine weitere Annäherung beider Länder. „Die Premierminister und ich sind mit dem bedeutenden Fortschritt zufrieden, der von ihnen erreicht wurde“, sagte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen, Catherine Ashton, in der vergangenen Woche nach einem gemeinsamen Treffen der Premierminister beider Länder in Brüssel. Der serbische Premierminister Ivica Dacic und der Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci wollen bereits am 4. März erneut zusammenkommen, um über eine Normalisierung der Beziehungen zu sprechen. Diese Gespräche sind besonders für Serbien wichtig, denn es geht dabei indirekt auch um die Chancen des Landes für einen Beitritt in die Europäische Union. Die Europäische Union hat Belgrad unmissverständlich klar gemacht, dass Beitrittsverhandlungen davon abhängig seien, dass das Land sein Verhältnis zum Kosovo „sichtbar und dauerhaft“ verbessere und mit der Rechtsstaatsmission der EU (EULEX) zusammenarbeitet. Kosovo, das mittlerweile überwiegend von Albanern bewohnt wird, hatte sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt. Serbien betrachtet die frühere Provinz hingegen weiterhin als Teil seines Staatsgebietes.



Aleksandar Vucic

Bei seinen Bemühungen, um eine Aufnahme in die EU, setzt Serbien auch auf die Unterstützung durch Deutschland. In der vergangenen Woche führten der stellvertretende Ministerpräsident Serbiens, Aleksandar Vucic, und die stellvertretende Premierministerin für Europäische Integration, Suzana Grubjesic, Gespräche mit den Abgeordneten des Europaausschusses. „Deutschland ist unser bedeutendster Partner und ich hoffe, dass die Deutschen Verständnis für Serbien haben werden“, sagte Vucic.

Der Vizepremier ist als Verteidigungsminister auch Geheimdienstkoordinator und gilt als der politisch starke Mann in Serbien. Er hob hervor, dass es in der Justiz des Landes viele Reformen gegeben habe und sich das Land auch intensiv um die Bekämpfung der Korruption bemüht habe. Er versprach, dass in seinem Land die 24 größten Korruptionsfälle aufgeklärt werden sollen, die von der EU-Kommission angemahnt worden seien. Als ein Beispiel nannte er den Fall des serbischen Stahlwerkes Sarti. Hier stünden, sagte Vucic, die Ermittlungen kurz vor dem Abschluss. „Diese Regierung hat viele, viele Dinge gemacht, die in Serbien nicht auf Begeisterung gestoßen sind“, sagte Vucic.

Er erinnerte daran, dass im Zusammenhang mit dem Korruptionsfall „Agrobanka“ einer der reichsten serbischen Unternehmer des Landes, Miroslav Miskovic, festgenommen worden sei. Seit 2001 hat die Europäische Union Serbien 2,2 Milliarden Euro für Reformen zur Verfügung gestellt. Nach Einschätzung der EU ist der Balkanstaat aber noch weit von einer Mitgliedschaft entfernt. Die Reformen in Verwaltung und Justiz, aber auch die Korruptionsbekämpfung machten kaum Fortschritte. Die Staats- und Regierungspläne der EU wollen nach den bisherigen Planungen im Juni darüber entscheiden, wann die Beitrittsverhandlungen beginnen.



Stehender Applaus nach seiner Europa-Rede: Vor 200 geladenen Gästen im Schloss Bellevue zeigte Bundespräsident Joachim Gauck auf, welche gemeinsamen Werte die Menschen in Europa verbinden.

An der Schwelle

EUROPA Bundespräsident ruft Bürger zu eigenem Handeln auf. Bundestag debattiert EU-Finzen

Zum großen Protokollsaal im Schloss Bellevue musste Bundespräsident Joachim Gauck am vergangenen Freitag zwar nur eine kleine Schwelle überschreiten. Eine ganz andere Schwelle – die für mehr Europa – stellte der Bundespräsident am Anfang seiner Rede fest, scheint für viele Menschen aber immer schwerer überwindbar zu sein. „Zu viele Bürger lässt die Europäische Union in einem Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zurück“, sagte Gauck. Einen Tag nachdem Regierung und Opposition im Bundestag über den künftigen Finanzplan der EU und die Eurokrise gestritten hatten, machte er deutlich, dass die Krise „mehr als nur eine ökonomische Dimension“ hat. Sie sei auch eine Krise des Vertrauens in das politische Projekt Europas. „Wir ringen nicht nur um unsere Währung. Wir ringen auch mit uns selbst“, sagte Gauck. Mit diesen Worten tat der erste Mann im Staate das, was zu seinen besonderen Fähigkeiten gehört: Er versuchte die Sorgen und Bedenken der Menschen zu Europa aufzunehmen – vieles hat er bei seinen Besuchen und Gesprächen in den ersten elf Monaten seiner Amtszeit dazu gehört.

Vergessene Vorteile Dabei machte er aber auch auf vielerlei Weise klar, dass Europa für die Menschen zum Alltag geworden ist: die Reise ohne Pass von Finnland bis nach Sizilien, der Einkauf mit der gemeinsamen Währung oder das Einkaufen ohne Zollaufschläge. „Wir alle haben große politische und wirtschaftliche Vorteile von der Ge-

meinschaft“, sagte er vor den 200 geladenen Gästen im Schloss Bellevue. Unter ihnen waren auch zahlreiche Jugendliche, die, wie der Bundespräsident sagte, „ihr erstes Taschengeld in Euro erhalten“ haben. Dennoch, räumte er ein, fehle Europa „eine große identitätsstiftende Erzählung“. Was die Menschen in Europa als „identitätsstiftende Quelle“ verbinde, sei der europäische Wertekanon. In Europa versammle man sich nicht um Monumente. „Wir versammeln uns für etwas – für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Gleichheit, Menschenrechte und Solidarität.“ Für die weitere Entwicklung der Europäischen Union, sagte Gauck, brauche Europa mehr Mut. Sein Wunsch sei eine „europäische Agora, ein gemeinsamer Diskussionsort für das demokratische Miteinander.“ Konkret regte er außerdem an, mehr Kommunikation über Europa zu schaffen, etwa mit Hilfe der Medien, die mehr über Europa berichten müssten, oder mit Hilfe eines europäischen Fernsehkanals. Er rief die Menschen dazu auf, nicht gleichgültig gegenüber Europa zu sein: „Brüssel mag weit weg sein, aber die Themen, die dort verhandelt und beschlossen werden, gehen jede und jeden an.“ Wie konkret die Brüsseler Beschlüsse das Leben der Menschen betreffen, zeigte einen Tag zuvor im Bundestag die Debatte über die Ergebnisse des Europäischen Gipfels am 7. und 8. Februar. Dort hatten sich die Staats- und Regierungschefs nach zähen Verhandlungen auf einen Kompromiss über die mehrjährige Finanzplanung (MFR) der Europäischen Union von 2014 bis 2020 ge-

einigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lobte in ihrer Regierungserklärung den gefundenen Kompromiss. Die Bundesregierung habe ein Ergebnis erzielt, „das den Realitäten von heute Rechnung trägt und den Anforderungen gerecht wird“, erklärte sie. Mit Blick auf das Europäische Par-

laments: Erstmals wird sich der Finanzrahmen der Europäischen Union nicht erhöhen. Dazu sagte Merkel: „Es wäre niemand vermittelbar, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa nicht.“ Für Peer Steinbrück (SPD) ist das hingegen ein Indiz für etwas ganz anderes: „Europa ist

erwarte er daher beim MFR „harte Widerstände“, erklärte Steinbrück. Die Entscheidung, das EU-Budget in den kommenden sieben Jahren zu kürzen, verteidigt FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle: „Das ist gut so, das ist richtig so, das unterstützen wir“, sagte er. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments täten sich „keinen Gefallen, wenn sie den Kraftakt ablehnen“, sagte Brüderle. Sarah Wagenknecht (Die Linke) nannte die Regierungserklärung Merkels „eine wunderbare Märchenstunde“. Ihre Politik mache Europa und die Demokratie in Europa „kaputt“, warf sie der Kanzlerin vor. Banken und Hedgefonds bräuchten in Deutschland keine Angst zu haben. Es sei der Steuerzahler, an dem „der Finanzmüll“ hängen bleibe, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Die Grünen nannten den Haushalt eine „falsche Antwort auf Europa“ und sagten vorher, dass die Bundesregierung damit „in Konflikt mit dem Europäischen Parlament“ kommen werde. Ein solcher Sparhaushalt sei in Zeiten einer anhaltenden Wirtschaftskrise ein falsches Signal. „Das ist nicht mehr, das ist weniger Europa. Das ist unverantwortlich“, sagte Jürgen Trittin an die Adresse der Kanzlerin gerichtet.

Diskussionen, Debatten und politische Querelen, die auch Teil von Europa sind. Bundespräsident Gauck versprach jedenfalls zum Abschluss seiner Rede, dass man wohl auch vor einer „neuen Schwelle innehalten“ und neu nachdenken werde. Dann wurde man aber mit guten Ideen und Vertrauen „weiter bauen, was wir gebaut haben – Europa.“ Annette Sach



Bundeskanzlerin Merkel verteidigte den Kompromiss zur EU-Finanzplanung 2014-2020

lament, das den Gipfelkompromiss bislang ablehnt, sagte Merkel, sie wisse, „dass es eine harte Diskussion mit dem Parlament geben wird“. Man sei jedoch gut beraten, „nicht das Trennende zu sehen, sondern sich auf das Verbindende zu konzentrieren“, erklärte die Kanzlerin. Hauptkritikpunkt

in keiner guten Verfassung“, erklärte er. Mit dem vorgelegten Finanzrahmen werde nach der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum in Europa auch die Strategie „Europa 2020“ scheitern, da die Strukturen und die Finanzmittel nicht mit den Zielen übereinstimmen. Seitens des Europäischen Parlaments

»Den Kopf wieder über dem Wasser«

SPANIEN Ministerpräsident Rajoy sieht erste Anzeichen für einen Aufschwung. Gesetz gegen Korruption geplant.

Spanien wird seit Wochen von einem Krisenphänomen heimgesucht: einer Welle von Suizid-Verweilungstaten. Ein 56-jähriger Mann beispielsweise, der verschuldet war und von seinem Kreditinstitut aus seiner Wohnung geklagt worden war, nahm sich das Leben und hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem stand: „Ich kann nicht mehr.“ Auch Straßenproteste und Streiks sorgen für wachsende Spannungen. Denn Massenarbeitslosigkeit, die Kürzung sozialer Leistungen und Steuererhöhungen lassen die Armut in Spanien wachsen.

Trotz dieser Krise zeigte sich Spaniens konservativer Regierungschef Mariano Rajoy in der vergangenen Woche optimistisch, dass die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise des Königreiches bald überwunden sei. In seiner Rede „zur Lage der Nation“ sagte der Ministerpräsident im spanischen Parlament: Das Land befinde sich am „Beginn einer besseren Zukunft“. Die bisherigen Reformen und Sparmaßnahmen zeigten Erfolge, es gebe Signale einer „wirtschaftlichen Erholung“. Das Schlimmste sei wohl überstanden – auch wenn noch „ein langer Weg“ vor Spanien liege.

Mehr Exporte Als Zeichen der Hoffnung für einen baldigen Wirtschaftsaufschwung wertete Rajoy, dass die spanischen Exporte

wachsen. Spanien habe an den Märkten Vertrauen zurückgewonnen. Dies spiegelte sich auch darin wieder, dass die Risikoprämie, die man für die Platzierung von Staatsanleihen am Finanzmarkt bezahlen müsse, gesunken sei. „Spanien hat den Kopf wieder über dem Wasser.“ Das Land habe im vergangenen Jahr nur knapp einen Hilfsantrag an den europäischen Rettungsfonds vermeiden können, sagte Rajoy. „Wir steuerten auf die Zahlungsunfähigkeit zu.“ Aber Dank der Reformen sei „das Schiff nicht gesunken“. Auch bei den Staatschulden befinde sich Spanien auf dem Weg der Besserung. Das mit Brüssel vereinbarte Defizitziel von 6,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sei zwar verfehlt worden. Aber es sei gelungen, die Neuverschuldung auf etwas „unter sieben Prozent“ des BIP herunterzuführen. Eine Einschätzung, die die EU-Kommission zwei Tage später weiter nach unten korrigierte. Nach der aktuellen Wirtschaftsprognose erwartet Brüssel in Spanien ein Defizit von 6,7 Prozent in diesem und von 7,2 Prozent im nächsten Jahr. Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit kündigte Rajoy neue Reformen an. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit will er mit Beschäftigungshilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro lindern, die von der EU kofinanziert werden. Damit sollen Ausbildung, die

Einstellung junger Menschen und auch junge Firmengründer gefördert werden. Man wolle auch versuchen, mit Minijobs und Teilzeitarbeit neue Beschäftigung zu schaffen. Derzeit sind mehr als 26 Prozent der aktiven Bevölkerung oder rund sechs Millionen Menschen in Spanien ohne Job, bei den unter 25-Jährigen sind es sogar mehr als 55 Prozent. Nach einer Serie von Skandalen im Land setzte sich Rajoy zudem für einen



Ministerpräsident Mariano Rajoy

Pakt gegen die Korruption ein. Er kündigte eine Gesetzesinitiative an, um für mehr Transparenz in den politischen Institutionen und in der staatlichen Verwaltung zu sorgen. Kontrollen sollen verschärft und Strafen für korrupte Amtsträger erhöht werden. Spanien wird seit Monaten von mehreren großen Korruptionsaffären erschüttert, die sowohl das Königshaus und Rajoys regierende Volkspartei als auch die sozialistische Opposition und die katalanische Unabhängigkeitspartei CiU belasten.

Der sozialistische Oppositionschef Alfredo Pérez Rubalcaba warf Rajoy hingegen vor, mit seinen Sparbeschlüssen immer mehr Menschen an den Rand des Abgrundes zu treiben: „Wir leben im Notstand.“ Eine wachsende Anzahl von Menschen müsse „Essen in den Mülltonnen suchen“ oder zur Armutspesung in die Volksküchen karitativer Organisationen gehen. Ralph Schulze

Der Autor ist Korrespondent in Madrid.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Politik bei Springer VS

Michael Hüther, Gerhard Naegele (Hrsg.)
Demografiepolitik
Herausforderungen und Handlungsfelder
Das Buch thematisiert die aus den kollektiven Entwicklungen der Schrumpfung und der Alterung der Bevölkerung einerseits und aus der individuellen Perspektive des längeren Lebens andererseits resultierenden Befunde, Fragen und Probleme.
2013. IX, 370 S. mit 35 Abb. u. 31 Tab. Br. € (D) 39,95 ISBN 978-3-658-00778-2

Wolfgang Ismayr
Der Deutsche Bundestag
3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage
Das Buch vermittelt einen umfassenden Überblick über Organisation, Arbeitsweise und Willensbildung des Deutschen Bundestages und über dessen Stellung und Funktionen im politischen System sowie über Wandlungsprozesse. Für die 3. Auflage wurde der Band komplett überarbeitet und aktualisiert.
3. Aufl. 2012. XVI, 503 S. mit 3 Abb. u. 43 Tab. Geb. € (D) 39,95 ISBN 978-3-531-18231-5

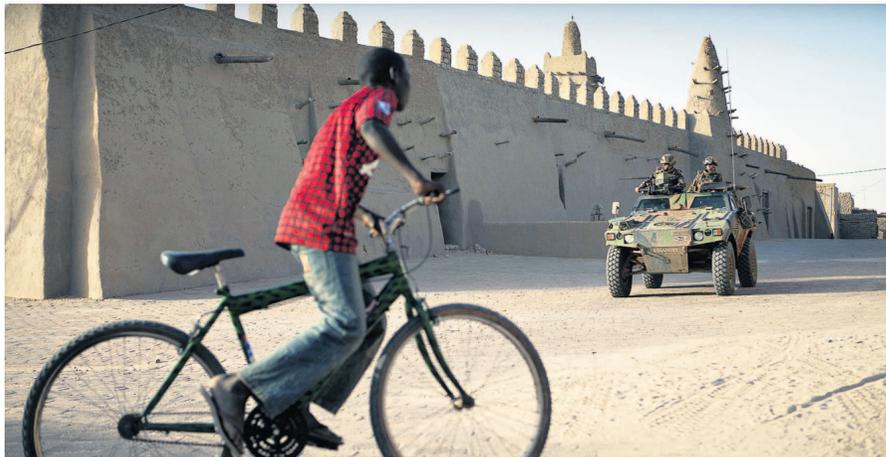
Einfach bestellen:
SpringerDE.service@springer.com
tel. +49 (0)6221 / 345-4301
springer-vs.de

Klimafonds für ärmere Länder

ENTWICKLUNG I Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat die Bedeutung des Grünen Klimafonds („Green Climate Fund“) als Baustein in der globalen Klimaschutz-Finanzierung hervorgehoben. Es sei wichtig, dass nicht nur Deutschland sondern auch die anderen europäischen Länder ihre Zusagen einhalten, sagte Altmaier vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Fonds wurde bei der UN-Klimakonferenz 2011 in Durban ins Leben gerufen. Er soll Entwicklungs- und Schwellenländern helfen, Emissionen zu reduzieren und Anpassungen an den Klimawandel vorzunehmen. Jährlich sollen dafür ab 2020 bis zu 100 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden. Er mache sich Sorgen, ob dieser Aufwuchs bis dahin zu schaffen sei, sagte Altmaier. Durch die Staatsschuldenkrise hätten einige EU-Mitgliedsländer im Augenblick „wenig Spielraum“, um ihre Zusagen einzuhalten.

Es sei zudem wichtig, dass der europäische Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument zur Minimierung von Treibhausgasen „richtig funktioniert“, sagte Altmaier. Das Instrument des „Backloading“ – also eine befristete Verknappung von CO2-Zertifikaten, um deren Preisverfall zu stoppen –, sei „ambivalent“. So sei der Preis der Zertifikate kurzfristig gefallen, nachdem der Umweltausschuss des Europaparlaments in der vergangenen Woche für eine solche Verknappung gestimmt hatte. **ahc**



Entladen eines Transall-Flugzeugs der Bundeswehr in Bamako (oben), französische Patrouille in Timbuktu (unten)

Ländlicher Raum als Schlüssel

ENTWICKLUNG II Die SPD fordert einen umfassenden entwicklungspolitischen Einsatz für den ländlichen Raum als „Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut“. Das Recht auf Nahrung sei das am häufigsten verletzte Menschenrecht, heißt es in einem Antrag (17/12379), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde. Zwar werde mit dem Auslaufen von EU-Agrarexportsubventionen und mit weltweit wachsender Nachfrage nach Nahrungsmitteln Landwirtschaft für Kleinbauern zu einer lohnenden Erwerbsquelle. Andererseits würden Spekulationen mit Agrarrohstoffen und mit Land Verteilungsungerechtigkeiten in Entwicklungsländern verschärfen. „Es ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt“, sagte Sascha Raabe (SPD) in der Aussprache. Die SPD-Forderungen betreffen unter anderem Arbeitsbedingungen und den Aufbau sozialer Sicherungssysteme, die Förderung guter Regierungsführung, die Verhinderung von Nahrungsmittelspekulation und „Landgrabbing“.

Helmut Heiderich (CDU) sagte – anspielend auf ein bekanntes Zitat –, das Neue am SPD-Antrag sei „nicht gut und das Gute daran ist nicht neu“. Christiane Ratjen-Damerau (FDP) verwies auf zum Teil vergleichbare Positionen früherer Koalitionsanträge. Niema Movassat (Die Linke) kritisierte, die SPD zögere, die Profiteure des Hungers zu benennen. Thilo Hoppe (Grüne) begrüßte hingegen Anzeichen eines agrarpolitischen Kurswechsels der SPD hin zu mehr Nachhaltigkeit. **ahc**

Grüne drängen auf Abrüstung

AUSWÄRTIGES Auf Widerspruch bei Union und FDP ist vergangene Woche eine Initiative von Bündnis 90/Die Grünen für ein atomwaffenfreies Deutschland gestoßen. Die Fraktion hatte dazu einen Antrag (17/9983) formuliert. Niemand werde die Nuklearabrüstung per se ablehnen, sagte der CDU-Abgeordnete Johann Wadepuhl. Auch die Bundesregierung habe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung als einen „Pfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik ihres Handelns“ beschrieben. Eine „unilaterale deutsche Erklärung“ wie im Grünen-Antrag aber wäre „schlicht und einfach vermessend und naiv“. Gleicher Ansicht war Christoph Schnurr (FDP): Man würde es begrüßen, wenn die Oppositionsfraktionen das Thema nukleare Abrüstung nicht zur „Profitorientierung“ nutzten.

Uta Zapf (SPD) wies darauf hin, dass sich eine Chance für die Entfernung der US-Nuklearwaffen aus Deutschland durchaus böte: Die Nato müsse von der nuklearen Teilhabe abrücken. Sämtliche aktuelle Bedrohungen und Risiken, die das Militärbündnis selbst analysiert habe, könnten nicht mit Abschreckung durch Nuklearwaffen beantwortet werden. Inge Höger (Die Linke) machte deutlich, dass der Atomwaffenverbot alle Staaten zur vollständigen Abrüstung verpflichte. Agnes Brugger (Grüne) warf der Koalition vor, sie habe versagt, Deutschland zum Vorreiter bei der nuklearen Abrüstung zu machen. **bob**

Eine Roadmap, zwei Mandate

MALI Der geplante Bundeswehr-Einsatz trifft im Bundestag auf Zustimmung – Verteidigungsminister rechnet mit längerer Dauer

Putschende Streitkräfte, ein geschwächter Staat und Dschihadisten, die im Norden des Landes ein Rückzugsgebiet finden und die Bevölkerung terrorisieren. Die Lage im westafrikanischen Mali ist extrem angespannt. Seit Mitte Januar operieren französische Truppen in dem Land, um den Vormarsch der islamistischen Terroristen zu stoppen. Die Bundesregierung will, dass sich auch die Bundeswehr in Mali engagiert. Im Bundestag stößt ihr Ansinnen auf breite Zustimmung, wie sich anlässlich der ersten Lesung zweier Regierungsanträge (17/12367, 17/12368) in der vergangenen Woche zeigte. Ein klares Nein zu der Mandatserteilung kündigte lediglich die Linksfraktion an.

Das eine Mandat sieht vor, im Höchstfall 180 Soldaten zur Ausbildung von Pionieren und Sanitätssoldaten nach Mali zu entsenden. Im Nachgang sozusagen soll zudem auch der jetzt zu erweiternde Einsatz von Transall-Maschinen mandatiert werden, die schon heute bei der Verlegung von Truppen aus afrikanischen Nachbarstaaten aktiv sind. Dafür und für die nun geplanten Luftbetankungen der französischen Streitkräfte soll die Bundeswehr bis zu 150 Soldaten bereitstellen dürfen. Die Dauer beider Mandate ist auf zwölf Monate befristet.

Langer Atem Vorerst – wie Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) während der Debatte sagte. Diese Einschränkung müsse man machen, da der Aufbau der benötigten Strukturen in den malischen Streitkräften höchst komplex sei. „Wir brauchen Geduld und Ausdauer“, sagte der Minister. Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) wandte daraufhin ein, dass trotz der schon stattgefundenen Ausbildung malischer Soldaten durch Deutschland die Streitkräfte gepusht hätten und sich derzeit gegenseitig beschießen würden. De Maizière verwies in seiner Entgegnung darauf, dass seinerzeit lediglich sechs Bundes-

wehrosoldaten an der Ausbildung von Pionieren beteiligt gewesen wären. Es sei zudem noch gar nicht klar, ob man nun die Streitkräfte ausbilde, oder malische Staatsbürger, die dann zu Soldaten gemacht werden. „Das wird sich vor Ort zeigen“, sagte der Minister.

Politischer Prozess Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bezeichnete es als „richtig und gut“, dass Frankreich entschlossen reagiert und eben nicht abgewartet habe. Ließe Deutschland seinen Nachbarn nun allein, wäre dies ein schwerer Schlag für die vertiefte europäische Sicherheitspolitik. „Schon das allein ist ein gutes Argument für eine breite Zustimmung“, sagte Arnold. Zugleich forderte er, Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz zu ziehen. Das sei zum einen, dass man nicht abwarten dürfe, „bis das Land an Terroristen fällt“. Außerdem könne man nicht alles mit Soldaten von außen regeln, was für eine Unterstützung und Ausbildung der regionalen Kräfte spreche. Schließlich bedürfe es weiterer politischer Prozesse. Hier sei die Bundesregierung gefordert. Der Außenminister müsse beispielsweise dazu Stellung nehmen, ob es tatsächlich klug ist, dass Mali schon im Juli dieses Jahres Wahlen anstrebe, forderte Arnold.

Zu den in der sogenannten Roadmap vereinbarten Wahlen gebe es keine Alternative, antwortete Außenminister Guido Westerwelle (FDP). Seiner Ansicht nach dürfe die in Afrika ausgehandelte Roadmap nicht von Deutschland aus in Frage gestellt werden. „Sie ist unser Hoffnungsschimmer in einer ganz schwierigen Lage“, sagte Westerwelle. Er räumte ein, dass auch die Bundesregierung kein Patentrezept für die Lösung des Problems in Mali liefern könne. Zugleich forderte der Außenminister dazu auf, den Menschen in Deutschland deutlich zu machen, dass mit dem Einsatz dort auch die Freiheit in Europa verteidigt werde. Der Norden Malis sei nicht weit entfernt vom Mittelmeer. Wenn dort Islamisten, die das Ziel haben, die Freiheit Europas zu bekämp-

fen, ein Rückzugsgebiet hätten, sei das eine reale Gefahr. „Wir helfen also nicht nur altruistisch“, sagte Westerwelle.

Er teile vieles an der Analyse, ziehe aber andere Schlussfolgerungen, sagte Wolfgang Gehrke (Die Linke). „Den Bundeswehreininsatz lehnt meine Fraktion ab“, betonte er. „Wir wollen andere Schwerpunkte.“ Die Bundesregierung forderte Gehrke auf, deutlich zu machen, was auf dem diplomatischen Weg passiert, „abgesehen von der einen Reise des Außenministers“. Seiner Ansicht nach folge die Regierung dem Motto: Soldaten vor Diplomaten, kritisierte der Außenexperte der Linksfraktion. Umgekehrt sei es jedoch richtig. Die Rolle Frankreichs bewerte Gehrke anders als seine Vorredner. „Frankreich ist mitverantwortlich für die Zustände in Mali und nicht geeignet, diese zu bekämpfen“, sagte er.

Explosive Lage „Das Hauptproblem in Mali ist die Schwächung des Staates“, sagte Omid Nouripour, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Man habe die explosive Gemengelage in der Region zu lange ignoriert. „Das war ein riesengroßer Fehler, für den wir nun den militärischen Preis zahlen müssen“, betonte Nouripour. Absolut kein Verständnis habe er dafür, dass die Bundesregierung 400 Panzer nach Katar liefern wolle. „Das hat mit Sicherheitspolitik nichts zu tun“, sagte Nouripour. Es sei schließlich bekannt, dass die Dschihadisten in Mali von Katar unterstützt würden.

Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder (CDU), machte deutlich, dass keinem Abgeordneten eine Mandatierung leicht falle. Gerade im Fall von Mali habe die Koalition in Sachen Militäreinsatz mehr Zurückhaltung geübt als etwa die Grünen, sagte Mißfelder. Vor diesem Hintergrund wolle er deutlich machen, dass neben den militärischen Maßnahmen alles getan werde, „was diplomatisch und auch im Bereich der Entwicklungspolitik notwendig ist, um Mali zu stabilisieren und den Menschen vor Ort zu helfen.“ **Götz Hausing**

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Einwanderung von Sinti und Roma

MENSCHENRECHTE Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muiznieks, warnt davor, in einwandernden Sinti und Roma einseitig Armutsflüchtlinge zu sehen. Die Migration aus den Ländern des Balkans in wohlhabende EU-Staaten wie Deutschland sei nicht allein auf Armut zurückzuführen, sie habe vielfältige Gründe, sagte Muiznieks vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Dazu zählten zahlreiche Probleme in den Herkunftsländern – etwa Diskriminierung, staatliche Gängelung wie das Einziehen von Reisepässen und fehlende Bildungsperspektiven. Vor diesem Hintergrund seien einige Asylanträge von Sinti und Roma durchaus „gut begründet“, sagte der 49-jährige Lette, der das Amt des Menschenrechtskommissars im vergangenen Jahr angetreten hatte. Er beobachtet die Lage der Menschenrechte in den 47 Mitgliedsländern des Europarates.

Muiznieks empfahl, die Situation in den Herkunftsländern nicht nur mit Fördergeldern zu verbessern: Zwar fordere die EU-Kommission die Herkunftsländer zur besseren Integration von Roma und Sinti auf und stelle Gelder bereit, sie mache jedoch nicht klar, dass es auch darauf ankommt, als Regierung konsequent und offen gegen Diskriminierung Stellung zu beziehen.

Als einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit nannte Muiznieks die Situation von Menschen, die nach Europa migrieren: So habe die wirtschaftliche und politische Krise in Griechenland Einwanderer zum Ziel extremistischer Politiker wie jener der Partei „Goldene Morgenröte“ gemacht. Migranten hätten von rassistisch motivierten Angriffen berichtet und auch davon, dass sie nach Angriffen bei Polizei und Behörden auf Indifferenz gestoßen seien. Muiznieks warb dafür, Griechenland beim Umgang mit der Einwanderung deutlich mehr zu unterstützen. Zudem wünschte er sich eine Debatte über das europäische Dublin-II-System, das unter anderem regelt, dass jener Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein soll, über dessen Grenzen der Asylsuchende legal oder illegal eingereist ist. Würden die EU-Länder alle ursprünglich über Griechenland eingereisten Flüchtlinge konsequent dorthin zurückschicken, würde das die Lage erheblich verschärfen, sagte Muiznieks.

Menschenrechtsorganisation hatten in der Vergangenheit mehrfach von Fällen berichtet, bei denen Asylbewerbern in Griechenland der Zugang zu einem geregelten und zeitnahen Asylverfahren verweigert war. Zudem seien Asylsuchende unter fragwürdigen Bedingungen inhaftiert worden. **ahc**



Nils Muiznieks

Reformprogramm stärkt Wirtschaft

EUROPA Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hat den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung verteidigt. Bei einer Diskussion um das Nationale Reformprogramm betonte er in der vergangenen Woche im Europa-ausschuss, die Bundesregierung habe überwiegend erfolgreich gearbeitet. Das Nationale Reformprogramm enthält unter anderem Maßnahmen für den Euro-Plus-Pakt. Dieser soll die Wirtschaft der EU-Mitglieder stärken, den Finanzmarkt stabilisieren, mehr Arbeitsplätze schaffen und öffentliche Ausgaben langfristig tragfähiger machen.

Rösler nannte die Schuldenbremse als einen Aspekt, bei dem Deutschland in Europa mit gutem Beispiel vorangehe. Bereits 2014 könne die Bundesrepublik einen strukturell ausgeglicheneren Haushalt haben. Beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit sei es gelungen, diese binnen fünf Jahren um 40 Prozent zu senken. Der Bundesregierung sei es lediglich in einem Punkt nicht gelungen, ihr Vorhaben umzusetzen: bei der Abschaffung der kalten Progression. Die Verantwortung für das Scheitern liege aber beim Bundesrat.

Die Unionsfraktion fragte, wie Deutschland dazu beitragen könne, dass sich die Situation auf den Arbeitsmärkten vor allem in südeuropä-

rischen Ländern wieder bessere. Rösler verwies unter anderem auf das Internet-Fachkräfteportal „Make it in Germany“ der Bundesagentur für Arbeit. „Das wird sehr stark genutzt.“ Vor allem in Spanien, Portugal und Italien werde um Fachkräfte, auch junge Menschen, geworben, was Rösler zudem als Beitrag zum Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern bewertete.

Die SPD ließ in der anschließenden Aussprache Zweifel daran erkennen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit tatsächlich in dem genannten Maß reduziert wurde. Die von Rösler genannte Zahl sei „durch mehr Minijobs zustande gekommen“, kritisierte eine Abgeordnete. Die Linksfraktion bezweifelte, dass die deutsche Wirtschaftspolitik uneingeschränkt als Vorbild für andere EU-Länder gelten könne, da Deutschland sehr exportorientiert sei. Wenn alle nur exportieren würden, wäre das keine Lösung. Die Grünen sprachen sich dafür aus, das Europäische Parlament stärker bei der Diskussion um die Nationalen Reformprogramme einzubeziehen. Wenn der Bundestag Macht an die EU abgeben solle, dann könne diese logischerweise nur an das Parlament gehen, meinte ein Abgeordneter. Deswegen sei eine stärkere Einbeziehung des EP jetzt schon sinnvoll. **ske**



Philipp Rösler

Auf halbem Wege

AUSWÄRTIGES Anhörung zur Sicherheitspolitik der EU

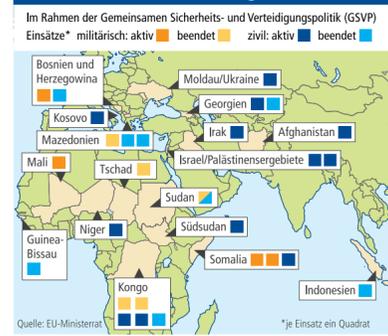
Sachverständige ziehen eine gemischte Bilanz der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union: Trotz positiver Ansätze seit dem Vertrag von Lissabon fehle den EU-Mitgliedern der Wille, mit einer gemeinsamen Stimme in außen-, sicherheits- und rüstungspolitischen Fragen zu sprechen. Der Auswärtige Ausschuss hatte vergangene Woche fünf Experten zu einer öffentlichen Anhörung zur Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eingeladen.

Schleppende Umsetzung Nils Annen von der Friedrich-Ebert-Stiftung machte als eine wesentliche Ursache für die schleppende Umsetzung der GSVP die Krise der Eurozone aus: Diese absorbiere derzeit nicht nur „das gesamte politische Kapital“, sondern habe die Attraktivität des europäischen Modells insgesamt beeinträchtigt und damit letztlich auch die Handlungsfähigkeit einer europäischen Außenpolitik

eingeschränkt. Statt gemeinsam mit einer Stimme zu sprechen, gebe es eine „Tendenz zur Renationalisierung“, sagte Annen. Ulrike Guérot vom „European Council on Foreign Relations“ machte deutlich, dass bei der Bewältigung aktueller Krisen wie in Libyen 2011 oder jetzt in Mali die GSVP kaum zum Tragen komme. Die mit dem Lissabon-Vertrag verbundenen Hoffnungen auf einen Durchbruch hin zu einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU hätten sich nicht erfüllt. Claude-France Arnould, Chief Executive der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA), hielt dem entgegen, dass dies nicht der Auftrag sei: Die EVA sei „Katalysator“ sicherheitspolitischer und militärischer Zusammenarbeit, sie koordiniere und unterstütze die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung ihrer militärischen Fähigkeiten.

Christian Mölling (Stiftung Wissenschaft und Politik) konstatierte, dass sich die EU von einer Integrations- in eine „Interventionsgemeinschaft“ entwickelt habe, die außerhalb ihrer Grenzen gestaltend eingreife. Dies habe Rückwirkungen auf das Verständnis von Souveränität: Handlungsfähigkeit der europäischen Einzelstaaten sei in internationalen Fragen immer stärker nur noch dann gegeben, wenn sie gemeinsam handelten. Jürgen Wagner (Tübinger Informationsstelle Militarisierung) kritisierte, dass es in der Diskussion um eine Fortentwicklung des GSVP allzu häufig um eine „Ausweitung militärischer Fähigkeiten“ gehe. **ahc/bob**

EU-Missionen in Krisenregionen





Dienst am Menschen: Derzeit arbeiten 970.000 Beschäftigte in Pflegeberufen. Der wachsende Bedarf an Fachkräften lässt sich jedoch allein in Deutschland nicht mehr rekrutieren.

Weltweite Nachwuchssuche

PFLEGEGERUFE Schon heute fehlen 30.000 Fachkräfte. Und der Bedarf wird sich in den kommenden 40 Jahren verdoppeln

Seit anderthalb Jahren ist René Pauer nun damit beschäftigt, alten Menschen zu helfen: beim Waschen, Essen, Basteln und Sport. Und inzwischen ist er sicher: „Ich bin hier einfach gelandet. Das ist das, was ich machen will.“ Hier, das ist die „advita“-Tagespflege im sächsischen Borna. In diese Einrichtung kommen alte Menschen, um den Tag gemeinsam mit anderen zu verbringen. René Pauer ist für sie da, wenn sie Hilfe benötigen, medizinisch versorgt werden müssen oder einfach nur mit jemandem reden wollen: „Meine Aufgabe ist es, jedem so viel Hilfe zu geben, wie er oder sie benötigt. Wie viel das ist, ist ganz unterschiedlich: Wir haben hier Menschen, die nur leichte Wortfindungsstörungen oder motorische Probleme haben, aber auch Fälle von schwerster Demenz, bei denen gar nichts mehr allein geht.“ Für diese Menschen da zu sein, ist die Berufung des 30-Jährigen. „Ich hatte schon immer einen guten Draht zu alten Menschen. Das habe ich schon beim Zivildienst gemerkt“, sagt er. Trotzdem schlug er zunächst einen anderen Weg ein, schloss ein Studium zum Sportjournalisten ab. Dann habe sich privat viele verändert, erzählt er, und er habe irgendwann einen neuen Weg gesucht – und der führte ihn in die Altenpflege. „Neulich habe ich einen alten Freund aus der Schule wiedertreffend, den ich zehn Jahre nicht gesehen habe. Als ich ihm erzählt habe, was ich derzeit mache, war er kein Stück überrascht, sondern sagte, er habe immer schon gewusst, dass das mein Ding wäre.“ Noch anderthalb Jahre dauert seine Ausbildung, danach würde der Sachse gern in einer Tagespflegereinrichtung oder für einen ambulanten Pflegedienst arbeiten.

René Pauer's Chef wäre außerordentlich froh, wenn es noch viel mehr Menschen wie seinen begeisterten Azubi gäbe. Denn Michael Faensen, Geschäftsführer und Inhaber des „advita“-Pflegedienstes, sucht händierend Personal. Er unterhält Standorte in 18 deutschen Städten und beschäftigt 110 Mitarbeiter und 70 Auszubildende. „Wenn ich könnte, wie ich wollte, würde ich auf der Stelle 100 Leute einstellen, etwa fünf für jede unserer Niederlassungen“, sagt er, „aber es gibt ja niemanden.“

Steigender Bedarf Faensen ist Präsidiumsmitglied im Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa). Der Verband warnt schon lange vor einem drohenden Fachkräftemangel in der Altenpflege. Nach einer vom bpa in Auftrag gegebenen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln fehlen schon heute rund 30.000 Fachkräfte, bis 2020 werde der Bedarf auf 220.000 steigen. Grund für diese Entwicklung ist die demografische Entwicklung in Deutschland. Der Studie zufolge dürfte die Zahl der Pflegebedürftigen von aktuell rund 2,5 Millionen auf mehr als vier Millionen im Jahr 2050 steigen (siehe Grafik). Daher werde sich der Bedarf an Pflegefachkräften mehr als verdoppeln. Während heute rund 970.000 Menschen im Pflegebereich tätig seien, würde man in gut 40 Jahren bis zu 2,1 Millionen Beschäftigte brauchen. Während einige Experten dem bpa vorwerfen, die Zahlen hochzurechnen, wird der

Fachkräftemangel inzwischen auch von der Bundesagentur für Arbeit bestätigt. Die teilte erst vor wenigen Tagen mit, dass sich die Zahl der offenen Stellen in der Altenpflege vervielfacht habe: Allein bei den Arbeitsämtern könnten aktuell 14.000 offene Stellen nicht besetzt werden.

Intensivpatienten Was diese Statistik für die Pflegedienste konkret bedeutet, weiß Faensen nur zu gut. Schon jetzt könne er viele Aufträge nicht annehmen, weil ihm das nötige Personal fehle. „Wenn wir Intensivpatienten betreuen wollen, brauchen wir für einen Patienten gleich fünf oder sechs Fachkräfte, um eine 24-Stunden-Versorgung abdecken zu können. Zu jemandem, der beatmet werden muss, kann man einfach niemanden hinschicken, der nicht bestens ausgebildet ist. Da gibt es in der Nacht, wenn Probleme auftreten, keinen diensthabenden Arzt, der übernehmen kann. Die Leute müssen kompetent genug sein, sich dann selbst zu helfen.“

Beim bpa sieht man mit dem Fazit der Arbeitsagentur „unsere schlimmen Erfahrungen“ bestätigt. In Wirklichkeit, sagt der Geschäftsführer des Verbands, Herbert Mauel, seien die Zahlen sogar noch höher, weil viele Einrichtungen und Unternehmen offene Stellen „schon gar nicht mehr melden“ würden. Schon jetzt sei der Fachkräftemangel „bundesweit spürbar“ – steuere man nicht gegen, werde sich die Lage „dramatisch ent-

wickeln“. „Dann haben wir entweder die Situation, dass es mehr ungelernetes Personal gibt, was wir keinesfalls wollen – oder dass Pflege zum Luxusgut für einige wenige wird. Das wollen wir noch weniger.“ Schon jetzt würden die Unternehmen „ihr Personal beim Nachbarn“ gewinnen: „Wer es schafft, Leute einzustellen, verursacht in der nächsten Firma den Mangel.“

Ausbildung In der Branche bemüht man sich, die Personallöcher über Ausbildung zu stopfen. Aktuell erreicht man mit 17.700 Auszubildenden allein bei den bpa-Mitgliedern einen bisher nicht dagewesenen Rekord. „Aber die Zahl der Schulabgänger sinkt. Und wir von der Pflegebranche sind ja bei weitem nicht die einzigen, die sich für die Absolventen mit mittlerem Bildungsniveau interessieren. Wenn wir in den Schulen für unsere Jobs werben, ist am nächsten Tag Alarm in der Handwerkskammer.“

Zudem, das sagt Herbert Mauel ganz deutlich, sei es absolut illusorisch, zu glauben, man könne jemals genug Personal aus dem eigenen Land ausbilden, um den Bedarf zu decken. „Wenn man sich die demografische Lage anschaut, müsste theoretisch jeder dritte Schüler mit mittlerem Abschluss in die Pflege gehen. Das wird nicht passieren.“ Dass der Gesetzgeber nun Möglichkeiten geschaffen hat, die Ausbildung zum Altenpfleger bei entsprechenden Vorkenntnissen um ein Drittel auf zwei Jahre zu verkürzen, be-

grüßt Mauel zwar, aber dies reiche bei weitem nicht aus. Der Verband kämpft deshalb vor allem darum, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. „Wir sind da gerade in Kontakt mit dem philippinischen Außenminister und der Botschaft, werben aber auch in Bulgarien, Rumänien, Spanien oder Griechenland“, so Mauel. Problematisch seien jedoch die Hindernisse, die es bei der Anwerbung vor allem von Fachkräften aus nicht EU-Staaten gebe. „Das dauert alles ewig.“ Das weiß man auch bei der Bundesagentur für Arbeit. Dort ist im vergangenen Jahr ein Projekt gestartet, bei dem 150 Altenpfleger aus China angeworben werden sollen. Die Auslandsvermittlung der Agentur (ZAV) bereitet die chinesischen Fachkräfte derzeit auf ihren Einsatz in Deutschland vor, der im Herbst beginnen soll. „Aufgrund der immensen kulturellen Unterschiede und des geforderten Sprachniveaus ist dafür eine Vorbereitungszeit von gut acht Monaten nötig“, sagt ZAV-Presssprecherin Beate Raabe.

Standortnachteil Grundsätzlich gehört die Anwerbung chinesischer Altenpfleger nicht zur Regelvermittlung der Agentur. „Wir konzentrieren uns hauptsächlich darauf, Pflegekräfte aus Europa nach Deutschland zu holen“, erklärt Raabe. Doch auch dabei gebe es Probleme. „Die Bewerber müssen für ihre Berufsanerkennung deutsche Sprachkenntnisse auf einem sehr hohen Niveau nachweisen. Da wir aber weder erste noch zweite Welterfahrung sind, ist das eindeutig ein Standortnachteil. Auch Großbritannien oder Australien suchen Fachkräfte – und werden leichter fündig, weil nun einmal in vielen Staaten Englisch bereits in der Schule gelehrt wird“, sagte Raabe. Zum anderen gebe es nirgendwo sonst in Deutschland eine eigene Ausbildung zum Altenpfleger. „Weil die Gesundheitsberufe aber zu den reglementierten Berufen gehören, in denen die Abschlüsse aus anderen Staaten erst anerkannt werden müssen, ist das ein Problem.“

Ein Problem sehen viele Fachleute auch in den Arbeitsbedingungen der Altenpflege. Bei der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist man davon überzeugt, dass die wichtigste Maßnahme, um dem Fachkräftemangel in der Branche entgegen zu wirken, vor allem eine bessere Bezahlung wäre. Im DGB-Index „Gute Arbeit“ aus den Jahren 2007/2008 beschrieb mehr als die Hälfte der befragten Altenpfleger, sie würden ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen als „belastend“ empfinden. Es sei deshalb, so meint Verdi-Vorstandsmitglied Ellen Paschke, „überfällig“, die Attraktivität der Pflegeberufe insgesamt zu steigern: über bessere Entlohnung und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen durch mehr Personal. Verdi kämpfe daher für eine bundeseinheitlich geregelte Personalbemessung, die sich am tatsächlichen pflegerischen Bedarf orientiert.

Personalkosten Solche Vorschläge stoßen bei den Pflegeeinrichtungen allerdings auf Abwehr. 70 bis 80 Prozent des Umsatzes seiner Einrichtungen würden in Personalkosten fließen, sagt Michael Faensen. „Unsere Vergütung ist aber nicht frei verhandelbar, sondern wird von den Pflegekassen festgesetzt. Würden wir die Einkommen unserer Ange-

stellten um sechs Prozent anheben, könnten wir bei den knappen Margen morgen Insolvenz anmelden.“ Ohnehin sei das schlechte Image der Altenpflege unberechtigt, findet auch bpa-Geschäftsführer Mauel. „Die Einkommen sind nicht so schlecht, wie immer behauptet wird. Und wir können einfach sichere Arbeitsplätze bieten.“

Berufsvorteile Das sieht auch René Pauer als einen der großen Vorteile seines Berufs an. Zwar sei die Arbeit anstrengend, „aber sie wird eben auch wirklich nachgefragt“. Er könne sich kaum einen anderen Beruf vorstellen, bei dem er gute Chancen habe, selbst über seinen Arbeitsort zu entscheiden, weil es überall Stellenangebote gebe. „Gerade wenn man mit dem Gedanken spielt, vielleicht selbst einmal eine Familie zu gründen, ist das ein ganz großes Plus und aus meiner Sicht ein echtes Privileg.“

Und noch eine weitere Sache ist für den 30-Jährigen entscheidend dafür, dass er sicher ist, mit der Ausbildung zum Altenpfleger genau den richtigen Weg zu gehen. „Ich erlebe jeden Tag richtig viel Dankbarkeit für das, was ich tue. Das Gefühl zu haben, damit wirklich einem anderen Menschen zu helfen, ist für mich eine sehr schöne Erfahrung.“ Über sein eigenes Alter denke er nur sehr selten nach, sagt der Auszubildende. „Aber ich hoffe einfach, dass ich irgendwann, wenn ich vielleicht einmal Hilfe brauche, selbst auch von nettem und zugewandtem Pflegepersonal betreut werde.“

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

Mehr zum Thema unter: <http://www.bmg.bund.de/pflege.html>

Mehr und schneller

ALTENPFLEGE Gesetz zur Ausbildung verabschiedet

Einstimmig und ganz ohne Diskussion: So verabschiedete der Bundestag am Donnerstagabend einen Gesetzentwurf der Koalition zur „Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ (17/12179). Damit ist es künftig möglich, die Ausbildung zum Altenpfleger bei entsprechenden Vorkenntnissen in nur noch zwei und nicht wie bisher drei Jahren abzuschließen. Außerdem wird es für drei Jahre die Möglichkeit der Vollfinanzierung des dritten Weiterbildungsjahres durch die Bundesagentur für Arbeit geben. In ihren zu Protokoll gegebenen Reden unterstrichen die Abgeordneten aller Fraktionen, dass es damit möglich sei, mehr Fachkräfte für die Altenpflege zu gewinnen und dem drohenden Fachkräftemangel der Branche entgegen zu wirken.

Attraktivität des Berufs Für die Unionsfraktion unterstrich Erwin Rüdell (CDU), mit dem Gesetz verfolge man das Ziel, bis 2015 die Ausbildungszahlen stufenweise um jährlich zehn Prozent steigern und bis zu 4.000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfer nachzuqualifizieren. Ein breites Bündnis für eine bundesweite Offensive im Bereich der Altenpflege solle und müsse auch „dazu beitragen, die Attraktivität des Berufsfeldes und seine gesellschaftliche Wertschätzung deutlich zu steigern“. Damit würden nicht nur Anreize geschaffen, den Altenpflegerberuf zu ergreifen, sondern auch die Bedingungen für die über 950.000 Beschäftigten verbessert, die bereits in der Pflege arbeiten und damit einen für unsere Gesellschaft insgesamt unverzichtbaren Dienst leisten“. Künftig seien eine verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich und „die Wahrnehmung der Chancen, die sich aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU bieten“, nötig. Nicole Bracht-Bendt (FDP) gab zu Protokoll, sie begrüße, „dass wir dieses Projekt als Bund gemeinsam mit den Ländern und rund 30 Verbänden und Kostenträgern ge-

staltet haben“. Bei der Vereinbarung zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive hätten „alle an einem Strang gezogen, und das ist ein positives Signal“.

Reform angemahnt Für die SPD hielt Petra Crone fest, schon jetzt hänge das Wort „Fachkräftemangel“ drohend über jeder Kommune, deshalb müsse man bei der pflegerischen Ausbildung, einen Einstieg auf allen Ebenen ermöglichen, angefangen bei einer Pflegeassistentin mit guten Weiterbildungsangeboten bis hin zur Führungskraft in der Pflege“. Ihre Fraktion hätte sich aber gewünscht, „dass eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für die Altenpflege mit dem großen Projekt Reform der Pflegeausbildungen einhergeht“. Sie habe „kein Verständnis mehr dafür, dass dieses Projekt auf die lange Bank geschoben wird“. Auch Die Linke stimmte dem Gesetz zu. Kathrin Senger-Schäfer konstatierte aber, es habe „an der einen oder anderen Stelle Bauchschmerzen verursacht“. Zum einen habe es zu lange gedauert, die beiden Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Zum anderen sei es schade, „dass die Bundesregierung offensichtlich aus den Erfahrungen des Konjunkturpakets II keine Lehren ziehen wollte“. Damals sei schon einmal für zwei Jahre befristet das dritte Umschulungsjahr in der Kranken- und Altenpflege gefördert worden, „mit dem Ergebnis, dass die beachtliche Anzahl der Umschulungen im Bereich der Altenpflege nach dem Auslaufen der befristeten Finanzierung wieder deutlich abgenommen“ habe. Daneben sei bis zum heutigen Tag keine verlässliche Finanzierung der Altenpflegeausbildung auf den Weg gebracht worden.

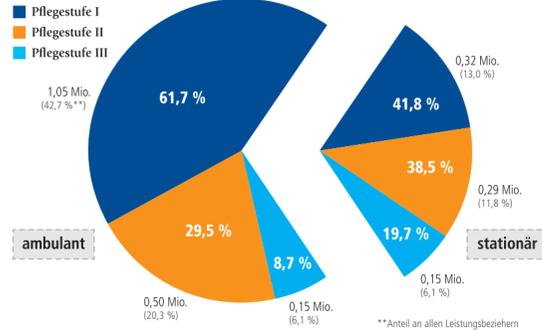
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



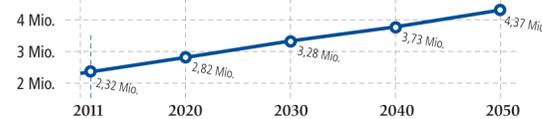
Leistungsbezieher der Pflegeversicherung

2,46 Mio. Leistungsbezieher in der sozialen und privaten Pflegeversicherung, davon ambulant 1,70 Mio. (69,1 %) und stationär 0,76 Mio. (30,9 %)

(*davon 142.000 in der privaten Pflege-Pflichtversicherung, alle Werte gerundet)



Prognose der Anzahl der Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung



Quelle: BMG Stand: April 2012 Grafik: Stephan Roters

KURZ NOTIERT

Tankstellen müssen ihre Verkaufspreise melden

Betreiber von Tankstellen müssen ihre Verkaufspreise an eine neue Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt melden. Die Markttransparenzstelle darf die Preisdaten dann an Verbraucherportale weitergeben, wird in der von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (17/12390) geregelt. Durch die Veröffentlichung der Kraftstoffverkaufspreise könne die derzeit zu Lasten der Nachfrager bestehende „Informationsasymmetrie“ abgebaut werden. Autofahrer hätten künftig eine bessere Auswahlentscheidung. „Ziel ist es, hierdurch den Wettbewerb zu stärken“, so die Bundesregierung. Auf die betroffenen Unternehmen kommen durch die Meldepflichten Kosten in einstelliger Millionenhöhe zu. *hle*

Futtermittelunternehmer sollen sich versichern

Die Bundesregierung hat als Konsequenz aus dem Dioxin- und Ehec-Skandal einen Gesetzentwurf zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (17/12299) vorgelegt. Futtermittelunternehmer sollen verpflichtet werden, eine Versicherung zur Deckung von Schäden abzuschließen, die durch Verstöße gegen futtermittelrechtliche Anforderungen entstehen. Des Weiteren sollen Bund und Länder zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und Futtermittelsicherheit besser zusammenarbeiten. *eis*

EU zwingt zur Aufhebung des Branntweinmonopols

Das Branntweinmonopol soll zum 31. Dezember 2017 enden. Dies sieht der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Branntweinmonopols (17/12301) vor, der vom Bundestag am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Das Monopol müsse abgeschafft werden, da Ende 2017 die letzte Verlängerung der EU-beihilferechtlichen Ausnahmeregelung zur Gewährung produktionsbezogener Beihilfen nach dem deutschen Branntweinmonopol auslaufe, erläutert die Regierung. Branntweinsteuer-Vorschriften müssten in einem Alkoholsteuergesetz geregelt werden. Aus der „Branntweinsteuer“ wird künftig eine „Alkoholsteuer“. *hle*

Koalition fördert Elektrofahrzeug

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP wollen zur Umsetzung des Regierungsprogramms Elektromobilität die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und extern aufladbaren Hybridfahrzeugen steuerlich begünstigen. In einem am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurf (17/12375) heißt es, diese Fahrzeuge seien wegen ihres höheren Listenpreises benachteiligt. Bisher ist ein Prozent des Listenpreises Grundlage der Bewertung der privaten Nutzung eines Dienst- oder Firmenwagens. Diese Ein-Prozent-Regelung wird beibehalten, allerdings soll der Listenpreis um die Kosten des Batteriesystems reduziert werden. Maximal möglich ist eine Reduzierung des Listenpreises um 10.000 Euro. *hle*

Neuregelungen zum Holzhandel

Der Bundestag hat am Donnerstag dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Holzhandels-Sicherungs-Gesetzes (17/12033, 17/12400) zugestimmt. Damit werden die Aufgaben und Eingriffsbefugnisse der zuständigen Behörden wie Kontrollmaßnahmen und Beschlagnehmung von Holz, bei dem der begründete Verdacht auf einen Verstoß gegen geltendes EU-Recht besteht, geregelt. Während die Koalitionsfraktionen und die Grünen zustimmten, lehnte die SPD den Entwurf ab. Die Linke enthielt sich. *eis*

Kampf gegen Schwarzarbeit zusammen mit Niederlanden

Der Bundestag hat am Donnerstag dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum deutsch-niederländischen Vertrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit (17/12015, 17/12410) zugestimmt. Alle Fraktionen stimmten für den Entwurf. Ziel des Vertrages ist ein effektiver Informationsaustausch zwischen den Behörden beider Länder zur besseren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwarzarbeit. *hle*

Gebremste Freude an der Technik

WIRTSCHAFT Koalition beklagt die Auswanderung exzellenter Wissenschaftler



Technische Berufe haben gute Perspektiven: Blick in die Produktionshalle eines deutschen Maschinenbauers.

In der Absicht zeigen sich Koalition und Opposition einig: Technische Innovationen seien wichtig für Deutschlands Zukunft, und deshalb sollten sie weiterhin und sogar mehr gefördert werden. Das hinderliche am vergangenen Donnerstag aber nicht an einer sehr kontroversen Debatte. Denn während die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sich und die Bundesregierung als treibende Kräfte darstellten, registrierten die Oppositionsredner Stillstand. Im letzten Jahr habe der Bund mit 14 Milliarden Euro so viel wie nie für Forschung und Entwicklung ausgegeben, lobte Birgit Homburger (FDP). Die Bundesregierung habe eine Hightech-Strategie auf den Weg gebracht, der Bundeswirtschaftsminister zusätzlich eine Innovationsstrategie, die insbesondere die Gründung neuer Technik-Unternehmen erleichtern soll, vor allem durch besseren Zugang zu Wagniskapital. Die Koalitionsfraktionen strebten, wie Homburger ausführte, darüber hinaus eine steuerliche Forschungsförderung an, die auch als Forschungsbonus ausgestaltet sein könne. Ihres Erachtens fehle im Instrumentenkasten der Forschungsförderung in Deutschland genau dieses Instrument nach wie vor.

Problem Eurokrise Die steuerliche Forschungsförderung ist bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen. Leider sei wegen des Vorrangs der Haushaltskonsolidierung diese Steuererleichterung bisher nicht möglich gewesen, sagte Homburger unter Gelächter von den Oppositionsbänken. „Wäre die Eurokrise nicht dazwischen gekommen, wäre sicherlich einiges anders gelaufen.“ Oppositionsredner hielten dem entgegen, die Koalition habe die falschen Prioritäten gesetzt. Als Beispiele nannten sie mehrfach

die Umsatzsteuersenkung für Hotels und das Betreuungsgeld. „Haushaltspolitik heißt auch, sich zu entscheiden. Und wenn Sie die Möwenpicksteuer einführen und die Herdprämie, ist das eine Entscheidung gegen die Forschungsförderung“, rief Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) aus. Andrea Wicklein (SPD) erinnerte an eine Bundestagsdebatte vor exakt zwei Jahren, in der es um genau die gleichen Wünsche der Koalitionsfraktionen an die Regierung gegangen sei. „Zwei Jahre sind vergangen, und in zentralen Themenfeldern hat sich nichts getan.“ Dabei stehe in dem zur Debatte stehenden Antrag der Koalitionsfraktionen (17/11859) viel Richtiges, zum Beispiel zum besseren Zugang von Gründern zu Wagniskapital. Auch hier habe die Regierung „ausreichend Zeit gehabt, die Bedingungen nachhaltig zu verbessern“.

Heinz Riesenhuber, Forschungsminister unter Kanzler Helmut Kohl (beide CDU) und eines der drei längstgedienten Mitglieder des Bundestages, sprach von großen Erfolgen der Regierung Merkel. Sie habe in acht Jahren die Forschungsförderung um mehr als 50 Prozent erhöht, während ihr Vorgänger Gerhard Schröder in sieben Jahren nur ein Plus von elf Prozent erreicht habe. Heute gebe Deutschland 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung aus. Das sei nahe am Drei-Prozent-Ziel des Lissabon-Vertrags. Wenn aber „Europa im Schnitt drei Prozent für Forschungsförderung ausgeben soll, muss es in Deutschland sehr viel mehr sein“. Damit es so komme, müsse diese Koalition fortgesetzt werden.

Allerdings, „wenn die Menschen keine Freude daran haben, werden wir nichts erreichen“. Diese Freude an Naturwissenschaft und Technik zu wecken, so Riesenhuber, sei auch Aufgabe der Politik. Wobei er betonte: „Wir predigen keinen technokratischen

Hurra-Patriotismus. Es gibt kein Land, das eine so sorgfältige Risikoforschung und Umweltforschung betreibt wie die Deutschen, über alle Regierungen hinweg, bis in die Achtziger Jahre zurück.“ Auf das in dem Koalitionsantrag formulierte Ziel, „Lust auf Technik“ zu wecken, ging auch Nadine Schön (CDU) ein: „Innovationen entstehen immer durch Menschen, und Innovationen entstehen nur in einem Klima, das auch Innovationen zulässt.“

»Nur Aufgewärmtes« Dem hielt Petra Sitte (Die Linke) die Frage entgegen: „Wie wollen Sie Lust auf Ihre Politik wecken, wenn Sie hier nur Aufgewärmtes präsentieren?“ Der vorgelegte Antrag sei die teilweise wörtliche Übernahme eines Hochglanzpapiers des Bundeswirtschaftsministeriums. Er sei ein „Armutszeugnis für die politische Selbstständigkeit der Koalitionsfraktionen“. Die darin enthaltene Warnung vor einem innovationsfeindlichen Klima wolle Sitte nicht gelten lassen. Sie sei vielmehr froh,

das über neue Techniken öffentlich im Pro und Contra diskutiert wird. „Hätte man vor 50 Jahren beispielsweise sich nicht einfach der Atomkraft-Euphorie ergeben, wäre uns so manches Problem heute erspart geblieben.“

In dem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP die Bundesregierung auf, den deutschen Technologievorsprung auf den Weltmärkten zu sichern. Zu diesem Zweck sollten noch mehr Unternehmen an die Forschung herangeführt und eine größere Breitenwirkung der Forschung erzielt werden. Neben der bewährten Projektförderung solle es „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“ auch eine steuerliche Förderung beziehungsweise den Forschungsbonus geben. Damit sollen zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen ausgelöst werden. Zudem solle die Innovations- und Hightech-Strategie der Regierung weiter ausgebaut werden.

Die 140.000 forschenden und innovativen Unternehmen hätten wesentlich dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft sich trotz der Staatsschuldenkrise und eines wirtschaftlich zunehmend schwierigeren Umfelds positiv entwickelt habe. „Mit einer jährlichen Ausfuhr von über 500 Millionen Euro sind deutsche Unternehmen Exportweltmeister in diesem Bereich“, stellen die Fraktionen fest.

Beklagt wird in dem Antrag, dass exzellente Wissenschaftler das Land verlassen, „weil vorschnell die Risiken ihrer Forschung in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten gestellt werden und die Chancen und Perspektiven ihrer Arbeit nicht gewürdigt werden“. Weiter heißt es: „Innovationen und technische Produkte können sich nur dann verbreiten, wenn sie nicht vorschnell abgelehnt werden beziehungsweise durch gesetzliche Regelungen von vornherein verhindert oder massiv erschwert werden.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Linken und Grünen bei Enthaltung der SPD angenommen. *Peter Stützel*

Transparenterer Verkehrsplan

VERKEHR UND BAU Die endgültige Grundkonzeption des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP 2015) soll im Frühjahr dieses Jahres vorgestellt werden. Dies wurde vergangene Woche bei der Präsentation des Entwurfs der Konzeption des BVWP 2015 im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung deutlich.

Die Regierung führte weiter aus, dass inzwischen im Bundesverkehrsministerium ein Online-Konsultationsverfahren freigeschaltet worden sei. Dabei hätten bis zum 20. März 2013 alle Interessierten die Möglichkeit, zum Entwurf der Grundkonzeption umfassend Stellung zu nehmen. Seit dem letzten BVWP aus dem Jahr 2003 hätten sich bei der Weiterentwicklung der politischen und verkehrlichen Rahmenbedingungen neue Herausforderungen ergeben, heißt es in dem Entwurf. Dazu gehöre, dass wegen der notwendigen Haushaltskonsolidierung mehr als in der Vergangenheit auf einen zielgerichteten Umgang mit den knappen Finanzmitteln geachtet werden müsse und der demografische Wandel zunehmend die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung beeinflusse.

Außerdem rücke unter anderem die Umweltverträglichkeit von Bauvorhaben mehr und mehr in den Fokus, und immer mehr Menschen wollten bei der Planung und der Realisierung von Verkehrsprojekten „stärker“ eingebunden werden. Erforderlich seien nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen sowie stärkere Transparenz und Bürgerbeteiligung, schreibt die Regierung in ihrem Entwurf.

Die Fragen der Abgeordneten aller Fraktionen an die Experten der Bundesregierung richteten sich vor allem auf die Grundkonzeption des BVWP 2015 und auch auf Einzelprobleme wie zum Beispiel Lückenschlüsse. *mik*

Mehr Urlaub auf dem Land

TOURISMUS Wie kann der ländliche Raum besser für den Tourismus erschlossen werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich am vergangenen Donnerstag das Parlament. Anlass dazu war der Antrag (17/11373) „Sozial und regional – Tourismus in ländlichen Räumen stärken“ der Fraktion Die Linke. Diese fordert darin die Bundesregierung auf, ein Tourismuskonzept speziell für den ländlichen Raum zu entwickeln. Der Landtourismus sei ein wichtiges Standbein regionaler Wirtschaft und trage dazu bei, Arbeitsplätze zu erhalten. Die Bundesregierung soll aus diesem Grund eine bundesweite SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken) zum Landtourismus beauftragen und die überregionale Vernetzung touristischer Regionen verbessern. Zudem sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Förderung von Projekten im Landtourismus auf Länderebene zu harmonisieren. Die Fraktion fordert die Bundesregierung weiterhin dazu auf, die Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu forcieren, um ein nachhaltiges Konzept für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Räumen zu entwickeln und zu fördern. Der Antrag wurde ohne Aussprache an den zuständigen Ausschuss überwiesen. *jbb*

2012 weniger neue Schulden

HAUSHALT Der Bund hat im vergangenen Jahr neue Kredite in Höhe von rund 22,5 Milliarden Euro aufgenommen. Das geht aus dem endgültigen Abschluss des Bundesfinanzministeriums zum Haushalt 2012 hervor, den der Haushaltsausschuss vergangene Woche zur Kenntnis genommen hat. Damit ist die nach dem Zweiten Nachtragsentwurf vorgesehene Neuverschuldung von 28,1 Milliarden Euro um rund 5,6 Milliarden Euro unterschritten worden. Die Steuereinnahmen des Bundes betragen im vergangenen Jahr 256,1 Milliarden Euro. Dies sind 100 Millionen Euro weniger als vorgesehen. Die Verwaltungsausgaben und Mindererlöse betragen 2012 rund 28,2 Milliarden Euro. Das sind 800 Millionen Euro mehr als eingeplant (27,3 Milliarden Euro) waren. Für Investitionen wurden 36,3 Milliarden Euro ausgegeben, vorgesehen waren hier 37,5 Milliarden Euro.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP konnten in dem Abschluss nur „äußerst positive Fakten“ erkennen. Der Sprecher der Union wies vor allem darauf hin, dass das strukturelle Defizit so gering ausgefallen sei, dass schon im vergangenen Jahr die Regeln der Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten werden konnten. Dies sei vier Jahre früher als vorgesehen. „Das ist ein Erfolg unserer wachstumsfreundlichen Konsolidierungspolitik“, sagte er. Bei den Oppositionsfraktionen kritisierte die Linksfraktion, dass die Mittel für den Arbeitsmarkt abgesenkt wurden und die Rüstungsausgaben angestiegen seien. *mik*





Durchsuchung bei der Kapitalanlagefirma S&K: Wertvolle Autos und Immobilien wurden sichergestellt. Aber den Anlegern drohen trotzdem massive Verluste.

17 Milliarden EU-Strukturhilfe

WIRTSCHAFT Bei der Einigung im Europäischen Rat auf die Eckpunkte des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Periode 2014 bis 2020 hätten die zentralen deutschen Interessen durchgesetzt werden können, heißt es in einem von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in der vergangenen Woche im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie abgegebenen Bericht. Speziell im Bereich der EU-Strukturpolitik seien die Kernziele im Wesentlichen erreicht worden. Der Finanzrahmen sieht Verpflichtungsermächtigungen von 960 Milliarden Euro vor, die Zahlungsermächtigungen belaufen sich auf 908,4 Milliarden. Das von der Regierung verfolgte Ziel, dass auch der EU-Haushalt den Konsolidierungsanstrengungen Rechnung zu tragen habe, sei damit erreicht worden. (Siehe auch Seite 7).

Im Bereich Strukturpolitik stehen für Deutschland 17 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Positiv bewertet der Regierungsbericht, dass für die heutigen ostdeutschen Konvergenzregionen über ein „Sicherheitsnetz“ 60 Prozent der von 2007 bis 2013 zur Verfügung stehenden Mittel erhalten bleiben würden. Zusätzlich stehe eine Sonderzuweisung von 510 Millionen Euro zur Abfederung der Mittelverluste zur Verfügung. „Im Ergebnis konnten somit 64 Prozent der Mittel der Vorperiode für die Konvergenzregionen gesichert werden“, schreibt die Regierung.

Die Region Leipzig, die sehr knapp aus der Kategorie Übergangsregionen herausgefallen sei, solle eine Sonderzuweisung von 200 Millionen Euro erhalten, schreibt die Regierung. Bei den Mitteln für die entwickelten Regionen (westdeutsche Länder) sei es bei den Kürzungen in Höhe von 25 Prozent geblieben. Weitere Kürzungen hätten vermieden werden können. *hle*

Polizei da – Geld weg

FINANZEN Der graue Kapitalmarkt soll weiter eingengt werden. Opposition vermisst wirksame Regelungen

Wenn die Polizei kommt, ist es oft schon zu spät – jedenfalls wenn es um Kapitalanlagebetrug geht. Erst in der letzten Woche war ein neuer Fall zu erleben. Staatsanwaltschaft und Polizei stoppten mit einer bundesweiten Razzia ein Schneeballsystem, mit dem mutmaßliche Anlagebetrüger einen dreistelligen Millionenbetrag ergaunert haben könnten. Zwar wurden die mutmaßlichen Täter gefasst, aber das Geld von mehreren Tausend mit hohen Renditeversprechen gelockten Anlegern dürfte größtenteils weg sein.

lien oft in baufälligem Zustand.“ Es gehe um Vernichtung von Anlegergeldern „in immenser Höhe“. Aus Sicht der Koalition kam daher der am Donnerstag in erster Lesung beraten und an die Ausschüsse überwiesene Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwaltung alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz, 17/12294) wie gerufen. Wird doch darin nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU) ein weiterer Schritt zur Einengung des grauen Marktes unternommen. Und der CDU-Finanzexperte Ralph Brinkhaus versicherte zu dem Gesetz, das das neue Kapitalanlagegesetzbuch darstellen soll: „Wir werden damit Rechtsgeschichte schreiben.“



»Es geht um die Vernichtung von Anlegergeldern in immenser Höhe.«
Gerhard Schick (Grüne)

Gutgläubige Anleger

Der Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick griff den aktuellen Fall der von der Justiz gestoppten Kapitalanlagefirma S&K am Donnerstag im Bundestag auf: Es zeige sich hier wieder, dass Anleger glaubten, in sichere Anlagen zu investieren, aber die Gelder in Wirklichkeit woanders landen würden. Der Finanzmarkt müsse daher „möglichst sicher“ gestaltet werden, verlangte Schick. Geschlossene Fonds – diese gehörten auch zum Angebot von S&K – hätten sich zum gängigen Anlageprodukt entwickelt. Aber Anleger hätten oft ein finanzielles Desaster erlebt: „Bei den geschlossenen Immobilienfonds waren die Immobili-

Marktes unternommen. Und der CDU-Finanzexperte Ralph Brinkhaus versicherte zu dem Gesetz, das das neue Kapitalanlagegesetzbuch darstellen soll: „Wir werden damit Rechtsgeschichte schreiben.“

Wesentlich skeptischer reagierte SPD-Finanzexperte Carsten Sieling. Gegen Fälle wie S&K mit falschen Grundstücksbewertungen helfe der Gesetzentwurf gar nichts. Die Bundesregierung tue nichts anderes als europäische Vorgaben umzusetzen, „und die setzt man auch noch schlecht um“, empörte sich Sieling. Er verlangte, spekulative Elemente zu begrenzen und exzessive Gewinne zu ver-

hindern. Dazu müsse die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Es sei falsch, dass überwiegend Kleinanleger davon betroffen sein würden. Die Koalition betreibe in diesem Punkt „Angstmacherei“. Björn Sängler (FDP) vereidigte den Entwurf als „wichtigen Schritt im Bereich Anlegerschutz“. Andererseits sollte man sich vor dem Hintergrund der Bankenregulierung unter dem Stichwort Basel III vor Augen führen, „dass wir alternative Investmentformen möglicherweise stärker brauchen, um unsere Volkswirtschaft zu finanzieren“. Die Regulierung müsse daher die Risiken eindämmen, gleichzeitig aber Investments ermöglichen. Zur Debatte um geschlossene Fonds erinnerte Sängler, dies sei kein Segment für Kleinanleger. Dagegen seien offene Immobilienfonds ein wichtiges und wertvolles Anlageinstrument gerade für Kleinanleger. Die Koalition lege ein „dürftiges Gesetz“ vor, das sie als Meilenstein der Finanzmarktregulierung zu verkaufen versuche, empörte sich Axel Troost (Die Linke). Ziel der Hedgefonds und Private Equity Fonds sei es, möglichst viel Rendite zu machen. „Anders gesagt: Sie sind reine Melkkühe ohne volkswirtschaftlichen Nutzen“, kritisierte Troost. Diese Fonds würden die Finanzstabilität bedrohen. Hedgefonds hätten das rapide Wachstum der Märkte der toxischen Wertpapiere befeuert, bis 2008 die Immobilienblase platzt sei. Deshalb müssten diese Fonds schärfer reguliert werden, forderte Troost, der der Koalition eine zu schwache Gesetzgebung unterstellte.

Brinkhaus (CDU) widersprach unter Hinweis auf die zahlreichen Regulierungsmaßnahmen der Koalition: „Keine Bundesregierung hat so viel an den Finanzmärkten reguliert wie die christlich-liberale Koalition. Niemals ist so viel geregelt worden wie in den letzten dreieinhalb Jahren.“

Kleinanlegerschutz Ein wichtiger Einzelaspekt des Entwurfs ist das Verbot von Hedgefonds für Privatanleger. Damit sollen Kleinanleger vor besonders risikoreichen Anlagen geschützt werden. Anteile an offe-

nen Immobilienfonds sollen nur noch einmal im Jahr zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgegeben werden können. Bei geschlossenen Fonds, die in Unternehmensbeteiligungen wie zum Beispiel Immobilien oder Schiffe investieren, wird künftig eine Risikomischung der Investitionen gefordert. Erst bei höheren Anlagesummen ab 20.000 Euro kann von dieser Regelung abgewichen werden. Die Kreditaufnahme durch geschlossene Fonds wird begrenzt. Auch für Fondsmanager gibt es strengere Zulassungsvorschriften. *Hans-Jürgen Leersch*

STICHWORT

FONDS – Deutsche haben zwei Billionen Euro angelegt

Investmentfonds 50 Millionen private und institutionelle Anleger haben zusammen etwa zwei Billionen Euro in Investmentfonds angelegt. Die Fonds können Aktien, Anleihen (von Firmen oder Staaten) und andere Wertpapiere enthalten. Fonds werden zumeist an Börsen gehandelt.

Immobilienfonds Eine Besonderheit bei den offenen Fonds sind Immobilienfonds. Damit beteiligen sich Anleger schon mit kleinen Beträgen an Geschäfts- und Bürohäusern. Viele dieser Fonds sind in Schwierigkeiten, weil zu viele Anleger ihr Geld schnell zurück haben wollten.

Geschlossene Fonds Dabei handelt es sich um Beteiligungen an Firmen oder Schiffen. Es winken hohe Renditen, das Risiko eines Totalverlustes ist aber auch sehr hoch.



Schwere Zeiten für Kirchensteuersünder

STEUERN Koalition präzisiert Vorschriften bei Kapitaleinnahmen. Widerspruch gegen Datenweitergabe muss rechtzeitig erfolgen

Ab 2014 müssen sich Sparer und Anleger mit Konfessionszugehörigkeit auf steuerliche Veränderungen einstellen. Banken werden dann jedes Jahr für rund 80 Millionen Konteninhaber beim Bundeszentralamt für Steuern Angaben zur Konfessionszugehörigkeit ihrer Kunden abfragen und im Rahmen der Abgeltungsteuer gegebenenfalls Kirchensteuern von den Kapitalerträgen abziehen und abführen.

(17/12375), dessen Schwerpunkt die Verbesserung der gegenseitigen Amtshilfe in der EU in Steuerangelegenheiten ist. Im Steuerbereich handele es sich um „notwendige, vornehmlich rechtstechnische Maßnahmen“, die zunächst im Jahressteuergesetz 2013 enthalten gewesen seien, argumentieren die Koalitionsfraktionen. Zum Jahressteuergesetz hatte es keine Einigung

zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gegeben. Der Gesetzentwurf wurde am vergangenen Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. Der neuen Verpflichtung von Banken und Lebensversicherungen zur Abfrage und Verwendung der Kirchensteuermerkmale ihrer Kunden beim Bundeszentralamt für Steuern können die Bürger durch Abgabe eines

Sperrvermerks beim Bundeszentralamt für Steuern widersprechen. Durch die Gesetzesänderung ist vorgesehen, dass diese Sperrvermerke bis zum 30. Juni eines jeden Jahres eingegangen sein müssen, wenn sie noch für die Regelabfrage zum 31. August eines jeden Jahres berücksichtigt werden sollen. Hintergrund der Änderung ist eine mögliche Überlastung des Bundeszentralamtes für Steuern: „Da sich die Anfragen der Kirchensteuerabzugsverpflichteten auf alle 80 Millionen Bürger beziehen, ist der Umfang der eingehenden Sperrvermerke kaum kalkulierbar“, schreiben CDU/CSU und FDP-Fraktion in dem Entwurf. Auch für Abfragen bei Auszahlungen von Versicherungsverträgen muss der Sperrvermerk zwei Monate vor dem Auszahlungstermin abgegeben werden.

Gegen die Abfrage der Kirchensteuerdaten hatten die Spitzenverbände der Wirtschaft und Banken sowie Datenschützer protestiert. Auch der Bundesrat hatte Einwände erhoben. *hle*

Vergessliche Kunden Derzeit hat der kirchensteuerpflichtige Kunde noch die Wahl: Entweder er erteilt der Bank den Auftrag, die Kirchensteuer von seinen Kapitalerträgen abzuführen, oder er deklariert seine Kapitalerträge in der Einkommensteuer, und das Finanzamt ermittelt die Höhe der Kirchensteuer. Es wird davon ausgegangen, dass viele Sparer die einfache Abgeltungsteuer nutzen, aber die Angabe ihrer Kirchensteuermerkmale bei der Bank vergessen haben. Da offenbar mit zahlreichen Protesten durch die Abgabe von Sperrvermerken beim Bundeszentralamt gerechnet wird, haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP bereits vor Inkrafttreten des neuen Rechts Änderungsvorschläge vorgelegt. Enthalten sind sie im Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften



Angaben zur Kirchensteuer dürfen nicht vergessen werden.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Seeschiffahrts-Abkommen mit Südkorea vorgelegt

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zu dem Abkommen vom 3. Mai 2012 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Seeschiffahrt vorgelegt (17/12336). Mit dem Abkommen seien die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der weltweiten handelspolitischen Grundsätze der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen worden, schreibt die Regierung. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen nun die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden. Dadurch solle die Freiheit des Außenhandels sichergestellt und die internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Der Gesetzentwurf wurde am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *mik*

Keine Änderung der Baunutzungsordnung

Die Bundesregierung muss die Baunutzungsverordnung nicht ändern, damit Spielhallen als eigenständige Kategorien geführt werden und außerhalb von Gewerbegebieten nur noch in Ausnahmefällen zulässig sind. Einen Antrag (17/4201) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem dies gefordert wurde, lehnte der Bundestag am Donnerstag ab (17/5698). Weiter sollte laut Fraktion die Erteilung von Mehrfachkonzessionen von Spielhallen unmöglich gemacht werden, und die Bundesländer sollten die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Spielhallen in Nachbarschaft zu Schulen und anderen Jugendeinrichtungen nicht mehr genehmigungsfähig sind. Die Zahl der Spielhallen habe in den letzten Jahren in Deutschland stark zugenommen. Seit der Novellierung der Spielverordnung im Jahr 2006 seien die erteilten Spielhallenkonzessionen um rund 20 Prozent angestiegen und die Zahl der aufgestellten Geräte habe sich um fast 50 Prozent vermehrt. *mik*

Vorstoß zu Fahrgastrechten bei Fernbussen gescheitert

Abgelehnt hat der Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Grünen (17/5057) zur Stärkung der Fahrgastrechte im Fernbusverkehr (17/7822). Die Bundestagsabgeordneten forderten die Bundesregierung unter anderem auf, Verbraucherrechte im Busverkehr ab dem ersten Kilometer durchzusetzen und Entschädigungsansprüche ab 30 Minuten Verspätung vorzusehen. Weiter sollten Schadensersatzansprüche auf den tatsächlich entstandenen Schaden gewährt und bei Verspätung das Recht auf Nutzung anderer Verkehrsmittel ohne zusätzliche Kosten eingeräumt werden. Schließlich sollte unter anderem die „diskriminierungsfreie Beförderung von Rollstuhlfahrern, sehingeschränkten und mobilitätseingeschränkten Personen“ zwingend vorgeschrieben werden. *mik*

Forderung nach Tempo 80 für Lkw auf Autobahnen erfolgreich

Die Bundesregierung muss sich bei der EU-Kommission nicht für ein Tempolimit von 80 Stundenkilometern für Lastwagen auf europäischen Autobahnen einsetzen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6480), in dem die europaweite Vereinheitlichung der Höchstgeschwindigkeit für Lkw gefordert wurde, lehnte der Bundestag am Donnerstag ab (17/7887). Die Grünen bezogen sich auf einen Beschluss des 49. Deutschen Verkehrsgerichtstags in Goslar, der sich ebenfalls für ein einheitliches Tempolimit auf europäischen Autobahnen für Lkw ausgesprochen hatte. Mit einem solchen Tempolimit könne die Verkehrssicherheit erhöht und der CO₂-Ausstoß verringert werden. *mik*

Bahnstrecken nach Polen ohne verbindlichen Zeitplan

Den Antrag (17/9947) der Grünen, in dem es um eine Verbesserung des Schienenverkehrs zwischen Deutschland und Polen geht, lehnte der Bundestag am Donnerstag ab (17/12369). Die Fraktion forderte darin von der Bundesregierung, sich mit der Republik Polen auf einen verbindlichen Zeitplan für einen Ausbau wichtiger grenzüberschreitender Eisenbahnstrecken in den Korridoren Berlin – Stettin, Berlin – Breslau und Dresden – Breslau verständigen und sich mit Polen auf eine Ausbaubahnlinie des Korridors Berlin – Breslau zu einigen. Dabei soll der Elektrifizierung „höhere Priorität“ eingeräumt werden. *mik*



Wertvoller Rohstoff: Gepresstes Altpapier wartet auf die weitere Verwendung.

Abbauen ohne Einschränkungen

WACHSTUMS-ENQUETE Forderung nach Senkung des Ressourcenverbrauchs löst Streit in Kommission aus

Eine durchaus spektakuläre Botschaft: Angesichts der dramatischen Umweltbelastung muss der Verbrauch von Ressourcen wie Kohle, Öl und anderen Energieträgern, von Erzen und sonstigen Rohstoffen, von Böden gesenkt werden – und es reicht nicht aus, diesen Konsum weniger stark steigen zu lassen als die Wirtschaftsleistung. So hat es die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einstimmig gefordert – ein Paukenschlag, wo doch die Entwicklung in die andere Richtung verläuft, Klimawandel hin, Schwund der Artenvielfalt her. Indes droht der Streit bei der Verabschiedung des Abschlussberichts der Projektgruppe 3, die sich unter Leitung von Hermann Ott (Bündnis 90/Die Grünen) mit Ressourcenpolitik befasst hat, diesen brisanten Vorstoß zu überlagern.

Frontalangriff Überraschend ging der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein die Opposition frontal an: Er sei „maßlos enttäuscht und erschüttert“ über die „Finte“ von SPD, Linken und Grünen, in der Arbeitsgruppe die Koalition zu einem „weichgespülten Konsens“ verlocken zu wollen, um auf dieser Basis weitergehende Positionen durchsetzen zu können. Das sei ein „Missbrauch“ der Konsensbereitschaft von Union und FDP. Obendrein warf Nüßlein der SPD einen „Schulterschluss mit der Linken“ vor. Oppositionssprecher kontierten den Angriff energisch, der CSU-Politiker sei auf die „polemische Ebene ausgewichen“ (Ott). Er fühle sich „sehr unwohl“, sagt so-

gar der von der Union benannte Sachverständige Hanns Michael Hölz, dass Nüßlein „diesen Ton“ in die Debatte bringe. Indes lassen auch inhaltliche Kontroversen die Einmütigkeit zwischen Koalition und Opposition bei zentralen Forderungen zur Ressourcenpolitik in den Hintergrund treten. Mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt werden letztlich zwei Anträge von SPD, Linken und Grünen, die für einen „sozialökologischen Umbau“ plädieren und über 40 konkrete Vorschläge zur Reduzierung des Rohstoffkonsums präsentieren.

Übernutzung Jenes Papier, das im Konsens verabschiedet wird, streicht eine „unbequeme Wahrheit“ heraus, so der von der Union entsandte Sachverständige Marc Oliver Bettzüge: die „Übernutzung der Ökosysteme“. Genannt werden Klimawandel, Landschaftszerstörung, Vernichtung der Artenvielfalt und Übersäuerung der Ozeane. Gelingt eine „absolute Reduktion“ etwa von Treibhausgasen oder Stickstoff nicht, dann werde die Umweltbelastung weiter zunehmen – „bis hin zur Möglichkeit des Zusammenbruchs ganzer Systeme“. Als Ursache des Übels benannt wird das „Trilemma“ aus Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel. Als zentrales Problem definiert wird auch der „Rebound-Effekt“: Der technische Fortschritt bewirkt eine ökologische Entlastung, die aber durch Mehrverbrauch wettgemacht wird – wenn zum Beispiel Automotoren weniger Benzin benötigen, dies jedoch durch mehr Fahrkilometer neutralisiert wird. Ein anderes Paradox: Die ökonomische Entwicklung der

Schwellen- und Entwicklungsländer bedroht einerseits die planetarischen Grenzen, schafft aber andererseits erst die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, um Wachstum und Rohstoffkonsum voneinander zu entkoppeln. Wie aber soll der Ressourcenverbrauch gesenkt werden?

anderem ein Wertstoffgesetz, eine effizientere Kreislaufwirtschaft mit höheren Recyclingquoten, schärfere Zielvorgaben für die Gebäudesanierung, eine Aufwertung des öffentlichen Verkehrs, die Eindämmung der Spekulation mit Ressourcen, eine Abgabe auf Stickstoff, Transferzahlungen an die

wel warfen Union und FDP vor, sich einer Debatte über handfeste Reformen zu verweigern. Strittig ist die Rolle einzelner Staaten und der internationalen Gemeinschaft. Die FDP-Abgeordnete Judith Skudelny ist gegen einen „nationalen Aktionismus“, Fortschritte seien nur auf globaler Ebene machbar. Dies sowie die Industrialisierung der Schwellenländer und das Bevölkerungswachstum würden von der Opposition „völlig ausgeblendet“. Deren Sprecher erklärten, auch sie seien für internationale Vereinbarungen, doch dürfe man die Bedeutung des Nationalstaats „nicht unterschätzen“, so der von den Grünen benannte Sachverständige Martin Jänicke.

»Gängelei« Die Koalition witterte hinter der Forderung nach sozialökologischer Transformation „staatliche Gängelei“ (Nüßlein). Aus Sicht Skudelny ist eine Senkung des Ressourcenkonsums am besten über eine „Weiterentwicklung“ der sozialen Marktwirtschaft zu bewerkstelligen. Die Politik dürfe den Bürgern „nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben“. SPD, Linke und Grüne wollten industrialisierten Ländern aber einen bestimmten Konsumstil diktieren. Der von der Linken entsandte Sachverständige Ulrich Brand betonte, Veränderungen über marktwirtschaftliche Instrumente reichen nicht aus. Man wolle „nicht gängeln und nichts vorschreiben“, doch müsse die Politik stärker steuern. Hexels Botschaft: Die Opposition plädiere für „marktregulierende Maßnahmen“, indes nicht für einen „grünen Sozialismus“. *Karl-Otto Sattler*



Den Ressourcenverbrauch kann jeder regeln.

Bettzüge meinte, die „nicht einfache“ Erarbeitung solcher Vorschläge zum jetzigen Zeitpunkt „überfordert die Kommission“. Deren Bestandsaufnahme solle vielmehr die nächste Regierung nutzen, um Entkoppelungsstrategien zu entwerfen. Hingegen werden im Katalog der Opposition unter

Dritte Welt im Gegenzug zum Verzicht auf Rohstoffausbeutung und vieles mehr aufgelistet. Ebenfalls verlangt wird eine Streichung umweltschädlicher Subventionen, wozu das heiße Eisen Pendlerpauschale gehört. Die SPD-Parlamentarierin Waltraud Wolff und der Sachverständige Dietmar He-

Einigkeit über »Lex Asse«

UMWELT Experten erwarten Rückholung des radioaktiven Abfalls nicht vor 2024

Bei der maroden Schachanlage Asse II ist kaum etwas sicher zu prognostizieren. Nur über eines herrscht seit Dezember 2012 mit dem sogenannten Lex Asse (17/11822) Gewissheit: Die 126.000 Fässer mit radioaktivem Abfall sollen, soweit dies überhaupt machbar ist, zurückgeholt werden – und zwar so schnell wie möglich. Dazu sollen vor allem die verfahrenrechtlichen Rahmenbedingungen erleichtert werden. So wird unter anderem festgeschrieben, dass für die Arbeiten kein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren notwendig ist.

Der Gesetz geht auf eine Initiative von fünf Abgeordneten, Maria Flachsbarth (CDU/CSU), Ute Vogt (SPD), Angelika Brunkhorst (FDP), Dorothee Menzner (Die Linke) und Sylvia Kottling-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) zurück, die sich vor einem Jahr zusammengefunden hatten, um mit einem Gesetz die Weichen für ein neues Kapitel der Asse zu stellen, mit dem die Menschen vor Ort wieder Hoffnung schöpfen sollten. Gemeinsam mit den Umweltministerien in Berlin und Hannover sowie dem Asse-II-Koordinationskreis, einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen und Umweltgruppen vor Ort, entwickelten sie einen Gesetzentwurf, der am 13. Dezember 2012 in erster Lesung beraten worden war. Die jahrelangen Verhandlungen im Vorfeld und

der letztlich erreichte Kompromiss dürften dazu beitragen, dass die Anhörung über das geplante Gesetz in der vergangenen Woche – trotz der umstrittenen Materie – nur noch wenig strittige Punkte erkennen ließ. Udo Dettman vom Asse-II-Koordinationskreis engagierte sich seit Jahren vor Ort für die Rückholung des radioaktiven Abfalls. Auch er zeigte sich mit dem Entwurf zufrieden, sah aber im Detail noch Änderungsbe-

darf. So vertrat er etwa die Auffassung, dass es nicht nötig sei, in dem Gesetzestext eine grundsätzliche Rechtfertigung für die Rückholung festzuschreiben. Stefanie Nöthel vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) stellte klar, dass die Rückholung „geboten“ sei und daher keine „politische Entscheidung“ sei. Sie wies auf die Gefahr hin, dass es bei einem Verbleib der Fässer zu einem „radioaktiven Austrag“ kommen könne. Michael Sailer, der Vertreter des Öko-Instituts, machte vor diesem Hintergrund nochmals deutlich, dass die eigentliche Rückholung der Fässer frühestens im Jahr 2024 zu erwarten sei. Auf die Frage, wie lange anschließend die Bergung der eigentlichen Fässer dauere, sagte er, dass dies zeitlich nicht vorhersehbar sei und vom Zustand des radioaktiven Abfalls abhängt. Außerdem müsse zuvor ein zusätzlicher Schacht gebaut werden. Sailer gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die technischen Voraussetzungen für die Konditionierung des radioaktiven Abfalls nach der Rückholung bislang noch nicht geschaffen worden seien. Auch der Umweltdezernent des Landkreises Wolfenbüttel, Claus-Jürgen Schillmann, begrüßte das Gesetz. Gleichzeitig machte er aber nochmals eines deutlich: „Der Umgang mit der Zeit in der Asse ist unverantwortlich.“ *Annette Sach*



Vor der Rückholung der Fässer stehen umfangreiche Vorarbeiten im Bergwerk.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Zahlungen an Länder fortgesetzt

HAUSHALT Die Bundesregierung soll eine ausreichende Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) gewährleisten. Dies verlangt die Linksfraktion in einem Antrag (17/12376). Darin fordern die Abgeordneten die Regierung auf, mit einem Gesetzentwurf die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bedarfsgerecht auf 1,96 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Weiter soll sie sich unter anderem gegenüber den Bundesländern dafür einsetzen, dass diese die gewährten Entflechtungsmittel über das Jahr 2014 hinaus mit einer Zweckbindung für die kommunale Verkehrsinfrastruktur versehen und auch für Investitionen in den Erhalt verwenden können. Schließlich fordern die Abgeordneten, dass sich die Regierung gegenüber den Ländern für die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe einsetzt, die Konzepte einer grundlegenden Reform der Finanzierung des ÖPNV erarbeiten soll. Ziel soll dabei ein sowohl in Ballungszentren als auch in ländlichen Räumen attraktives Angebot des ÖPNV sein. Der ÖPNV sei für die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht von größter Bedeutung, schreiben die Abgeordneten zur Begründung. Die Gewährleistung eines ausrei-

chenden Angebotes auch im öffentlichen Personennahverkehr sei deshalb Bestandteil der Daseinsvorsorge und im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Der Bund trage hierfür auch eine finanzielle Verantwortung. Um die Planungssicherheit zu erhöhen, will der Bund eigentlich auslaufende Kompensationszahlungen an die Länder auch im kommenden Jahr fortzuschreiben. Wie aus dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (17/12296) weiter hervorgeht, handelt es sich um rund 2,6 Milliarden Euro. Hintergrund ist die Föderalismusreform. Bund und Länder hatten sich 2005 in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auf Verfassungsänderungen geeinigt, um Mischfinanzierungen zu reduzieren. Wegen der ausfallenden investiven Mittel des Bundes wurde den Ländern eine Kompensation zugesichert, deren Höhe aber nur bis Ende 2013 festgeschrieben ist. Die Festschreibung der Mittel auch für das Jahr 2014 hat laut Gesetzentwurf den Zweck, die Planungssicherheit für anstehende Investitionen zu erhöhen. Beide Initiativen waren am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *mik/hle*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSIIERT

SHILOMO SAND
DIE
ERFINDUNG
DES LANDES
ISRAEL
MYTHOS
UND
WAHRHEIT

Shlomo Sand:
Die Erfindung des
Landes Israel.
Mythos und
Wahrheit.

Propyläen Verlag,
Berlin 2012;
396 S., 22,99 €

Das erste Buch Shlomo Sands „Die Erfindung des jüdischen Volkes“ (Propyläen 2010) war nicht nur in Israel ein Bestseller, sondern weltweit. In dieser herausragenden Studie hatte sich der Geschichtsprofessor von der Universität Tel Aviv kritisch mit dem Gründungsmythos Israels auseinandergesetzt. Sand verlangte von den Juden, sich von der Vorstellung zu lösen, sie seien das von Gott „auserwählte Volk“. Außerdem solle sich Israel nicht als „jüdischer Staat“ verstehen und auf seine „unzweideutige Apartheidpolitik“ verzichten. Dazu gehöre, dass Israel seine „staatlich geförderte jüdische ‚Herrendemokratie‘ in den besetzten Gebieten“ aufgeben.

Auch Sands zweites Buch „Die Erfindung des Landes Israel“ gilt vielen Lesern als Provokation, wiewohl der Historiker erneut eine gründlich recherchierte Monografie über die Stellung des „Landes der Väter“ seit den Zeiten Abrahams vorgelegt hat. Seine These lautet: Die Juden wollten weder im frühen Mittelalter noch in späteren Jahrhunderten in das „Land der Väter“ zurückkehren. Anstatt nach Palästina seien sie später lieber nach Amerika ausgewandert. Stein um Stein zerstört der Historiker die jahrhundertlang gepflegte Erzählung über Israel und erklärt, wie aus biblischen Mythen historische Tatsachen wurden.

Vor Sand hatten sich bereits andere israelische Historiker wie Tom Segev von der zionistischen Geschichtsschreibung emanzipiert und gezeigt, wie die staatlich verordnete Geschichtsmaschine funktionierte. Im Einzelnen widerspricht Sand einem „historischen Recht“ der Juden auf Palästina und kritisiert die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat. Nicht von ungefähr widmete Sand ihnen sein Buch und wurde dafür als „Hassjude“ und „Nestbeschmutzer“ verunglimpft. Allerdings öfter in der jüdischen Diaspora in den USA als in Israel selbst. Doch solchen Anfeindungen kann Sand gelassen entgegen treten. Als junger israelischer Soldat stand er im Juni 1967 nach der Eroberung Ost-Jerusalems selbst vor der Klagemauer. manu ||



Joschka Fischer,
Fritz Stern:
Gegen den Strom.
Ein Gespräch über
Geschichte und
Politik.

Joschka Fischer
Fritz Stern
Gegen den Strom
Ein Gespräch über
Geschichte und Politik

Verlag C.H. Beck,
München 2013;
224 S., 19,95 €

Fritz Stern, der bedeutende amerikanische Historiker deutscher Abstammung, setzt sich gerne mit deutschen Politikern an einen Tisch, um mit ihnen kluge Gespräche zu führen. Vor gut zwei Jahren traf er sich mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Unter dem Titel „Unser Jahrhundert“ fand dieses verschiffrichtete Gespräch seinen Weg auf den Buchmarkt. Im vergangenen Jahr hat sich Stern einen weiteren Gesprächspartner in den Reihen ehemaliger Politik-Größen gesucht. „Gegen den Strom“ nennt sich der Band, in dem sein Gespräch mit dem früheren deutschen Außenminister Joschka Fischer protokolliert ist. Stern, Jahrgang 1926, und der 22 Jahre jüngere Fischer handeln sich durch zwei Weltkriege, über den Nahostkonflikt und das deutsch-israelische Verhältnis bis hin zur Finanzkrise und zur Europäischen Union. Angereichert durch persönliche Erlebnisse und Erkenntnisse. Es ist ein Dialog zwischen Freunden. Und dies ist vielleicht die größte Stärke und Schwäche des Buches zugleich. So ergänzen sich Friedenspreisträger Stern und der streitbare frühere grüne Spitzenpolitiker zwar ausgezeichnet als gegenseitige Stichwortgeber. Doch hier und da hätte man sich als Leser ein wenig mehr Kontroverse gewünscht.

Immerhin kann Stern dem selbsterklärten „letzten Rock 'n' Roller“ so manche Stichleiche nicht ersparen: Beim Lesen von Fischers Büchern über seinen politischen Werdegang sei ihm aufgefallen, dass er häufig die Begriffe Vizekanzler oder stellvertretender Ministerpräsident benutze statt Außenminister oder Umweltminister. Fischer antwortet gewohnt selbstbewusst: „Ich war immer sehr machtbewusst, was meine eigene Person betraf, und diese Haltung gründete auf Erfahrung.“ Zu diesen Erfahrungen zählt er vor allem seine Zeit als hessischer Umweltminister von 1985 bis 1987. „Es war zugleich die Zeit, in der ich am meisten in meinem Leben gelernt habe.“ Das Regieren habe er in diesen 16 Monaten gelernt, indem er alles falsch gemacht habe, was möglich war. Es sind vor allem solche Passagen des Gesprächs, die die Lektüre unterhaltsam machen. aw ||



Die Entwickler von Computerspielen gehören zu den Gewinnern in der Kreativwirtschaft.

Auf Augenhöhe

KULTUR Die SPD vermisst ein Gesamtkonzept für die Kreativwirtschaft. Union und FDP verweisen auf Erfolge

Die Sozialdemokraten wollten das Thema offensichtlich ganz weit oben auf die politische Agenda setzen. Und so trat am vergangenen Freitagmorgen dann auch Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier persönlich ans Rednerpult, um den ambitionierten Antrag der SPD zur Förderung der Kreativwirtschaft (17/12382) in die parlamentarische Beratung einzubringen. Ein Umstand, der ihm aus den Reihen der Koalitionsfraktionen im Verlauf der Debatte so manch launige Spitze eintrug. Bislang sei er nicht als Kulturpolitiker aufgefallen, musste er sich beispielsweise vom kulturpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Wolfgang Börsen, anhören. Mit durchaus positiven Zahlen führte Steinmeier die Parlamentarier zum Kern des Themas. Die Kreativwirtschaft bewege sich in Deutschland mit einem Jahresumsatz von mehr als 137 Milliarden Euro und einer Million Beschäftigten auf Augenhöhe mit der Automobilindustrie oder der Chemiebranche. Unter dem etwas sperrigen Begriff Kreativwirtschaft werden eine ganze Reihe von unterschiedlichen Branchen zusammengefasst: der Buch- und Musikmarkt, die Film- und Fernsehbranche, die Presse, die bildende und darstellende Kunst, Architektur und Design, aber auch die Werbewirtschaft und Computerspiele-Entwickler. Sprich alle Bereiche, in denen Künstler, Publizisten, Kulturschaffende und andere kreative Menschen tätig sind und damit Geld verdienen.

Die Schicksalsfrage

MEDIEN Verlagschefs fordern vor dem Kulturausschuss die Einführung des Leistungsschutzrechts

Für Matthias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, ist es schlichtweg eine „Schicksalsfrage“. Und auch der Geschäftsführer des Zeit-Verlags, Rainer Esser, bemühte drastische Bilder: „Wer jetzt gegen das Leistungsschutzrecht wettet, der wird in einigen Jahren vor den Ruinen der Presrelandschaft stehen.“ Durch das Leistungsschutzrecht für Presseverlage soll erreicht werden, dass bereits kleine Ausschnitte aus Zeitungsartikeln gesetzlich geschützt sind. Diese sind meist kürzer als drei Sätze und werden häufig von Internetsuchdiensten wie „Google“ angezeigt.

Neben Döpfner und Esser nutzten auch Julia Jäkel, Vorstandmitglied bei Gruner+ Jahr, Ulrich Lingnau, Geschäftsführer der Chemnitz Verlag und Druck GmbH, und Christian Nienhaus, Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe, das öffentliche Fachgespräch im Kultur- und Medienausschuss am vergangenen Mittwoch, um deutliche Forderungen an die Politik zu formulieren: „Wir wollen, dass Sie die Rahmenbedingungen schaffen, dass wir guten Journalismus machen können“, appellierte Jäkel an die Parlamentarier. Zum Forderungskatalog der fünf Verlagschefs gehörte auch die Einführung des Leistungsschutzrechts. Auf der Wunschliste stehen weitere Beschränkungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei journalistischen Angeboten in der digitalen Welt, der Schutz



Julia Jäkel zu Besuch im Bundestag

des Presse-Grosso, keine weiteren Ver- oder Gebote für Anzeigenkunden und keine zusätzlichen Datenschutzauflagen, die das Werben neuer Abonnenten erschwert. Nienhaus hatte noch einen weiteren Vorschlag zur Rettung des Printjournalismus parat: die ersatzlose Streichung der Mehrwertsteuer auf Tageszeitungen. Die Verlagsvertreter trugen ihre Argumente mit Verve vor. Schließlich gehe es ja nicht nur um die Zukunft des Qualitätsjournalismus, sondern auch um die der demokrati-

schenen Gesellschaft, argumentierte Jäkel. Und Lingnau stellte fest: „Wenn wir nicht mehr antreten, wenn keiner mehr da ist, findet auch keine Demokratie mehr statt.“ Das Aus für den Qualitätsjournalismus wollten die Verlagsvertreter aber nicht beschwören. Auch wenn es in Zukunft sicherlich keine 360 Tageszeitungen mehr gebe in Deutschland, so bedeute dies nicht den Abschied vom Journalismus. Allerdings werde er sich zunehmend vom Papier lösen müssen, argumentierte Döpfner. Sprich: Das, was früher schwarz auf weiß gedruckt wurde, wird zukünftig den Lesern vermehrt digital präsentiert – über den Computer oder mobile Endgeräte. Und Esser machte klar, dass in vier bis fünf Jahren der Leser für hochwertige Inhalte zahlen müssen. So gar nicht anfreunden mochten sich die Verlagschefs mit dem Vorschlag des sechsten Gastes in der Anhörung. Der Medienwissenschaftler Stephan Weichert von der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation Hamburg brachte beispielsweise eine Kulturflattrate nach Vorbild der TV-Rundfunkgebühren, massenhafte Kleinspenden (Crowdfunding) und Stiftungsmodelle ins Spiel, um den Printjournalismus zu finanzieren. Zu nah am „Staatsjournalismus“ befand Döpfner. Esser pflichtete bei: „Subventionen machen faul und abhängig – und beides wollen wir nicht sein.“ aw ||

gang in die sozialen Sicherungssysteme ermöglicht werden kann. Eine Gesellschaft, die ihre Künstler nicht wertschätzt“, so befand Steinmeier, schätzt sich schließlich selbst nicht wert. Nachbesserungsbedarf sieht die SPD auch beim Ausbau der Breitbandnetze für die Nutzung des Internets, das gerade für die Kreativwirtschaft eine entscheidende Rolle spiele. Zudem fehle es an einem modernisierten Datenschutzrecht.

Kompetenzzentrum Bei den Vertretern der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung stieß Steinmeier mit seiner Kritik und den Forderungen seiner Fraktion jedoch auf Ablehnung bis Unverständnis. Die Kreativwirtschaft habe eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Union und FDP hatten einen gemeinsamen Antrag (17/12383) eingebracht, in dem sie den Kurs der Regierung lobten. Allenfalls Prüfaufträge erteilen sie an das Kabinett, in welchen Bereichen nachgebessert werden könnte. Wer eine gute Politik mache, der dürfe dies doch auch in einem Antrag formulieren, befand der CDU-Kulturpolitiker Marco Wanderwitz, und reagierte damit auf den Vorwurf Steinmeiers, die Koalition wolle sich offenbar auf alten Lorbeeren ausruhen. Auch die CSU-Parlamentarierin Dagmar Wöhrl bescheinigte der Regierung gute Arbeit, die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft habe sich bewährt und sollte fortgesetzt werden. Beispielführend führte sie das im Jahr 2009 geschaffene Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft in Eschborn und seine acht Regionalbüros an. Dies leiste ganz konkrete Hilfestellung und Beratung für die Kreativen in der Gesellschaft – etwa beim Zugang zu Fördermöglichkeiten, bei der Professionalisierung und Weiterbildung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto (FDP), hielt Steinmeier vor, dass die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft von SPD und Union in der Großen Koalition gestartet worden sei. Die christlich-liberale Koalition habe diese Initiative nicht nur fortgesetzt, sondern auch die Haushaltsmittel dafür erhöht. Er verstehe nicht, „was es daran zu mäkeln“ gebe. Otto warf der SPD vor, ihre Forderungen nach besserer sozialer Absicherung für Kulturschaffende erinnere an Vorstellungen von „Staatskünstlern“.

Künstlersozialkasse Unterstützung für die Forderungen der SPD kam hingegen aus den anderen beiden Oppositionsfraktionen. In der Tat sei der SPD-Antrag deutlich näher an der Lebensrealität als das Eigenlob der Koalition, befand Petra Sitte, Sprecherin der Linksfaktion für Wirtschaft und Technologie. Schwarz-gelb habe den Strukturwandel in der Kreativwirtschaft noch immer nicht verstanden und ignoriere die Probleme. Sitte mahnte die Reform des Urheber- und Urhebervertragsrecht an. Ihre Fraktion habe in den vergangenen drei Jahren konkrete Vorschläge gemacht, wie die Vergütung von Urhebern verbessert werden könne. Sitte sprach sich ebenfalls für eine Öffnung der Künstlersozialkasse für einen größeren Personenkreis aus. Um dies zu finanzieren, müssten alle Verwerter künstlerischer Leistungen in die KSK einzahlen. Auch Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, lobte den SPD-Antrag als Anstoß für die Debatte über die Rahmenbedingungen der Kreativwirtschaft. So komme der Ausbau der Breitbandversorgung in ländlichen Regionen nicht voran. Dies gehe auf das Konto der Regierung. Eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetzugängen sei für die Kreativen jedoch von zentraler Bedeutung, argumentierte Rößner: „Wo keine Produzenten sind, da sind auch keine Konsumenten.“ Alexander Weinlein ||

Initiative für den Kinderfilm

KULTUR Die Koalitionsfraktionen wollen den deutschen Kinderfilm stärken. In ihrem gemeinsamen Antrag (17/12381) fordern CDU/CSU und FDP die Bundesregierung unter anderem auf, eine Quote für Kinderfilme in der Filmförderung und eine Sendequote im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu prüfen. Die beiden Fraktionen sprechen sich zudem für eine Verankerung der Förderungswürdigkeit des Kinderfilms im Filmförderungsgesetz aus. Zudem soll die Regierung bei den zuständigen Bundesländern für eine Selbstverpflichtung der Fernsehsender werben, um den Anteil von Kinderfilmen in den Programmen zu erhöhen. Union und FDP begründen ihren Antrag mit der hohen Qualität des deutschen Kinderfilms. In den 1950er Jahren hätten Film-schaffende begonnen, bekannte Kinderbücher und Märchen zu verfilmen. Bis heute seien solche Verfilmungen auch an den Kinokassen erfolgreich und im Fernsehen zu sehen. Allerdings würden immer weniger Filme für Kinder nach „zeitgenössischen Stoffen“ gedreht, die aus der unmittelbaren Lebenswirklichkeit der Kinder stammen. Die Filmförderanstalt habe in den vergangenen drei Jahren 31 Kinderfilme gefördert, von denen jedoch nur vier einen originären Stoff zum Thema gehabt hätten. Ambitionierte Filme nach Originalstoffen seien kaum mehr finanzierbar und fast vollständig verschwunden. aw ||

KURZ NOTIERT

Lammert würdigt die Journalistin Tissy Bruns

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat die Verdienste der verstorbenen Journalistin Tissy Bruns gewürdigt. In einem Brief an die Familie weist Lammert darauf hin, dass sich Frau Bruns Dank ihrer präzisen Analysen und nachdenklichen Kommentare auch in der Politik immer Namen gemacht habe. Tissy Bruns, die über etliche Jahre als erste Frau die Bundespressekonzferenz geführt hatte, starb am vergangenen Mittwoch. „Dem Bundestag war Tissy Bruns in besonderer Weise verbunden, nicht nur wegen ihrer journalistischen Begleitung der parlamentarischen Arbeit, sondern auch als verdienstvolles Mitglied in der Jury des Medienpreises“, schreibt Lammert. BT ||

Gericht klärt Auskunftspflicht von Bundesbehörden

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse konkretisiert. Die Richter entschieden am vergangenen Mittwoch, dass der Staat und seine Behörden „einem Minimalstandard an Auskunftspflichten“ genügen müsse. Dies beziehe sich allerdings nur auf Informationen, die einer Behörde bereits vorliegen. Das Gericht hatte die Klage eines „Bild“-Journalisten zurückgewiesen, dem vom Bundesnachrichtendienst Informationen über die Nazi-Vergangenheit seiner Mitarbeiter verweigert worden war. Das Gericht wies die Klage mit der Begründung zurück, weil der Journalist sich auf das Landespresseggesetz berufen hatte. Dies reiche gegenüber einer Bundesbehörde aber nicht aus, befanden die Richter. ad ||

Gespaltene Gesellschaft

BILDUNG Opposition bemängelt »soziale Selektivität«

„Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten geht in Deutschland weiter auseinander. Das ist die desaströse Bilanz dieser Koalition“, warf Dagmar Ziegler (SPD) der Bundesregierung in der Debatte über den Nationalen Bildungsbericht am vergangenen Freitag vor. Laut Bericht entscheide nach wie vor die Herkunft eines Menschen über seinen Bildungserfolg. Daraus folgt für Ziegler: „Soziale Selektivität ist und bleibt das traurige Markenzeichen deutscher Bildungspolitik.“ Die erst in dieser Woche vereidigte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) verwies zunächst auf Erfolge der Bildungspolitik. So sei die Zahl der jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zurückgegangen. Das habe auch demografische Gründe. Aber entscheidend sei, dass es weniger Altbewerber auf dem Ausbildungsmarkt gebe. Doch auch Wanka verhehlte nicht, dass es weiterhin Probleme im Bildungssystem gebe, insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Sylvia Canel (FDP) wandte sich gegen zu viel Einmischung der Politik in schulische Angelegenheiten. Als Beispiel nannte sie die Anknüpfung der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen, das Sitzenbleiben abzuschaffen. „Wiederholen kommt nicht nur als Strafe, sondern auch als Chance daher“, sagte Canel. Aus Sicht von Rosemarie Hein (Linke) sind die Fortschritte in der Bil-

dungspolitik hingegen immer noch zu klein. 6,2 Prozent der Schüler würden immer noch die Schule ohne Abschluss verlassen, und 15 Prozent könnten nach dem Verlassen der Schule nicht sicher Lesen und Schreiben. „Für alle diese Schüler ist dieses Schulsystem ungeeignet“, sagte Hein.

Spaltung Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass es neun Monate gedauert habe, bis sich die Regierung mit den Ergebnissen des Bildungsberichts auseinandergesetzt habe. „Die Ergebnisse brauchen mehr politische Beachtung“, sagte Gehring. Zudem beklagte auch er die „eklatante Bildungsspaltung in diesem Land“. Thomas Feist (CDU) appellierte an die Opposition, mehr die Stärken der Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Junge Menschen dürften nicht länger nur als Mangelware definiert werden, sagte er. Der Antrag der Koalition (17/10122) wurde mit Mehrheit angenommen, ein Antrag der SPD (17/12384) und der Bildungsbericht (17/11465) wurden an die Ausschüsse überwiesen. rol ||



AUFGEKEHRT

Das Omen zur Wahl

Wenn das kein Omen ist: Am 22. September sollen die Deutschen den nächsten Bundestag wählen! Das hatten wir schon einmal, 2002 – da schaffte Rot-Grün die Wiederwahl. Zwar war es knapp, am Ende lagen Schröder und seine Sozis nur ein paar Tausend Stimmen vor der Union, aber die Grünen hielten die FDP klar auf Abstand. Und jetzt? Geschichte wiederholt sich nicht, heißt es. Und wenn doch? Dann wird es also wieder Rot-Grün am 22. September, ist ja klar. Die Linke kommt wie damals mit zwei direkt gewählten Abgeordneten ins Parlament und die FDP kann sich freuen, wie 2002 als fünfstärkste Partei wenigstens die Fünf-Prozent-Hürde genommen zu haben. Und Merkel macht in Bayreuth den Stoiber, indem sie zu lange Wagner hört, statt in Gummistiefeln durchweichte Hochwasser-Deiche zu besuchen. Obwohl – Merkel ist ja jetzt der Schröder! Heißt das, die Koalition schafft die Wiederwahl, wenn es ausgeht wie 2002? Also doch Gummistiefel für die Kanzlerin! Nach Bayreuth muss dann der Steinbrück – so eine Oper passt ja auch irgendwie zu einem edlen Wein. Seine SPD robbt sich trotzdem bis auf 6.000 Stimmen an die Union ran, und gerettet wird die Koalition ausgerechnet durch die FDP, so wie seinerzeit Schröder durch die Grünen. Wer hätte das gedacht – der Rösler als Wiedergänger von Joschka Fischer! Der war ja damals nach ein paar Jahren dann doch weg von Fenster. Ob Rösler deshalb gesagt hat, dass er mit 45 Jahren aufhören will mit der Politik? Fünf Jahre wären das noch. Weiß der Rösler 'was, das wir noch nicht wissen? Das ist bestimmt ein Omen, das mit dem 22. September – man müsste es nur zu deuten wissen... Helmut Stoltenberg

VOR 20 JAHREN ...

Beschluss zum »Aufbau Ost«

27. Februar 1993: Solidarpakt auf den Weg gebracht. „Blühende Landschaften“ hatte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) auf dem Gebiet der früheren DDR versprochen. Doch erst nach und nach wurde klar, in welch desolatem Zustand die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland nach vier Jahrzehnten SED-Herrschaft tatsächlich war. Heruntergekommene Innenstädte, verheerende Umweltschäden und schlechte Infrastruktur waren weitere Probleme, die die Einheitseuphorie Anfang der 90er Jahre beendeten. Um den gewaltigen Herausforderungen, die unter dem Schlagwort „Aufbau Ost“ zusammengefasst werden, Herr werden zu können, einigten sich am 27. Februar 1993 die Ministerpräsidenten



Aufbau nötig: eine Straße in Halle 1992 nach vier Jahrzehnten DDR

ten der alten und neuen Bundesländer in Potsdam auf den sogenannten Solidarpakt zur Finanzierung der Deutschen Einheit. Am 13. März 1993 kam es auch zur Einigung zwischen den Ländern, der Bundesregierung und der oppositionellen SPD. Hinter dem Solidarpakt verbergen sich besondere Transferleistungen, die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs an die neuen Länder gezahlt werden – bis heute. Denn schnell war klar, dass der Solidarpakt I, der von seinem Inkrafttreten 1995 bis zum Jahr 2004 jährlich 10,5 Milliarden Euro in die Kassen der Ost-Länder spülte, nicht ausreichte. So wurde bereits 2001 der Solidarpakt II beschlossen, der von 2005 bis 2019 weitere 156 Milliarden Euro für den Osten bereit stellt. Doch im Westen der Republik regt sich inzwischen Widerstand. Der Tenor der Kritiker: Solidarität dürfe keine Frage der Himmelsrichtungen sein, sondern müsse nach Bedarf geleistet werden. Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: DEUTSCHER SCHÖFFENPREIS 2013



Preisträgerin Rita Süsmuth (CDU) und Laudator Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) während der Preisverleihung des Schöffenpreises 2013

Engagement im Namen des Volkes

Der Hausherr persönlich nahm die Ehrung vor: Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte in seiner Laudatio auf Rita Süsmuth (CDU) das Engagement der ehemaligen Bundestagspräsidentin für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Dafür erhielt die jetzige Präsidentin des Volkshochschulverbandes am vergangenen Freitag den Deutschen Schöffenpreis im Großen Protokollsaal des Reichstagsgebäudes verliehen. Der Preis wird in jedem Jahr einer Schöffenwahl durch den Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter vergeben. Mit ihm sollen Personen geehrt werden, die sich um die Förderung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der Rechtsprechung verdient gemacht haben. Der Ort der Preisübergabe sei dabei keinesfalls beliebig ausgewählt, stellte Lammert gleich zu Beginn seiner Rede klar, sondern habe „durchaus demonstrative Bedeutung“. Denn die Verleihung des Deutschen Schöffenpreises am Sitz des Parlamentes mache deutlich, wie sehr gerade die beiden Verfassungsbereiche – Rechtssetzung durch Parla-

mente und Rechtsanwendung durch Gerichte – in einer besonderen Weise miteinander verbunden seien. Die Plausibilität dessen, was Gerichte, Parlamente und die Regierungen tun, stehe und falle mit dem Vertrauen des Volkes, in dessen Auftrag sie handeln. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – mit diesem Oberbegriff beginnt nicht nur die Formulierung unserer Verfassung, sondern das Selbstverständnis der Verfassungsinstitutionen“, sagte Lammert, der in seiner Rede an die Verurteilung der Geschwister Scholl genau vor 70 Jahren erinnerte. „Damals wie heute werden Urteile im Namen des Volkes gesprochen“, erklärte der Bundestagspräsident. Doch dieses Urteil zeige schmerzhaft, dass es Ansprüchen und dem Willen des Volkes nicht entspreche. „Dieses ist kein Dabei-sein-Amt, kein Demokratie-Spiel, sondern ein Amt, bei dem der ehrenamtliche Schöffe Verantwortung für ein Urteil übernimmt“, beschrieb Hasso Lieber, Vorsitzender des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, das Schöffenamts. Diese seien in

der Urteilsfindung gleichberechtigt mit professionellen Richtern. Rita Süsmuth engagiert sich seit Jahren für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in Deutschland. Als Präsidentin der Volkshochschulen organisiert sie die Schöffenausbildung. Das sei wichtig, denn hinter jedem Urteil stehe ein Mensch, über den gerichtet wird. Für Süsmuth ist daher die Verbindung zwischen professionellen Richtern und Laien in der Rechtsprechung unabdingbar. Für eine Verurteilung brauche es mehr als Wissen, sagte die Politikerin, die von 1988 bis 1998 Präsidentin des Bundestages war. „Du musst wissen, wo du als Mensch stehst.“ Schöffen hätten oft einen anderen Zugang in das Geschehen, es dürften auch diejenigen mitreden, die die Kompetenz nicht professionell erworben haben. Denn: „Wenn wir nur noch zu Spezialisierten werden, mögen wir tolle Kopfmenschen sein. Aber das sagt noch nichts über die Persönlichkeit aus, und die brauchen wir als Mensch und als Demokrat.“ Linda Dietze

LESERPOST

Zur Ausgabe 6-7 vom 4.2.2013, »Die Voller der Reichstags« auf Seite 9: Herzlichen Dank für diesen Artikel. Er zeigt wieder einmal, wie Unschuldige in die Mordaktionen der Nationalsozialisten gerieten und wie sie trotzdem noch den Mut aufbrachten, Verfolgte bei sich aufzunehmen und schließlich auch vor Gericht Mut zu zeigen. Sie waren die wahren Helden dieser Zeit. Lassen Sie nicht ab, weitere Beispiele dieser Art zu bringen, damit solche Menschen nicht vergessen werden! Alex Peltzer, per E-Mail

Zur Ausgabe 8 vom 18.2.2013, »Auf Leben und Tod« auf Seite 1: Mit Freude habe ich die letzte Ausgabe ihrer Zeitung zum Thema Organspende gelesen und möchte Ihnen erst einmal dafür danken, dass Sie dieser wichtigen Angelegenheit eine ganze Themenausgabe gewidmet haben. Ich selbst habe die Bedeutung und Problematik von Organspenden hautnah miterlebt, als einem Freund nach langem Warten eine neue Niere transplantiert wurde. Leider muss man wohl sagen, dass durch den Skandal in Göttingen und anderswo die Transplantationsmedizin sehr an Ansehen eingebüßt hat.

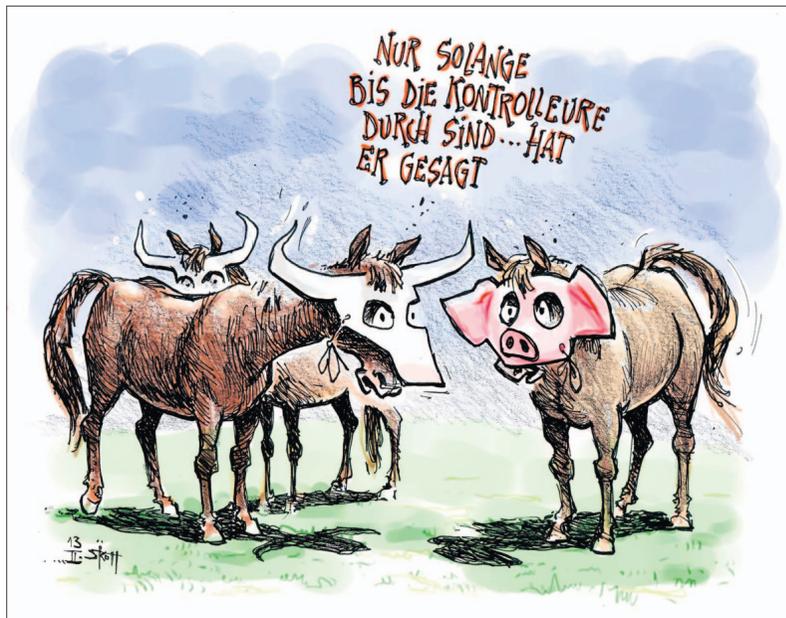
Allerdings könnte man diese Situation auch als Chance sehen: Durch das vermehrte Interesse der Medien gerät dieses so wichtige Thema endlich wieder verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Gerade in Zeiten der immer älter werdenden Bevölkerung wird dies immer bedeutsamer. Nun stellt sich die Frage, wie das gesunkene Vertrauen in die Transplantationsmedizin wieder hergestellt werden kann. Meiner Meinung nach sollte mehr Aufklärung betrieben werden, gerade in Hinblick auf die unterschiedlichen Organe, die man spenden kann. Vielen Menschen ist wahrscheinlich nicht bewusst, welche Körperteile sie überhaupt spenden können, oder dass sie die Wahl haben, welche Organe sie spenden wollen und welche nicht. Außerdem sollte

die Bevölkerung besser über die einzelnen Schritte der Transplantation, beginnend mit dem Feststellen des Hirntodes bis hin zur Entnahme der Organe, informiert werden. Ich hoffe sehr, dass das Ansehen der Organspende wieder wächst und dass die damit verbundenen Ängste und Zweifel beseitigt werden können, sodass mehr Menschen in Zukunft eine zweite Chance erhalten. Annelene Weber, per E-Mail

Zur Berichterstattung »Änderung des Jagdrechts stößt auf Zustimmung« auf www.bundestag.de vom 20.2.2013: So erfreulich es ist, dass der Änderung des Jagdrechts weitgehend zugestimmt wurde, so ärgere ich mich die entsprechende Berichterstattung. Außer Vertretern der Behör-

den kommen lediglich Vertreter der Jagdlobby zu Wort, die den Standpunkt vertreten, dass ein Gebiet, in dem die Jagd verboten werden kann, für alle Anrainer zur unermesslichen Gefahrenquelle verkommt. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Sowohl aus Deutschland als auch aus dem europäischen Ausland sind zahlreiche Unfälle bekannt, bei denen Jäger teils ihre Jagdgenossen, teils auch Spaziergänger, Pferde oder andere Lebewesen mit Wildschweinen verwechselten und töteten oder verletzten. Die Gefährdung, die von solchen Jägern ausgeht, ist wesentlich größer als die heraufbeschworenen „Schäden“ durch unbejagte Nachbargrundstücke. In der Berichterstattung auf der Webseite des Bundestages werden lediglich die Argumente der Jagdbefürworter genannt, nicht aber die der Gegner. Dadurch wird die Entscheidung des deutschen Parlamentes letzten Endes nicht nachvollziehbar. Eine etwas ausgewogenere Berichterstattung über diese Thematik wäre der Sache und der Würde des Hohen Hauses meiner Meinung nach angemessen gewesen. Julia Eva Wannemacher, Berlin

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 4. März.

Jahrestag des Reichstagsbrands

GEDENKEN Zum 80. Jahrestag des Reichstagsbrandes bricht die Debatte um die historische Wahrheit wieder auf. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 fiel das Gebäude Brandstiftung zum Opfer. Die regierenden Nationalsozialisten machten Kommunisten für die Tat verantwortlich. Kurz darauf verhafteten sie den Niederländer Marinus van der Lubbe. Der gestand und wurde zum Tode verurteilt. Andere vermuten jedoch die Nationalsozialisten selbst als Urheber des Brandes. Bis heute herrscht in der Geschichtswissenschaft Uneinigkeit über den genauen Hergang der Brandstiftung. In Reaktion auf den Vorfall verabschiedete der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“, mit dem die Gewaltenteilung aufgehoben wurde und sich das Parlament selbst entmachtete. Das war das Ende der ersten deutschen Demokratie. jbb



Brennender Reichstag (1933)

PERSONALIA

>Michaela Blunk
Bundestagsabgeordnete 1992-1994, FDP
Michaela Blunk wird am 25. Februar 70 Jahre alt. Die promovierte Historikerin aus Lübeck wurde 1986 FDP-Mitglied. Blunk rückte 1992 für den Abgeordneten Wolfgang Kubicki nach.

>Edelbert Richter
Bundestagsabgeordneter 1990, 1994-2002, SPD
Am 25. Februar wird Edelbert Richter 70 Jahre alt. Der promovierte protestantische Theologe trat 1989 der SPD bei und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Im Bundestag arbeitete Richter im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit.

>Horst Schröder
Bundestagsabgeordneter 1972-1984, CDU
Am 25. Februar wird Horst Schröder 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt und ehemalige Präsident des Landesrechnungshofs von Sachsen-Anhalt trat 1957 der CDU bei und gehörte von 1966 bis 1972 der Hamburgischen Bürgerschaft an. Schröder, Direktkandidat des Wahlkreises Lüneburg, gehörte stets dem Haushaltsausschuss an.

>Alfons Pawelczyk
Bundestagsabgeordneter 1969-1980, SPD
Am 26. Februar vollendet Alfons Pawelczyk sein 80. Lebensjahr. Der aus Hamburg stammende Berufsoffizier schloss sich 1961 der SPD. Von 1984 bis 1988 war Pawelczyk 2. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Sicherheitsexperte engagierte sich in allen Wahlperioden im Verteidigungsausschuss.

>Konstanze Wegner
Bundestagsabgeordnete 1988-2002, SPD
Am 27. Februar feiert Konstanze Wegner ihren 75. Geburtstag. Die promovierte Historikerin und Journalistin wurde 1970 SPD-Mitglied, gehörte von 1979 bis 1983 und von 1987 bis 1999 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Wegner gehörte vorwiegend dem Haushaltsausschuss an.

>Manfred Müller
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, parteilos/PDS
Am 27. Februar wird Manfred Müller 70 Jahre alt. Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen von 1984 bis 1994 vertrat als Parteilooser den Wahlkreis Berlin-Hohenschönhausen – Pankow-Weißensee. Müller, Europapolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, engagierte sich im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.

>Hans Berger
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD
Am 28. Februar begeht Hans Berger seinen 75. Geburtstag. Der aus dem Kreis Aachen stammende Bergmann und spätere hauptberufliche Gewerkschaftsmitarbeiter trat 1957 der SPD bei und stand von 1990 bis 1997 an der Spitze der IG Bergbau und Energie. Berger gehörte dem Wirtschaftsausschuss an.

>Dietrich Sperling
Bundestagsabgeordneter 1969-1998, SPD
Am 1. März vollendet Dietrich Sperling sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Jurist wurde 1953 SPD-Mitglied. Sperling, von 1978 bis 1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, arbeitete im Bundestag im Haushaltsausschuss sowie im Wirtschaftsausschuss mit. bnh

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Der EU-Finanzrahmen wird den Menschen in Europa dienen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Auf dem letzten Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs haben wir uns im Kreis aller 27 Mitgliedstaaten auf den Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2014 bis 2020 geeinigt. Ich glaube, das ist ein in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzendes Ergebnis, und ehrlich gesagt haben nur wenige dieses Ergebnis für möglich gehalten, weil vor dem Rat die Positionen noch sehr weit auseinanderlagen.

Es hat sich gezeigt: Ja, es war richtig, dass wir im November nicht schon eine Notlösung gewählt haben – mit einer nicht vollständigen Mehrheit, bei der dann zum Beispiel Großbritannien nicht dabei gewesen wäre. Ich kann auch sagen: Ja, es war ein hartes Stück Arbeit, diese Einigung aller 27 jetzt zu erzielen. Aber diese Anstrengung hat sich gelohnt.

Heute haben wir ein Ergebnis vor uns, das sich sehen lassen kann. Wir haben eine Einigung im Kreis aller 27 gefunden, weil der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, die Verhandlungen sehr klug geführt und die Kommission uns mit ihrem Entwurf auch die richtigen Leitprinzipien vorgegeben hatte. Wir haben eine Einigung im Kreis aller 27 gefunden, weil sich alle 27 Staats- und Regierungschefs auf eine Tugend besonnen haben, ohne die Europa nicht wäre, nämlich auf die Bereitschaft aller zum Kompromiss im Interesse aller.

Ich glaube, das ist das Wesen der europäischen Einigung schon seit Verab-

schiedung der Römischen Verträge vor einem halben Jahrhundert. Das genau ist seither auch die einzigartige Erfolgsgeschichte dieser europäischen Idee.

Im November des vergangenen Jahres wurde ich noch von vielen gefragt, warum wir bereits Anfang 2013 für einen Haushalt, der erst 2014 in Kraft treten soll, eine Einigung anstreben. Ich glaube, der Grund liegt auf der Hand. Denn mit der Einigung können wir die Entwicklung für mehr Wettbewerbsfähigkeit verstärken. Wir verstärken damit auch die Entwicklung für eine nachhaltige Stabilisierung des Euro, und wir setzen damit ein klares Signal, dass wir auch wieder zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung kommen. Jeder versteht, dass das in der augenblicklichen Zeit von überragender Bedeutung ist.

Was ist das Wichtige? Das Wichtige ist, dass der Abschluss der Finanzverhandlungen jetzt Planbarkeit und Planungssicherheit schafft, und zwar für alle. Denn die europäischen Mittel sind ja gerade für die Mitgliedstaaten so dringend notwendig, die im Augenblick harte Einsparungen vornehmen, die Strukturreformen durchführen müssen, und sie sind für die Mitgliedstaaten so wichtig, die Aufholprozesse zu leisten haben.

Meine Damen und Herren, die christlich-liberale Bundesregierung hat in den Verhandlungen für den künftigen Finanzrahmen auf ein Ergebnis hingearbeitet, das den Realitäten von heute Rechnung trägt und den Anforderungen von morgen gerecht wird. Ich möchte allen danken, die daran mitgearbeitet haben. Das waren alle Ressorts, aber ganz besonders natürlich das Auswärtige Amt.

Wir hatten vier zentrale Verhandlungsziele, die uns geleitet haben. Ich bin dankbar, dass diese vier Ziele auch von so vielen Abgeordneten des Deutschen Bundestages geteilt wurden. Ich darf heute sagen, dass wir alle vier Verhandlungsziele erreicht haben.

Erstens. Die Obergrenze des neuen Finanzrahmens liegt mit rund 960 Milliarden Euro auf einer aus meiner Sicht vernünftigen Begrenzung von 1 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Damit wird der EU-Finanzrahmen der erste Rahmen sein, der keinen

Aufwuchs gegenüber der letzten Finanzperiode verzeichnet, wenn wir von inflationsbereinigten Zahlen sprechen. Man muss wissen, dass in der europäischen Realität die Haushalte jährlich um 2 Prozent als eine angenommene mittlere Inflationsrate erhöht werden. Aber inflationsbereinigt gibt es keinen Aufwuchs.

Ich glaube, damit trägt der Haushalt den heutigen Realitäten Rechnung; denn er bildet genau das ab, was wir in den Mitgliedstaaten angesichts massiver Konsolidierungszwänge leisten können. Schließlich befinden sich von den 27 Staaten im Augenblick 20 Mitgliedstaaten in einem Defizitverfahren.

Ich sage es ganz unmissverständlich: Es wäre niemandem in Europa – weder in den von der Krise betroffenen Staaten noch in den Staaten, die die Hauptlast der Solidarität zu tragen haben – vermittelbar gewesen, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa selbst nicht.

Kein Bürger brächte dafür auch nur einen Funken Verständnis auf, und zwar zu Recht. Denn die Obergrenze des Haushalts jetzt ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Ich weiß, dass wir jetzt noch das Europäische Parlament davon überzeugen müssen. Dazu machen wir dem Europäischen Parlament zwei weitgehende Angebote.

Zum einen haben wir uns darauf verständigt, gemeinsam mit dem Parlament nach neuen Wegen der Flexibilität zwischen den Haushaltsjahren und zwischen den Rubriken zu suchen; denn natürlich muss die Europäische Union ihre eingegangenen Zahlungsverpflichtungen auch wirklich einhalten können. Ich mache keinen Hehl daraus, dass mir und auch anderen dieser Schritt nicht leichtgefallen ist; denn er bedeutet im Klartext, dass wir genauso wie die anderen Mitgliedstaaten nicht mehr mit Rückflüssen aus den nicht ausgegebenen EU-Mitteln rechnen können, zumindest nicht mehr in dem Ausmaß, wie das in den vergangenen Jahren immer der Fall war. Aber ich halte diesen Schritt für richtig und für geboten.

Zum anderen haben wir eine Überprüfungsklausel vereinbart, die während der Finanzperiode eine Anpassung des Finanzrahmens erlauben könnte. Das halte ich schon deshalb für richtig, weil wir im Augenblick in einer Zeit sehr großer Ungewissheiten sind und daher ein siebenjähriger

Haushalt eine lange Wegstrecke darstellt. Deshalb können wir uns nach der Europawahl durchaus eine solche Überprüfung vorstellen.

Die Kürzungen, die notwendig sind, werden mit Augenmaß vorgenommen. Dadurch werden Spielräume für die Modernisierung und die Zukunftsausrichtung des Finanzrahmens geschaffen. Ich weiß, dass es noch harte Diskussionen mit dem Europäischen Parlament geben wird. Das liegt in der Natur der Sache. Ich will nur auf eines hinweisen: Ohne Einigung des Europäischen Rates gäbe es im Parlament überhaupt keine Entscheidungsgrundlage. Insofern sind wir alle gemeinsam gut beraten, auch hier nicht vorrangig das Trennende zu sehen, sondern uns auf das Verbindende zwischen Rat und Parlament zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat auch sein zweites zentrales Verhandlungsziel erreicht; denn der neue Finanzrahmen ist stärker als der alte Finanzrahmen auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ausgerichtet.

Gemeinsam haben wir erreicht, dass die Ausgaben für die Wettbewerbsfähigkeit und die Forschung insgesamt gegenüber der aktuellen Periode von heute 91,5 Milliarden Euro auf rund 125,6 Milliarden Euro, das heißt um 37,3 Prozent, ansteigen.

Gemeinsam haben wir erreicht, dass die Ausgaben für das Forschungsprogramm „Horizont 2020“ und für das wichtige Austausch- und Bildungsprogramm ERASMUS für alle gegenüber dem Niveau von 2013 real zunehmen werden, und zwar um mindestens 20 Prozent. Das sind gute Nachrichten für die Studierenden, es sind gute Nachrichten für den Forschungsstandort Europa und damit auch gute Nachrichten für die Zukunft Europas, meine Damen und Herren.

Gemeinsam haben wir erreicht, dass auch die sogenannte Connecting Europe Facility, also die für die Transport- und Energienetze, in die investiert werden muss, besser ausgestattet wird. Das sind Instrumente, die genau dafür geschaffen wurden, neue Verbindungen im Bereich der Energie und der Transporte herzustellen. Hierfür gibt es 29,3 Milliarden Euro. Das ist ein Aufwuchs um mehr als 50 Prozent gegenüber der laufenden Finanzperiode. Das ist eine absolut richtige, notwendige, aber auch gute Investition in die Zukunft.

Für diese Schwerpunktsetzung waren Umschichtungen im Finanzrahmen unumgänglich. Deshalb wird

der Anteil der Agrarpolitik am Gesamtfinanzrahmen weiterhin nur zurückhaltend, aber dennoch kontinuierlich abnehmen. Es war uns dabei sehr wichtig, sowohl bei den Direktzahlungen als auch in der ländlichen Entwicklung Brüche zu vermeiden. Zudem wird die Ausgabenpolitik im Agrarbereich modernisiert, umweltfreundlicher gestaltet und zwischen den Mitgliedstaaten ausgeglichen. Das heißt, dass die mittel- und osteuropäischen Länder jetzt stärker berücksichtigt werden, als das in der letzten Finanzperiode der Fall war.

Insgesamt werden auch die Mittel für die Strukturfonds zurückgehen. Das ist der Sache nach konsequent, da auch die Zahl der bedürftigen Regionen EU-weit erfreulicherweise zurückgegangen ist. Wir haben schließlich durch die Investitionen in der Vergangenheit vieles erreicht.

Die neuen Bundesländer sind aufgrund ihrer erfolgreichen Entwicklung aus der Höchstförderung herausgefallen. Aber wir konnten erreichen, dass für sie ein Sicherheitsnetz von 64 Prozent geschaffen wird. Damit steht weiterhin ein sehr guter Rahmen für Investitionen, Arbeitsplätze, Forschung und Qualifikation bereit. Das wird von den neuen Ländern genauso gesehen, im Übrigen auch parteiübergreifend so gesehen.

Zudem kommt allen Ländern zugute, dass nicht erstattungsfähige Mehrwertsteuerausgaben bei der Förderung berücksichtigt werden. Dies war eine ganz wichtige Forderung der Kommunen, weil damit mehr Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

Schließlich haben wir erreicht, dass darauf hingewiesen wird, dass es notwendig ist, insbesondere für die ostbayerischen Landkreise entlang der tschechischen Grenze Beihilferegelungen anzustreben, die die Brüche zwischen der Tschechischen Republik und Bayern nicht zu groß werden lassen. – Die Gegebenheiten sind unterschiedlich, und man muss an alles denken.

Fortsetzung auf Seite 2

Es wäre niemandem vermittelbar gewesen, wenn alle sparen müssten, nur Europa selbst nicht.

Ja, es war ein hartes Stück Arbeit, diese Einigung aller 27 jetzt zu erzielen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

Meine Damen und Herren, was ich jetzt sage, ist wichtig; deshalb bitte ich trotz der Freude über die Zukunft der ostbayerischen Landkreise noch ein-

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 18. bis 22. Februar 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Finanzen „Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Januar 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen durch Erwerbstätigkeit und bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit (Deutsch-Niederländischer Vertrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit)“ Bundesregierung, 17/12015, 17/12410); Umwelt „Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen, zur Änderung der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen oder Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin sowie zur Änderung der Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen“ (Bundesregierung, 17/12164, 17/12238 Nr. 2, 17/12411); Bundestagsnachrichten „Antrag auf Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens“ (Immunitätsausschuss, 17/12285, 17/12286); Recht „Zu dem Strafverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 4/12“ und „Über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht“ (Rechtsausschuss, 17/12397, 17/12398).

Ablehnung

Verkehr und Bau „Angebot von Spielhallen mit dem Baugesetzbuch begrenzen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/4201, 17/5698); „Stärkung der Fahrgastrechte im Fernbusverkehr“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/5057, 17/7822); „Für ein einheitliches LKW-Tempolimit von 80 km/h auf Autobahnen in Europa“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/6480, 17/7887); „Anbindung deutscher Seehäfen verbessern – Alternativen zur Y-Trasse vorantreiben“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/11352, 17/12366); „Verbesserung des Schienenverkehrs zwischen Deutschland und Polen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/9947, 17/12369).

mal um ein klein wenig Konzentration.

Trotz genereller Kürzungen bei den Strukturfonds werden wir mit Sonderzahlungen die Strukturförderung auch in einzelnen Mitgliedstaaten unterstützen; das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wir haben die Strukturfonds also nicht nur nach allgemeiner Aufschlüsselung verteilt, sondern wir haben gesagt: Für diejenigen Länder, die besonders von der Krise betroffen sind, brauchen wir zusätzliche Strukturfondsmittel. Hiervon werden Spanien, Griechenland, Italien und Portugal profitieren.

Die Programmländer – auch das ist ganz wichtig – erhalten allesamt bessere Kofinanzierungsmöglichkeiten. Das heißt, der Kofinanzierungsanteil wird geringer sein, damit sie die europäischen Mittel auch wirklich in Anspruch nehmen können. Ich denke, auch das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, wichtig ist nun das dritte Verhandlungsziel, das wir auch umgesetzt haben, nämlich die Ausgabenpolitik insgesamt effizienter zu gestalten; denn gerade in Zeiten knapper Kassen kommt es darauf an, jeden Euro gezielt auszugeben, sodass er einen Mehrwert hat. Wenn wir kritisch auf die vergangenen Finanzperioden zurückblicken, dann müssen wir sagen: Nicht in jedem Falle war das so. Deshalb hat Deutschland zusammen mit anderen EU-Partnern die Initiative „Better Spending“, also eine bessere Ausgabenqualität, verankert. Ich danke dem Deutschen Bundestag, dass die Mehrheit hier in diesem Hause sich ganz bewusst dafür eingesetzt hat. Das konnten wir so auch durchsetzen.

Wir haben jetzt einen Zusammenhang hergestellt zwischen dem Zugang zu Finanzmitteln aus europäischen Fördermöglichkeiten und der Erfüllung der makroökonomischen Auflagen aus dem Stabilitätspakt. Das heißt, europäische Mittel werden die Mitgliedstaaten in Zukunft stärker dabei unterstützen, die notwendigen Reformauflagen wirklich durchzuführen. Oder, um es andersherum zu sagen: Wer die notwendigen makroökonomischen Reformauflagen aus dem neu geschaffenen Stabilitätspakt nicht erfüllt, dessen Mittel können leichter ausgesetzt werden. Damit gibt es einen Hebel, die notwendigen Reformen auch tatsächlich durchzuführen.

Wir werden bei der Strukturpolitik im Übrigen in Zukunft den Sachverstand der Europäischen Investitionsbank stärker nutzen – auch das ist wichtig –; denn diese Bank hat eine erhebliche Expertise. Ich erinnere daran, dass die Bedeutung der Europäischen Investitionsbank auch durch unsere gemeinsame Verabredung zur Stärkung des Kapitals der Investitionsbank gestärkt wurde. Deshalb ist diese Verbindung außerordentlich wichtig, zumal die Kofinanzierung in vielen Ländern mit einer schwierigen Finanzsituation zum Teil auch noch über die EIB abgewickelt wird. Des-

halb haben wir hier einen Zusammenhang hergestellt.

Die europäischen Mitgliedstaaten werden jetzt alle zwei Jahre politisch überprüfen, ob die Mittelverwendung auch wirklich auf Ziele der EU-Wachstumsstrategie ausgerichtet ist oder ob Korrekturen notwendig sind. Es geht also nicht sieben Jahre einfach so weiter, wie man es begonnen hat, sondern es gibt einen Check, ob das Ganze auf dem richtigen Weg ist. Das heißt, wir können genau auf diesem Wege erreichen, dass Mittel gezielter für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden.

Das ist ja auch unverzichtbar, wenn wir uns einmal die Probleme vor Augen führen, vor denen wir stehen. Deshalb haben wir auch ein besonders drängendes Problem, nämlich die hohe Jugendarbeitslosigkeit in viel zu vielen Ländern der Europäischen Union, angepackt und in dem Wissen etwas getan, dass Jugendarbeitslosigkeit den jungen Menschen eine gute Zukunft buchstäblich verspricht. Wir dürfen uns damit niemals abfinden.

Deshalb haben wir zusätzlich zu dem, was wir schon im vergangenen Jahr geleistet haben, gesagt: Wir bleiben dabei nicht stehen, sondern wir werden unsere europäischen Anstrengungen verstärken und haben einen neuen Fonds in Höhe von 6 Milliarden Euro vereinbart, der den Regionen zur Verfügung steht, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent liegt. Das heißt, die Mittel kommen unter anderem Spanien, Italien, Griechenland und Portugal zugute. Sie haben in den letzten Tagen sehen können, dass Spanien daraus bereits ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit konstruiert hat, und so werden weitere folgen.

Jetzt wird es darauf ankommen, dass zusammen mit der Kommission und den Arbeitsministern sehr schnell festgelegt wird, wie dieses Geld ausgegeben werden kann. Ich denke, wir Deutschen haben hier sehr gute Erfahrungen auch aus der Arbeit in den neuen Bundesländern. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir Jugendarbeitslosigkeitsprogramme auflegen, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch wirklich in dauerhafte Arbeitsplätze münden. Auch müssen wir sehen – die Voraussetzungen dafür sind geschaffen –, dass dieses Geld nicht in sieben Jahrescheiben abfließt, sondern dass wir viel Geld am Anfang investieren, um die Jugendarbeitslosigkeit schnell zu bekämpfen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Sache, und mit 6 Milliarden Euro kann man an dieser Stelle auch wirklich etwas bewegen.

Gleichzeitig haben wir vereinbart, dass wir im Bereich der sogenannten grenzüberschreitenden Mobilität – zu Deutsch: wenn jemand aus einem anderen Mitgliedstaat zum Beispiel

in Deutschland oder in einem anderen Land, das Arbeitskräfte sucht, eine Arbeit aufnehmen will oder eine Ausbildung erhalten möchte – die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen. Deutschland bietet, wo immer es gewünscht wird – das ist jetzt in vielen europäischen Ländern so –, Hilfestellungen bei der dualen Berufsausbildung an; denn die duale Berufsausbildung – das hat sich inzwischen in Europa herumgesprochen – ist der Schlüssel für eine dauerhafte Beschäftigung junger Leute. Hier werden wir alles, was in unserer Macht steht, tun, um hilfreich zu sein, meine Damen und Herren.

Wir haben mit der Einigung von Brüssel ein viertes zentrales Verhandlungsziel erreicht, nämlich dass die Starken in die Pflicht genommen werden und gleichzeitig Fairness zwischen den verschiedenen Nettozahlerstaaten hergestellt wird. Aufgrund der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands wird Deutschland auch weiterhin der größte Nettozahler bleiben. Unsere Nettolast wird in Zukunft, relativ gesehen, sogar höher sein als in der Vergangenheit. Dabei ist es uns jedoch gelungen, eine faire Lastenteilung zwischen den Nettozahlern zu erreichen.

Ein gemeinsamer transatlantischer Markt liegt im europäischen und auch im deutschen Interesse.

Den Gedanken, dass wir die Starken in die Pflicht nehmen und Fairness herstellen, lebt Deutschland ja nicht erst seit der Krise; aber in der Krise wird die Bedeutung dieses Gedankens noch ein-

mal ganz offensichtlich. Dieser Gedanke leitet uns, wenn wir mit unserer ganzen Kraft als größte und stärkste Volkswirtschaft Europas für die Bewältigung der Krise im Euro-Raum kämpfen. Wir wollen, dass diese Krise nicht einfach von Europa nur überstanden wird, sondern wir wollen, dass Europa stärker aus dieser Krise herauskommt, als es in diese Krise hineingekommen ist. Da wir das in Deutschland geschafft haben, sind wir fest davon überzeugt, dass wir genau das auch in Europa schaffen können, meine Damen und Herren.

Wir tun das in dem Bewusstsein, dass Deutschland eine besondere Verantwortung für eine gute Zukunft der Europäischen Union hat. Wir tun dies, weil wir wissen, dass unsere gute Zukunft mit der Zukunft der Europäischen Union insgesamt eng verknüpft ist, und wir tun dies in der Überzeugung, dass Europa nur so in der globalen Welt auch in Zukunft seine Werte und seine Interessen behaupten kann.

Meine Damen und Herren, es war deshalb auch unverzichtbar, dass wir auf dem Europäischen Rat nicht nur über die mittelfristige finanzielle Vorausschau gesprochen haben, sondern auch über die Handelspolitik der Europäischen Union. Dabei ist unser mit Abstand wichtigstes Zukunftsprojekt ein Freihandelsabkommen mit den USA. Die Verhandlungen dazu sollen im ersten Halbjahr

dieses Jahres aufgenommen werden, und die Bundesregierung wird diesen Prozess nachhaltig unterstützen.

Das Ganze knüpft an an viele Initiativen, die immer wieder unternommen wurden, aber ganz besonders an eine aus unserer Präsidentschaft im Jahre 2007, als mit dem Transatlantischen Wirtschaftsrat bereits ein ganz wichtiger Schritt zur Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und Europa gemacht wurde.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Ein gemeinsamer transatlantischer Markt liegt im europäischen, aber auch ganz besonders im deutschen Interesse, und zwar nicht nur, weil wir damit Handelshemmnisse und Zölle abbauen können – das ist notwendig insbesondere angesichts der Tatsache, dass die multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO nicht so vorangehen, wie wir es uns gewünscht hätten –, sondern auch, weil wir dabei gemeinsame Standards entwickeln können. Wir alle wissen: Gerade bei den Zukunftstechnologien wird es entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg sein, ob wir die maßgebenden Normen und Standards wirklich setzen können – wir: die Europäische Union zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika –; denn wenn wir das nicht tun, dann werden es andere auf der Welt tun, und zwar zu ihren Arbeits- und Produktionsbedingungen, die zum Teil weit entfernt von unseren Wertvorstellungen sind. Deshalb ist das ein ganz wichtiges Projekt.

Es ist also nicht nur einfach ein Abkommen, sondern es ist ein wirkliches Wachstumsprojekt. Jeder, der sich mit diesen Dingen beschäftigt, weiß, dass auf beiden Seiten die Wachstumsraten steigen könnten. Es erspart dazu noch viel Doppelarbeit, viel Zeit und viel Geld.

Meine Damen und Herren, wir können heute ein positives Fazit ziehen: Deutschland hat seine vier zentralen Verhandlungsziele erreicht. Die Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs für einen neuen EU-Finanzrahmen sind weitreichend. Sie werden die Europäische Union auf ihrem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Sie werden die Verteilung der Finanzmittel hin zu mehr Wachstum, mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Beschäftigung ausrichten. Und sie sind im Interesse aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vor allem: Sie werden den Menschen in Europa dienen.

So sind sie eine hervorragende Grundlage für die nun folgenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Uns alle – Europäischen Rat wie Europäisches Parlament wie Deutschen Bundestag – eint dabei das gemeinsame Ziel, ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa zu gestalten und vor allen Dingen ein Europa zu gestalten zum Wohle der 500 Millionen Europäerinnen und Europäer. Das ist jede Mühe und jede Anstrengung wert.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peer Steinbrück, SPD:

Auf das Spardiktat muss ein Wachstumsprojekt folgen



Peer Steinbrück (*1947)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Europa ist leider nach wie vor in keiner guten Verfassung. Die Lissabon-Strategie für das erste Jahrzehnt, Frau Bundeskanzlerin, Europa zu der wettbewerbsfähigsten und wissenschaftlichsten Region global zu machen, ist gescheitert. Oder vorsichtiger ausgedrückt: Sie hat nicht die Ergebnisse gebracht, die wir uns versprochen haben. Warum ist sie weitestgehend gescheitert? Weil Europa und die europäischen Mitgliedstaaten nicht in der Lage gewesen sind, die finanziellen Ressourcen bereitzustellen, die notwendig gewesen wären, um Europa zur wettbewerbsfähigsten und wissenschaftlichsten Region der Welt zu machen. Ich sage Ihnen voraus: Mit diesem mittelfristigen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 wird auch für das zweite Jahrzehnt diese Strategie, die sich jetzt „Europa 2020“ nennt, scheitern, weil die Finanzmittel der Höhe nach und der Struktur nach nicht mit diesen Zielen korrespondieren, die für Europa von erheblicher Bedeutung sind.

Europas Wirtschaft dümpelt weiter am Tiefpunkt. 2012 ist die europäische Wirtschaft geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Wir alle kennen die alarmierenden und skandalös hohen Arbeitslosenraten für Jugendliche. In sieben Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 25 Prozent. In vier Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent. In zwei Ländern liegt sie bei – sage und schreibe – über 50 Prozent. Das heißt, in diesen Ländern findet mehr als die Hälfte der jungen Frauen und Männer keine Arbeit mehr. Was denken sie über Demokratie? Was denken sie über Europa? Was denken sie über uns Politiker, die dafür eine Mitverantwortung tragen?

Die Krise, die im Finanz- und Bankensektor ihren Ausgang nahm, hat den Bürgerinnen und Bürgern in Europa sehr viele Opfer abverlangt. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir Deutsche es nicht richtig zu

würdigen wissen, mit welchen Verelendungserscheinungen dies in einigen europäischen Nachbarstaaten teilweise bereits verbunden ist.

Reformen und Konsolidierung der Staatshaushalte sind notwendig, doch sie laufen ins Leere, wenn aus Sparen ein Kaputtsparen wird, wenn neben der notwendigen Konsolidierung keine Wachstumsperspektiven für diese Länder entstehen, wenn aus einer Rezession eine Depression, eine Verelendung in Teilen der europäischen Nachbarstaaten wird. Ich habe solche Verelendungserscheinungen bei meinem jüngsten Besuch in Athen selber erlebt. Gerade die jungen Menschen sagen dort: Wir haben keine Perspektive mehr. – Es ist bedrückend, mit anzusehen, dass sie dieses wunderbare Zivilisationsmodell Europa nicht mehr als etwas wahrnehmen, das ihnen Zukunft verspricht und das es zu behaupten gilt.

Die ökonomische Krise, Frau Bundeskanzlerin, steigert sich in manchen Staaten zu einer Gefahr für die Stabilität der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Wir reden nicht mehr allein über eine ökonomische Krise, sondern wir reden über die Stabilität dieser unmittelbaren Nachbarstaaten in Europa.

Die Staats- und Regierungschefs müssen diesem Spardiktat endlich ein Wachstumsprojekt folgen lassen. Es ist Zeit für mehr Investitionen in Infrastruktur, in eine industrielle Erneuerung, in Bildung, Forschung und Entwicklung, in die wesentlichen Größen und wichtigen Ansatzpunkte, um Europa wieder nach vorne zu bringen: mit einer größeren Wettbewerbsfähigkeit, mit einer weiter ausgebauten Industrie, mit vielen Arbeitsplätzen und vor allen Dingen mit konkreten Berufsperspektiven für die jungen Leute. Davon wird viel geredet; ich kann mich erinnern, dass davon auch schon beim Europäischen Rat Ende Juni 2012 geredet worden ist. Passiert und konkret angekommen ist in diesem halben Jahr rein gar nichts, insbesondere nicht bei den arbeitslosen Jugendlichen.

Präsident Obama hat in seiner Rede zur Lage der Nation letzte Woche gesagt – ich zitiere ihn –: „Defizitabbau allein ist kein Wirtschaftsplan“. Das ging, wie ich glaube, nicht nur an die Adresse der Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat, sondern bezog sich auch auf die Europapolitik, also auf die Europapolitik dieser Bundesregierung, die die treibende Kraft bei einem Sparkurs

in Europa ist, der andere Länder zunehmend in eine Depression und Verelendung hineinzieht.

Der neue Finanzrahmen 2014 bis 2020 zeigt, dass die Chefs der Regierungen und der Staaten, die beim Europäischen Rat aufgetreten sind, wenig gelernt haben. Anstatt das Angebot des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Herrn Martin Schulz, anzunehmen, „sich zu unserer gemeinsamen Zukunft zu bekennen“, anstatt in die Zukunft Europas zu investieren, und zwar auch über nationale Egoismen hinaus, ging es den europäischen Staats- und Regierungschefs am 7. und 8. Februar im Wesentlichen darum, verletzungsfrei zu ihrem heimischen Publikum zurückzukehren. Im Ergebnis entstand ein Vorschlag für einen europäischen Finanzrahmen, der im Europäischen Parlament sogar die Parla-

Die ökonomische Krise steigert sich mancherorts zur Gefahr für die politische Stabilität.

mentarier aus Ihren eigenen Reihen zur Ablehnung veranlassen könnte. Perspektivlos haben Sie sich in einer unheiligen Kürzungsallianz ausgerechnet mit dem Regierungschef verbunden, nämlich mit dem britischen

Regierungschef David Cameron, der gegebenenfalls sogar aus der Europäischen Union austreten will. Das ist eine ganz merkwürdige Allianz, um die Zukunft Europas in diesem Jahrzehnt zu sichern.

Frau Merkel, wer in Zukunft mehr Europa will, der braucht Partner, die ihre Zukunft auch in Europa sehen; dann schlägt man sich nicht auf die Seite des Regierungschefs, der möglicherweise dieses Europa verlassen will.

Mit Blick in die Zukunft geht es bei diesem Finanzrahmen gar nicht nur um die Höhe der Mittel, sondern vor allen Dingen auch um die Struktur. Nach wie vor fließen ungefähr 38 Prozent der Haushaltsmittel in den Agrarsektor, ein Großteil davon zu großen Agrarunternehmen und Lebensmittelkonzernen. Aber nur ein kleinerer Teil geht in die wichtigen Felder, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen. Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung werden in der Tat um 23,5 Prozent gekürzt, nicht gegenüber dem früheren Finanzrahmen, aber gegenüber dem Kommissionsvorschlag.

Sie haben auf das Programm „Connecting Europe Facility“, also auf die Verbesserung der Verbindungen über Transport- und Energienetze, hingewiesen und sagten, es handele sich hier um eine Steigerung der Mittel um 50 Prozent. Die Zahl ist für sich genommen richtig;

aber dieses Programm gab es vorher gar nicht. Gemessen an dem Vorschlag der Kommission liegt dem eine Kürzung und kein Aufwuchs zugrunde.

Nun schien es, dass es ein gutes Ergebnis gibt – das Sie ja auch zitiert haben –, nämlich dass 6 Milliarden Euro zusätzlich dafür aufgewendet werden, die Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten zu verringern, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, einen Job zu finden. Wenn man allerdings genauer hinschaut, dann stellt man fest, dass das ein makabrer Etikettenschwindel ist; denn von den 6 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kommen 3 Milliarden aus den Einsparungen in den Sozialfonds. Das ist das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“, will sagen, ein neues Programm mit altem Geld, das Sie hier gerade wider alle Tatsachen als großen Erfolg verkauft haben.

Die 3 Milliarden, mit denen die 6 Milliarden aufgefüllt wurden, fehlen bei der Verbesserung der europäischen Infrastruktur, zum Beispiel beim Aufbau eines flächendeckenden Internetzuganges, den gerade junge Menschen brauchen, um an Information, an Ideen und letztlich an Arbeit zu kommen. Das ist das, was Sie hier gerade als großen Erfolg gefeiert haben.

Die Staats- und Regierungschefs in Europa tricksen. Sie tricksen mit dem Unterschied zwischen Zahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen, das heißt, sie stellen mit diesem Finanzrahmen zu wenig Geld zur Verfügung, um die eingegangenen Verpflichtungen wirklich zu erfüllen. Das wird der entscheidende Punkt sein, warum Sie mit diesem mittelfristigen Finanzrahmen auf erhebliche Widerstände im Europäischen Parlament und, wie ich ziemlich sicher zu glauben weiß, auch in Ihren eigenen Reihen treffen werden.

Viele Länder sind in der Tat aufgefordert, Strukturreformen, ihre Governance und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Was mir in Ihren europapolitischen Beiträgen fehlt, ist der Hinweis auf die Strukturprobleme im europäischen Raum, die wir als Bundesrepublik Deutschland mit zu verantworten haben: Das sind die massiven Exportüberschüsse der Deutschen, die sich in entsprechenden Leistungsbilanzüberschüssen bei uns und in den entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten in den anderen Ländern widerspiegeln.

Deutschland hat inzwischen einen Leistungsbilanzüberschuss von 5 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung. Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland Güter und Dienstleistungen im Wert von über 1,5 Billionen Euro mehr verkauft als eingekauft. Dies spiegelt sich zunehmend in erheblichen Ungleichgewichten in den Austauschbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, die zur Europäischen Wirtschafts-

und Währungsunion gehören, wider.

Das geht in einer Währungsunion aber nicht. Auf Dauer ist dies in einer Währungsunion unmöglich, wenn kein Ausgleich über entsprechende Wechselkursanpassungen stattfinden kann. Das heißt, wir müssen uns politisch mit der naheliegenden Frage beschäftigen – hier hätte ich gerne mehr Auskunft von Ihnen –, wie wir in Deutschland die Kaufkraft verbessern, damit es zu einem besseren Ausgleich dieser Ungleichgewichte in den Austauschbeziehungen kommt.

Das heißt auch, dass wir in Deutschland eine Politik zur Stärkung der Binnennachfrage, eine Politik zur Stärkung der Kaufkraft brauchen.

Nun kommen wir sehr konkret zu einigen Themen, die uns beschäftigen werden, nicht nur mit Blick auf den 22. September: Wir brauchen faire Lohnabschlüsse, die die Inflation kompensieren und den Produktivitätsfortschritt in der Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten widerspiegeln. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die die privaten und öffentlichen Investitionsquoten steigert. Wir brauchen eine Energiewende, aber keine, die, wie im Augenblick, das größte Investitionsverhinderungsprogramm ist, das diese Republik je gesehen hat.

Wir brauchen echte Mindestlöhne. Wir brauchen eine Eindämmung der atypischen Beschäftigung. Wir brauchen eine Stärkung der Kaufkraft, indem die Menschen bei Vollzeit so anständig und so gut bezahlt werden, dass sie ihr Leben eigenständig und in Würde führen können.

Wenn wir über den mittelfristigen Finanzrahmen reden, über die Notwendigkeit einer weiteren Strukturförderung und von weiteren Wachstumsimpulsen, dann wissen wir ziemlich genau, woher das Geld dafür kommen könnte, um in Infrastruktur, um in eine Reindustrialisierung in manchen Ländern zu investieren. Nach jahrelangem Druck, insbesondere von unserer Seite, haben wir am 21. Juni hier im Deutschen Bundestag die Einführung einer Finanzmarkttransaktionsteuer beschlossen. Und jetzt? Die Europäische Kommission hat im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Union solide, sehr konkrete Vorschläge gemacht, und prompt beginnt die FDP ein Rückzugsmanöver mit Blick auf die Einführung der Finanzmarkttransaktionsteuer.

Dabei brauchen wir diese Steuer dringend. Sie liefert Einnahmen für neues Wachstum in Europa, und sie nimmt dieses Geld von dort, wo diese Krise entstanden ist, nämlich vom Banken- und Finanzsektor, der uns maßgeblich in diese Krise hineingestoßen hat.

Die EU-Kommission berechnet ein Aufkommen von 30 bis 35 Mil-

Fortsetzung von Seite 3: Peer Steinbrück (SPD)

liarden Euro. Im Vergleich zu den 1,6 Billionen Euro, die die europäischen Regierungen, die europäischen Staaten allein zwischen 2008 und 2010 für die Stabilisierung der Banken und für Wachstumsimpulse zur Verhinderung eines Absturzes der Konjunktur und des Wachstums eingezahlt haben, ist das wahrlich ein nicht zu hoch gegriffener Betrag. 30 bis 35 Milliarden Euro sind umgekehrt aber auch das Fünf- bis Sechsfache dessen, was im Augenblick zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgesehen ist. Diese Steuer ist nicht nur gerecht, sie ermöglicht auch einen entscheidenden Wachstumsimpuls für Europa, und deshalb brauchen wir sie so schnell wie möglich.

Ich erwarte von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie Wort halten.

Der seinerzeitige Beschluss im Deutschen Bundestag war wichtig, um die Unterstützung zu weiter reichenden Maßnahmen zu gewinnen, auch vonseiten der Opposition – Stichwort „Fiskalpakt“. Das heißt, wenn es jetzt ein Abrücken gäbe von dem ehrgeizigen Bemühen, eine Finanzmarkttransaktionssteuer einzuführen, hätten Sie die Vertrauensbasis, gegebenenfalls auch für weitere Entwicklungen mit Blick auf Europa, bei denen Sie die Opposition an Ihrer Seite wünschen, verspielt. Unser Gedächtnis ist nicht so schlecht ausgestattet, als dass dies plötzlich aus unserer Wahrnehmung verschwinden würde.

Ich sage voraus, Frau Bundeskanzlerin, dass meine Fraktion das bloße Ankündigen, das Lavieren, das Aufweichen und das Umdrehen dessen, was wir mit dieser Finanzmarkttransaktionssteuer verbinden, nicht durchgehen lässt.

Genauso ist es bei einem anderen Stichwort – einem Trennbankensystem. Ich kann mich erinnern, dass ich für meine Fraktion, für meine Partei Mitte September ein Papier zur weiter gehenden Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht vorgestellt habe.

Ich kann mich auch erinnern, wie das Echo aus Ihren Reihen darauf war, insbesondere zu dem Vorschlag, ein Trennbankensystem in Deutschland einzuführen.

Verehrter Herr Schäuble, Sie hatten nun mehrere Monate Zeit und ein ganzes Ministerium zur Verfügung – ich hatte damals einen einzigen Mitarbeiter –, um etwas Vernünftiges vorzulegen. – Ja, das ist der Unterschied zwischen den Ressourcen, die die Regierung hat, und den Ressourcen, die die Opposition hat. Worauf ich hinaus will, ist Folgendes: Herr Schäuble hatte sechs Monate Zeit, um zum Thema Trennbankensysteme etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen. Herausgekommen ist eine Lösung „Trenn-

banken light“, die von Ausnahmen und Auslassungen nur so wimmelt. Von einigen wenigen Banken werden einige wenige Geschäfte ein wenig abgetrennt, so, dass wir niemandem richtig wehtun, nach dem Motto: Der Berg kreite und gebar eine Maus. Das ist das, was Sie mit Ihrem Vorschlag zu Trennbanken jetzt auf den Weg gebracht haben.

Sie haben die Druckmaschinen angeworfen und das als riesigen Erfolg verkauft. Sie haben hübsche Etiketten auf leere Flaschen geklebt. Aber was bleibt übrig? Ein Etikettenschwindel.

Aus Ihren eigenen Reihen ertönt bereits vorauseilender Widerstand, zum Beispiel von Herr Flosbach – „Holzhamervorschläge“ –

oder von Herrn Wissing – „Scheinlösung“. Wir werden sehen, welche Halbwertszeit dieser Vorschlag für ein Trennbankensystem in Ihren Reihen hat.

Das nächste Stichwort ist die Bankenunion. Beenden Sie bitte Ihren Schleiertanz mit Blick auf die Fragestellung, wie eine Bankenunion in Europa aussehen soll. Wo wollen Sie hin? Wir haben in einem gemeinsamen Papier im Sommer 2012 mit Ihnen beschlossen:

Ein wesentliches Element der Wachstums- und Konsolidierungs-

strategie ist die angemessene Beteiligung des Finanzsektors.

Ja. Wir debattieren in diesem Haus seit zwei Jahren über die Notwendigkeit, ein europäisches Abwicklungsregime einzuführen. Dabei geht es um eine europäische Abwicklungsbehörde und einen europäischen Restrukturierungsfonds, der nicht von den Steuerzahlern, sondern von den Banken selbst finanziert wird, weil sie diejenigen sind, die zur Finanzierung der Folgekosten herangezogen werden müssen.

Ich glaube, dass es zwingend erforderlich ist, den ESM vornehmlich auf die Rekapitalisierung von Staaten zu konzentrieren, die es nötig haben. Das ist sinnvoller, als aus dem ESM eine Direktkapitalisierung von Banken vorzunehmen. Wenn das Ihre Meinung ist – mein Eindruck ist, dass das in Ihren Reihen ähnlich debattiert wird –, dann sollten Sie auf europäischer Ebene und uns auf nationaler Ebene zu Gesprächen über die Konstruktion eines solchen Restrukturierungsfonds, der von Banken finanziert wird, einladen.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, sind eine Last-Minute-Kanzlerin.

Sie haben eine Neigung zum Nicht-Handeln, Noch-nicht-Handeln, Später-Handeln. Das merkt man Ihnen sehr genau an. So haben Sie laviert bei der Regulierung der Finanzmärkte. So haben Sie laviert mit Blick auf den jetzigen Vorstoß zum

Trennbankensystem. So lavierten Sie im Augenblick mit Blick auf den Mindestlohn, den Sie nur unter einem anderen Begriff laufen lassen.

Es gibt mehrere Punkte, bei denen man den Eindruck hat, dass Sie eher die Präsidentin eines Kabinetts sind.

Sie sind jedoch die Regierungschefin, die sich in die Niederungen dieser Politik begeben muss.

Das gilt bei der Lebensleistung, die ein Zynismus ist. Das gilt bei Mietrechtsänderungen, die eine Schwächung der Mieterrechte bedeuten. Das gilt bei einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das in Wirklichkeit ein Striptease des Arbeitnehmerdatenschutzes ist und bei dem Sie anschließend dem DGB sagen, Sie seien sensibilisiert. Das gilt bei der Scheinlösung einer Lohnuntergrenze. Das gilt bei der Energie-wende, die in Deutschland nicht klappt.

Das gilt beim Betreuungsgeld. Das gilt bei der Finanzmarkttransaktionssteuer. Das gilt auch bei der Frage nach einem zukunftsweisenden Budget für die Europäische Union.

Da Sie sich bei all diesen Themen sehr unbestimmt verhalten, da Sie gern lavierten oder in Deckung bleiben, bleibt nur eine einzige Möglichkeit, nämlich dass andere diese Regierungsverantwortung übernehmen. Dazu ist die SPD mit mir bereit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Rainer Brüderle, FDP:

Europa muss Handlungsfähigkeit zeigen



Rainer Brüderle (*1945)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Die Staats- und Regierungschefs haben zum ersten Mal in der Geschichte der EU einen Budgetrahmen beschlossen, der kleiner wird. Bislang ist der EU-Haushalt immer gewachsen. Jetzt haben die Staats- und Regierungschefs auf die Ausgabenbremse gedrückt. Das ist gut so. Das ist richtig so. Das unterstützen wir.

In Zeiten, in denen fast alle nationalen Parlamente und Regierungen den Gürtel enger schnallen, wäre ein Draufsatteln nicht vermittelbar.

Das wäre ökonomisch falsch. Das wäre politisch falsch.

Übrigens übernimmt Deutschland sogar etwas mehr Finanzverantwortung. In schweren Zeiten zeigt Deutschland besondere Solidarität. Dafür hätte, Herr Steinbrück, die Opposition Respekt zollen können, aber Sie mäkeln nur herum.

Der Kanzlerkandidat der SPD weiß alles besser. Sie machen Wunsch Dir was. Mit Realpolitik hat das nichts zu tun.

Natürlich hätte man sich weitere Agrarreformen wie angesprochen wünschen können. Aber ich frage Sie, Herr Kollege Steinbrück: Wo war Ihre öffentliche Aufforderung an den sozialistischen Präsidenten Frankreichs, bei der Agrarbeihilfe nachzugeben? Nichts hat man von Ihnen gehört. Nichts, kein Wort!

Es bedarf hoher Staatskunst, damit Briten und Franzosen gleicher-

maßen zufrieden nach dem Gipfel nach Hause gehen.

Es bedarf hoher Staatskunst, damit die aufstrebenden Nationen Osteuropas und die gebeutelten Nationen aus dem Süden ein solches Budget mittragen. Es bedarf hoher Staatskunst, damit die Netozahlernationen aus dem Norden bei der Stange bleiben.

Ich bin froh, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel dort verhandelt hat – und nicht Peer Steinbrück, der gelegentlich als „diplomatische Neutronenbombe“ bezeichnet wurde.

Aber es ist nicht nur Ihr Mangel an Diplomatie; Sie ticken auch volkswirtschaftlich falsch. Besser gesagt: Herr Gabriel hat Sie umprogrammiert. Sie werden jetzt vom Willy-Brandt-Haus an kurzer Leine geführt.

Sie gehen vor dem sozialistischen Modell von François Hollande in die Knie. In Frankreich kann man die fatalen Auswirkungen einer sozialistischen Staatswirtschaft besichtigen: mehr Arbeitslose, hö-

here Steuern, mehr Schulden, Herabstufung der Kreditwürdigkeit und schrumpfende Wettbewerbsfähigkeit.

Doch alle fatalen Signale reichen für ein Umsteuern offensichtlich nicht aus. Immer wieder versucht Frankreich, nach unrealistischen außenwirtschaftlichen Ventilen zu suchen. Zuerst waren es die deutschen Exportüberschüsse; dies wurde auch von Ihnen aufgegriffen.

Herr Steinbrück, erklären Sie doch einmal den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von Volkswagen, dass sie weniger Autos herstellen sollen.

Sagen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der BASF, dass sie weniger herstellen sollen. Sagen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Maschinenbau, dass sie weniger herstellen sollen. Erklären Sie einmal Ihren Gewerkschaften, IG Metall, IG BCE, dass weniger produziert werden soll. Das ist doch unreal, was Sie erzählen.

Sie wollen die Binnennachfrage mit Steuererhöhungen ankurbeln, aber so können Sie die Binnennachfrage nicht ankurbeln. Das ist diametral falsch.

Nun zur Finanzmarkttransaktionssteuer. Sie wissen, wir haben uns geeinigt, weil wir uns einigen mussten, um die Verfassung zu än-

dern. Sonst hätte es in Deutschland und Europa keinen Fiskalpakt gegeben. Wir haben uns aber auch darauf geeinigt, dass diese Transaktionssteuer nicht zulasten der Kleinsparer, nicht zulasten der Riester-Sparer, nicht zulasten des Mittelstands und nicht zulasten des Finanzplatzes Deutschland gehen soll. Dem haben auch Sie zugestimmt. Da müssen Sie liefern. Es geht nicht nur darum, Steuern zu erhöhen, sondern auch darum, die korrekte Umsetzung wie vereinbart auf den Weg zu bringen. Wer A sagt, muss auch B sagen.

Es wäre ein Fehler, dort anzusetzen. Sie wissen genau: Die Hälfte unserer Exportumsätze machen wir durch Aufträge unserer europäischen Partner; an diese liefern wir. Wenn Deutschland weniger erfolgreich wäre, hätte ganz Europa weniger Wirtschaftsmöglichkeiten. Das hängt zusammen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu mindern, wäre verkehrt. Die Wettbewerbsfähigkeit der anderen in Europa zu steigern, das ist der richtige Weg. Diesen müssen wir gehen.

Jetzt setzt der französische Präsident offenbar auf eine Abwertung des Euro. Dadurch würden übrigens die Exportüberschüsse Deutschlands steigen und nicht abnehmen; so viel zu den ökonomischen Zusammenhängen. Die Politik des

schwachen Euro wäre genau der falsche Weg. Wir wollen einen starken Euro. Ein schwacher Außenwert erhöht die Gefahr der importierten Inflation. Das kann niemand wollen. Medien sind schnell bei Begrifflichkeiten wie Währungskrieg. Das ist sicher übertrieben, zumal protektionistische Tendenzen in der Breite nicht erkennbar sind. Im Gegenteil: Die Signale des amerikanischen Präsidenten, was die transatlantische Freihandelszone betrifft, sind ermutigend. Auch die Erklärungen der Finanzminister vom G-20-Gipfel weisen nicht in Richtung Abwertungswettbewerb. Sie haben einer Beggar-my-Neighbour-Policy eine klare Absage erteilt. Aber wir müssen und sollten die Politik des billigen Geldes aufmerksam verfolgen.

Alle großen Zentralbanken haben ihre Geldbasis extrem erhöht. Das ist der fatale Nährboden für eine Asset-Price-Inflation, für neue Blasen an Aktien- und Immobilienmärkten. Die amerikanische Fed hat es offenbar erkannt und jetzt verkündet, dass sie die Luft herauslassen und schneller aus dem Ankauf von Staatsanleihen herausgehen will als bisher erwartet. Ich hoffe, dass die Börsen das Signal erkennen.

Aber natürlich ist in Japan und Amerika die Versuchung immer noch groß, ihre hohen Schuldenstände durch Abwertung und Inflation zu senken. Umso wichtiger ist, dass Deutschland und Europa den Stabilitätsweg gehen. Eine künstliche Abwertung und das Zulassen von Inflation führen nur zu Muskeln an der falschen Stelle. Dauerhaft hilft nur eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb müssen die Staatsanleiheankäufe der EZB eine Ausnahme bleiben und dürfen nicht

zur Regel werden. Geldwertstabilität muss wieder stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken. Wir sind für eine Aufnahme der Geldwertstabilität ins Grundgesetz, für eine Stärkung der Bundesbank. Sie hat in den EZB-Gremien genauso nur eine Stimme wie Malta. Das kann nicht richtig sein.

Wir wollen im nächsten Bundeshaushalt eine schwarze Null haben. Diese Koalition nimmt die Verpflichtung aus der Schuldenbremse ernst. Diese Koalition nimmt den europäischen Fiskalpakt ernst. Die Ankündigung der sozialistischen Regierung in Frankreich, mehr Schulden als erlaubt zu machen, darf nicht zu einem Bruch des Fiskalpakts führen.

Wir jedenfalls werden Frankreich die Hand dafür nicht reichen.

Rot-Grün hat unter Schröder in sieben Jahren fünfmal die Maastricht-Kriterien gerissen, Sie haben den Stabilitätspakt kaputtgemacht, Sie haben Griechenland in die Währungsunion aufgenommen. Die Misere, zu der dieser Bruch führte, können wir seit zweieinhalb Jahren besichtigen. Damals haben Sie die Grube gegraben, in die die Länder der südlichen Peripherie der Europäischen Union jetzt gefallen sind.

Gerade erklärte Herr Steinbrück in Brüssel zum französischen Staatsdefizit:

Vielleicht wird es 3,2, 3,3 oder 3,4 Prozent.

Aus meiner Sicht sollte Frankreich diese Flexibilität haben.

Sie sagen auch, wer das bezahlen soll. Ihre Euro-Bonds heißen jetzt Altschuldentilgungsfonds. Nach Ihrer Idee soll Deutschland dauerhaft für die alten Schulden Europas haften. Da kann ich Ihnen nur mit Karl

Schiller zurufen: Genossen, lasst die Tassen im Schrank!

Die christlich-liberale Koalition wird den Fiskalpakt hart auslegen; alles andere würde den Euro dauerhaft beschädigen. Wir werden uns um eine Währungsstrategie kümmern.

Der Dollar ist Leitwährung; das ist ein exorbitantes Privileg, wie Giscard d'Estaing es nannte.

China greift diesen Status an, durch seine hohen Devisenbestände und Währungsabkommen mit den BRIC-Staaten, aber auch durch das Etablieren einer eigenen Ratingagentur. In Europa zerbricht sich keiner den Kopf darüber, wo wir mit der Gemeinschaftswährung hinwollen. Wollen wir, dass der Euro selbst Leitwährung wird? Wollen wir, dass er nur zweite Leitwährung hinter dem Dollar wird? Wie gehen wir mit Chinas Ambitionen währungspolitischer Art um? Währungsfragen sind auch Machtfragen. Meine Damen und Herren, diesen Zusammenhängen muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Blaupause für Rot-Grün ist das sozialistische Frankreich: Die Wirtschaft soll reguliert, zementiert und stranguliert werden. Das will die Gabriel/Steinbrück-SPD jetzt auch für Deutschland.

Am Wochenende wurde bekannt: Die Vermögensteuerpläne von Peer Steinbrück würden 160 000 Unternehmen in Deutschland treffen.

Ihre Berater haben ein „nur“ davorgesetzt. Das ist besonders dreist. Sie treffen exakt 160 000 Unternehmen zu viel. Unternehmen müssen Substanz aufbauen, sie müssen Gewinn machen, sie müssen investieren können. Investitionen sind der Schlüssel für Arbeitsplätze. Diese Steuerpläne vernichten Arbeitsplätze. Wenn wir vom Verlust nur eines Arbeitsplatzes pro Unternehmen ausgehen, dann wären davon so viele Menschen betroffen wie Hei-

delberg oder Potsdam Einwohner hat.

Sie wollen die Einkommensteuer erhöhen. Für viele Mittelständler ist das die Unternehmensteuer; das trifft sie ins Mark. Sie wollen den Rentenversicherungsbeitragssatz um 3 Prozentpunkte erhöhen. Dadurch werden die Lohnzusatzkosten erhöht. Eine Erhöhung um 1 Prozentpunkt kostet etwa 100 000 Arbeitsplätze. Von diesen Maßnahmen sind locker etwa eine halbe Million Arbeitsplätze betroffen. Da sind die verrückten Vorstellungen Ihres Möchtegern-Finanzministers Trittin noch gar nicht dabei, der eine Vermögensabgabe mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro einführen will.

Kollege Trittin tanzt dem Kanzlerkandidaten der SPD ohnehin auf der Nase herum. Kürzlich hat er großzügig erklärt: „Bei Steinbrück ist ein Bemühen erkennbar.“

Das ist ein wörtliches Zitat. Das klingt wie: Peer, Note fünf bis sechs, setzen! Oberlehrer Trittin hat gesprochen.

Herr Steinbrück bekommt von Trittin und Gabriel einen wirtschaftsfeindlichen Wahlkampf aufgedrückt. Als Rot-Grün 2005 aufgehört hat, zu regieren, gab es 5 Millionen Arbeitslose. Sie haben in den letzten siebeneinhalb Jahren offensichtlich nichts dazugelernt.

Meine Damen und Herren, die Schuldenkrise in Europa ist etwas abgeebbt. Die Signale aus Griechenland sind nicht mehr ganz so düster. Das haben sogar die Ratingagenturen registriert. Aber für Zeichen der Entwarnung ist es noch zu früh. Die Wahlen in Italien werden zeigen, ob ein großes Mitgliedsland der Europäischen Union seinen Reformkurs fortsetzt – Monti hat sich viel Ver-

trauen erarbeitet –, oder ob er wieder aufs Spiel gesetzt wird.

Die nächste Herausforderung ist Zypern. Hier gibt es einen klaren Fahrplan: Zuerst muss die Präsidentschaftswahl abgewartet werden, dann muss Zypern eine Restrukturierung seines Bankensektors vornehmen; er ist völlig überdimensioniert. Außerdem muss das Problem der Geldwäsche ernsthaft angepackt werden, bevor man über Finanzhilfen aus dem ESM reden kann. Hier hat Deutschland eine Schlüsselrolle, hier hat dieses Parlament eine Schlüsselrolle: Es wird nur dann Geld aus dem ESM geben, wenn im Gouverneursrat 80 Prozent der Stim-

men Ja sagen. 27 Prozent der Stimmen hat Deutschland; deshalb trägt dieses Parlament eine entscheidende Verantwortung dafür, ob dort entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden oder nicht.

Meine Damen und Herren, das, was bei der Haushaltsberatung auf europäischer Ebene beschlossen wurde, ist beachtlich: Rund 1 Billion Euro, das ist die Hälfte unserer Jahreswirtschaftsleistung. Mit so viel Geld kann man viel bewegen. Ich glaube nicht, dass sich unsere Kollegen im Europäischen Parlament einen Gefallen damit tun, wenn sie das Ergebnis dieses Kraftaktes ablehnen. In diesen nicht einfachen Zeiten muss Europa Handlungsfähigkeit zeigen; das erwartet die Welt von uns, und das erwarten die Mitbürger von uns. Herr Steinbrück hat so getan, als würden jetzt magere Jahre auf uns zukommen. Im Gegenteil, wenn wir es richtig machen, werden es fette Jahre sein. Packen wir's an!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diese Koalition nimmt die Verpflichtung aus der Schuldenbremse ernst.

Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

Merkelsche Märchenstunde



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Merkel hat uns gerade wieder eine wunderbare Märchenstunde beschert: Europa ist auf einem guten Weg, ein fantastischer Haushalt ist beschlossen, alles wird gut.

Die Realität sieht leider etwas anders aus. Ich möchte mich vor allem auf einige Entwicklungen beziehen, die über die Finanzierungsspielräume der europäischen Staaten in den nächsten Jahren mit Sicherheit wesentlich mehr entscheiden werden als der Umstand, ob der europäische Haushalt jetzt 10 oder 15 Milliarden Euro mehr umfasst. Es geht dabei vor allem

um die ökonomischen Entwicklungen.

Peer Steinbrück hat auf die dramatische Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union hingewiesen, vor allem auf die dramatische Situation der Jugendlichen. Dabei frage ich mich allerdings schon, Herr Steinbrück, wie Ihre zur Schau gestellte Betroffenheit in dieser Frage mit Ihrem Abstimmungsverhalten hier im Bundestag zu vereinbaren ist.

Sie haben diesen ganzen Kürzungspaketen immer wieder zugestimmt.

Zur Realität in Europa gehört auch, dass trotz der inzwischen 4,5

Billionen Euro, die die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür aufgebracht haben, marode Banken zu retten, es für die Unternehmen nach wie vor von Monat zu Monat schwieriger wird, bei diesen Banken Kredite zu bekommen, um Investitionen tätigen zu können.

Zur Realität gehört genauso, dass die Krise inzwischen auf Deutschland zurückgeschlagen ist: Im letzten Quartal 2012 ist die Leistung der deutschen Wirtschaft deutlich eingebrochen, und es gibt überhaupt keinen Grund für die Annahme, dass in diesem Jahr Südostasien oder die krisengeschüttelten USA oder welche Region der Welt auch immer das ausgleichen kann, was uns an Nachfrage verloren geht aufgrund der tiefen Krise, die wir hier in Europa haben.

Es gibt eine aktuelle Studie von Ernst & Young, nach der die Hälfte aller mittelständischen Unternehmen in Deutschland mit sinkenden

Umsätzen rechnet. Man sollte vielleicht nicht immer nur auf die DAX-Konzerne schauen. Die Unternehmen planen eher Entlassungen als Neueinstellungen. Nach dieser Studie kämpft in Deutschland jeder zehnte Mittelständler ums Überleben, und das obwohl seit über zwölf Jahren hundsmiserabel entwickelt haben. Sie müssten um 12 Prozent höher liegen, wenn sie wenigstens im Gleichgang mit der Produktivität gestiegen wären.

Zur Wahrheit gehört natürlich auch – darauf hat die OECD vor kurzem hingewiesen –, dass viele große Unternehmen und Konzerne auch hier in Europa inzwischen Steuerquoten von etwa 5 Prozent haben. Zur Realität gehört, dass sich in den Steueroasen weltweit privates Vermögen im Volumen von über 32 Billionen Dollar nahezu steuerfrei ver-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5: Sahra Wagenknecht (DIE LINKE)

mehrt. Dagegen tut die Bundesregierung nichts; trotz allen Geredes über Konsolidierung und Schuldenbremsen ist das offenbar kein Problem.

Das Problem ist allerdings, dass ganz Europa immer wieder sogenannte Sparhaushalte und Kürzungen diktiert werden unter dem Vorwand, dass man so die Staatsschulden reduziert. Komischerweise sinken die Staatsschulden in Europa aber nicht, in keinem einzigen Jahr.

Sie sind immer wieder gestiegen. Der Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, den Sie immerhin selbst ins Boot geholt haben, hat im Oktober 2012 darauf hingewiesen, dass in den Krisenländern die Wirtschaftsleistung nicht zuletzt gerade wegen dieser Kürzungsdiktate immer weiter eingebrochen ist. Insofern denke ich, es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn die Mitglieder dieser Bundesregierung etwas weniger Zeit damit verbringen würden, diverse Investmentbanker von der Deutschen Bank und Goldman Sachs zu treffen und etwas mehr Zeit damit, sich von Fachleuten bzw. Ökonomen beraten zu lassen, die ein bisschen was von Makroökonomie verstehen.

Ich bin wirklich gespannt, mit welchen Verrenkungen Sie demnächst im Bundestag erklären werden, dass man selbstverständlich auch die zypriotischen Banken mit deutschem Steuergeld retten muss;

und im Grunde ist das natürlich auch nur konsequent. Wenn uns griechische Oligarchen Milliarden wert sind, warum dann nicht auch russische Oligarchen, zumal auf zypriotischen Konten – ähnlich wie auf irischen natürlich – auch genug Geld aus Steuerflucht und anderen kriminellen Geschäften lagert, und das muss selbstverständlich unbedingt gesichert werden, sonst bricht ja die Welt zusammen, zumindest die Welt dieser Bundesregierung.

Sie sind ja auch alle ganz stolz darauf, dass sich die Finanzmärkte in Europa seit einiger Zeit beruhigt haben und sich nicht nur die Krisenstaaten, sondern sogar die größten Pleitebanken plötzlich wieder refinanzieren können. Aber was der Grund dafür ist, das sagen Sie den Menschen nicht. Der Grund dafür ist nämlich nicht, dass die Probleme kleiner geworden sind. Das Volumen fauler Kredite in den Bankbilanzen wächst. Es soll nach Prognosen in diesem Jahr bis zu 1 Billion Euro faule Kredite in den Bankbilanzen europäischer Banken geben. Wenn spanische Banken alle Verluste konsequent abschreiben würden, dann hätten sie wahrscheinlich keinen müden Euro Eigenkapital mehr,

und dann würde es auch für deutsche Banken eng, die nämlich in Spanien 50 Milliarden Euro im Feuer haben.

Warum also bekommen Pleitebanken plötzlich wieder Geld? Warum wird auf einmal wieder ohne großes Misstrauen gezockt? Der Grund ist ganz einfach: weil ein riesiges Großbankensubventionsprogramm in Vorbereitung ist. Die Finanzmärkte sind beruhigt, weil den Banken und Hedgefonds zugesagt wurde, dass sie auch in Zukunft keine Angst vor Verlusten haben müssten, sondern dafür der Rettungsschirm ESM einspringen werde.

Das ist doch die Quintessenz des von der Europäischen

Kommission im letzten Herbst vorgelegten „Fahrplans“ für eine Bankenunion. Mindestens bis 2018 soll die Haftung privater Gläubiger komplett ausgeschlossen werden. Ja, und wenn die privaten Gläubiger nicht haften, wer dann? Dann soll es doch wieder der Steuerzahler sein, an dem der ganze Finanzmüll hängenbleibt. Dabei geht es um Riesensummen, im Vergleich dazu ist die ganze bisherige sogenannte Euro-Rettung nichts als eine laue Aufwärmübung.

Aber gab es irgendeinen massiven Protest der Bundesregierung

und ihrer angeblich eisernen Sparkanzlerin? Ich habe nichts gehört. Ja, Herr Schäuble hat kürzlich vorgeschlagen, das Haftungsvolumen des ESM für die Banken auf 80 Milliarden Euro zu beschränken. Aber dass die Banken und Märkte nach dieser Ankündigung noch nicht einmal ein wenig nervös geworden sind, zeigt eben auch nur, dass sich inzwischen bis zum letzten Händler herumgesprochen hat, dass rote Linien für diese Bundesregierung nur dazu da sind, überschritten zu werden. Die Deutsche Bank wird wissen, warum sie es sich leisten kann, allein für 2012 wieder 3,2 Milliarden Euro an Boni auszusütten. Warum auch Eigenkapital bilden, wenn man eine Bundesregierung hat, die eine wunderbare Vollkasko-Verlustversicherung anbietet?

Wenn die Bundestagswahl erst einmal überstanden ist, dann ist ohnehin alles egal – so kalkulieren Sie doch. Deshalb gibt es auch die Giftlisten von der weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zu weiteren Angriffen auf die Renten, die bekanntermaßen längst in Ihren Schubladen lagern; und das Schlimme ist, dass man leider damit rechnen muss, dass eine SPD unter Herrn Steinbrück dies alles auch wieder genauso brav mittragen wird wie die ganzen Bankenrettungspakete der letzten Jahre.

Der Chef des Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, hat Ihnen bekanntlich vorgeworfen, dass Sie mit Ihrer Politik faktisch eine negative Vermögensteuer eingeführt haben; und ich finde, er hat recht. Eine positive Vermögensteuer ist bekanntlich, wenn Millionäre jährlich einen gewissen Prozentsatz ihres Vermögens an die Allgemeinheit dafür abgeben müssen, dass ordentliche Schulen, gute Krankenhäuser und eine auskömmliche Rente finanziert werden können.

Eine negative Vermögensteuer bedeutet natürlich das Gegenteil: Die Allgemeinheit muss auf ordentliche Schulen, gute Krankenhäuser und auskömmliche Renten verzichten, weil ein großer Teil der Steuereinnahmen dafür verschwendet wird, Millionäre vor Vermögensverlusten zu bewahren. Das ist die Politik, die Sie machen!

Sie sorgen für eine negative Vermögensteuer. Wir sagen, wir wollen, dass endlich die Millionäre und Multimillionäre und diejenigen, die von den ganzen miserablen Geschäften in den letzten Jahren in Europa profitiert haben, zahlen.

Ihre Politik macht Europa kaputt. Ihre Politik macht die Demokratie in Europa kaputt. Diese Politik wird weiterhin auf unseren massiven Widerstand stoßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Michael Meister, CDU/CSU:

Richtige Strukturen für Europa



Michael Meister (*1961)
Wahlkreis Bergstraße

Herr Kollege Steinbrück hat ein bemerkenswertes Zitat des amerikanischen Präsidenten Barack Obama gebracht, nämlich, Schuldenabbau sei kein Plan. Wenn das hier irgendein Kollege aus dem Deutschen Bundestag gesagt hätte, dann hätte ich unterstellt: Er weiß nicht ganz, was er sagt. Bei einem ehemaligen deutschen Finanzminister darf man das, glaube ich, aber schon annehmen.

Barack Obama wird nach eigenen Planungen und nach Aussage des Budget-Büros des amerikanischen Kongresses in seiner Amtszeit voraussichtlich so viele Schulden machen wie alle amerikanischen Präsidenten innerhalb von 230 Jahren vor ihm. Wenn man vor diesem Hintergrund sagt, Schuldenabbau sei kein Plan, dann, so muss ich sagen, leidet man unter einer massiven Wahrnehmungsstörung. Wir erleben in den USA, in Japan, in Europa und weltweit nicht eine Diskussion über die Frage, wie Schulden abgebaut werden, sondern wir erleben in einem historisch noch nie dagewesenen Maße, wie Schulden aufgebaut werden. Herr Steinbrück, das, was Sie vertreten, ist wider besseres Wissen unverantwortlich für die Nachhaltigkeit und für künftige Generationen.

Es geht ums Maßhalten und nicht darum, dass das Land oder Europa in unmäßiger Weise kaputtgespart würden.

Ich will einen zweiten Präsidenten zitieren, weil Sie, Herr Steinbrück, so sehr schön gesagt haben, für die Wettbewerbsfähigkeit in Europa

müssten die Volkswirtschaften mehr zusammenrücken. Ja, wenn wir unsere Währung dauerhaft gemeinsam bewahren wollen, dann müssen sich die Leistungskräfte der Volkswirtschaften annähern. Abraham Lincoln hat aber gefragt: Kann ich wirklich den Schwachen dadurch stark machen, dass ich den Starken schwäche?

Nein, meine Antwort ist: Wir brauchen eine Lösung, mit der wir alle Volkswirtschaften in Europa stärker machen, damit sie auch global wettbewerbsfähig sind.

Wenn wir unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat behalten wollen, dann werden wir das nur über die Wettbewerbsfähigkeit in der Weltwirtschaft schaffen. Deshalb brauchen wir ein Programm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Sie haben die Lissabon-Strategie angesprochen, die vom Bundeskanzler der Sozialdemokraten, Gerhard Schröder, ausgehandelt wurde. In diesem Papier hat man sich tolle Ziele gesetzt. Anschließend hat man aber vollkommen darauf verzichtet, zu überprüfen, ob die Ziele von den Einzelnen auch eingehalten werden.

Ich sage einmal: Hier haben wir etwas anderes. Die amtierende Bundeskanzlerin hat sich zwar für etwas Ähnliches eingesetzt, nämlich den Euro-Plus-Pakt, aber darin werden nicht nur Ziele zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit verabredet, sondern man hat auch ein enges zeitliches Monitoringsystem festgelegt, durch das genau geprüft wird, ob das, was man vereinbart hat, auch gemacht wird. Das ist der Unterschied zwischen der Politik von Sozialdemokraten und der Politik von Christdemokraten: Wir nehmen sie verantwortlich wahr, und Sie betreiben eine Laissez-faire-Politik.

Damit sind wir am entscheidenden Punkt. Ihre Aussage, Herr Steinbrück, war: Mehr Geld und mehr Umverteilung in Europa lösen die Probleme in Europa. Nein, nicht mehr Geld und mehr Umverteilung, sondern die Beachtung der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in Europa lösen unsere Probleme. Umverteilung gehört eben nicht zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Wir nehmen Solidarität wahr. Deutschland nimmt seine Solidarität in dem neuen Finanzrahmen wahr. Deutschland nimmt seine Solidarität bei der Stabilisierung des Euro wahr. Aber zur sozialen Marktwirtschaft, Herr Steinbrück, gehört auch Eigenverantwortung. Da reicht es nicht, wenn man durch Europa reist und allen verspricht: Wir werden Euro-Bonds einführen,

die Haftung vergemeinschaften und gemeinsam für die Spareinlagen haften. Das hat nichts mit Eigenverantwortung zu tun, das ist Verantwortungslosigkeit. Wir brauchen Eigenverantwortung der einzelnen Länder. Jeder muss an der Stelle, wo er handelt, dafür auch die Verantwortung tragen, meine Damen und Herren.

Deshalb wird es mit uns keine gemeinsame Haftung für Spareinlagen geben.

Was den Restrukturierungsfonds angeht, lieber Herr Steinbrück, sind wir nicht der Meinung, dass wir ihn vergemeinschaften sollten. Wir kämpfen darum, dass er kommt und dass zunächst einmal – das ist das Wichtigste – die Eigentümer von Finanzinstituten Verantwortung tragen. Wir treten dafür ein, dass es im Rahmen des Restrukturierungsfonds eine Umlage gibt und der jeweilige Sektor beteiligt wird. Das sollten wir aber national machen. Wenn dann dieser Sektor überfordert ist, soll der jeweilige Staat eintreten. Erst in der letzten Stufe soll – wenn ein einzelner Staat überfordert ist – die Solidarität greifen.

Sie fordern, dass all diese Verantwortungsstufen nicht stattfinden und die Probleme grundsätzlich in Verantwortungslosigkeit von der Allgemeinheit gelöst bzw. vergemeinschaftet werden. Diesen Weg wollen wir nicht. Deshalb geht es nicht um die Frage, ob wir einen Restrukturierungsfonds haben wollen oder

nicht, sondern um die Frage, ob wir Verantwortung wahrnehmen oder verantwortungslos handeln, meine Damen und Herren.

Wenn man schon – das ist wunderbar – über Strukturreformen in Europa spricht – Sie haben die Lissabon-Strategie angesprochen –, darf man nicht nur anderen empfehlen, Strukturreformen durchzuführen, sondern muss bei sich selbst beginnen.

Die Sozialdemokraten feiern dieses Jahr ihren 150. Geburtstag.

Das wird überall groß thematisiert. Ich finde es jedoch bemerkenswert, dass Sie den 10. Geburtstag der Agenda 2010 nicht feiern. Der steht nämlich in wenigen Tagen an. Wenn wir in Europa über Strukturreformen reden, könnten wir doch auch den 10. Geburtstag der Agenda 2010 groß feiern. Wer wäre besser als der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten dazu berufen, solche Feierlichkeiten anzusetzen und groß durchzuführen? Denn damit haben wir es geschafft, Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen, Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen und endlich wieder Wachstum in Deutschland auf die Beine zu stellen. Meine Damen und Herren, wäre das nicht ein Grund, gemeinsam zu fei-

ern und zu sagen: Das war erfolgreiche gemeinsame Politik?

Sie haben von „lavieren“ gesprochen. Ich habe ein wenig den Eindruck, dass der Kanzlerkandidat um folgende Fragen herumlaviert: Soll er jetzt stolz sein? Soll er sich eher kritisch zeigen? Soll er vielleicht sogar vorschlagen, den einen oder anderen Reformschritt, der gemacht worden ist, wieder zurückzugehen? Ich nenne in dem Zusammenhang das Stichwort „Renteneintrittsalter“.

Es wäre nicht nur besser, festzustellen, dass das die richtige Richtung war, sondern auch richtig, klar und deutlich zu sagen: In der Zukunft brauchen wir in Deutschland mehr Strukturreformen. Wir werden sie anpacken, und dann sollte ein Wettbewerb bzw. Wettlauf in Bezug auf die Frage beginnen, was die richtigen Strukturreformen in unserem Lande sind.

Weil Sie vorhin dazwischengerufen haben, will ich Sie darauf hinweisen, dass Sie in der letzten Woche einen Koalitionsvertrag in Niedersachsen abgeschlossen haben. Dort haben Sie zu dem Thema Folgendes vorgeschlagen: Erstens. Wir machen mehr Schulden. Zweitens. Wir erhöhen die Steuern und Belastungen für die Menschen. – Ich weiß nicht, ob das die Strukturreformen sind, die

wir brauchen, ob das in die richtige Richtung weist.

Meine Damen und Herren, wir müssen dieses Europa auch wollen, und das heißt, dass wir integrieren müssen. Bei dem Gipfel hat mir sehr gut gefallen, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gab und dass es gelungen ist, trotz schwieriger Fragen und unterschiedlicher Interessen die beiden großen Länder zusammenzuhalten. Außerdem hat mir sehr gut gefallen, dass Großbritannien ausdrücklich integriert und nicht an den Rand gestellt worden ist. Wir werden, wenn wir Europa erfolgreich gestalten wollen, Großbritannien innerhalb der Europäischen Union mit benötigen.

Deshalb wundere ich mich sehr, mit welcher Rhetorik man hier – zum Teil betrifft das auch Sozialdemokraten im Europäischen Parlament – mit Großbritannien und der britischen Regierung umgeht.

Natürlich kann man eine „Wünsch-dir-was“-Politik betreiben. Wenn man beliebig viel Geld hat, kann man sich wünschen, für alle Ziele beliebig viel auszugeben. Es ist

im Leben aber nicht so, dass wir unbegrenzte Ressourcen haben und sagen können: Alle Wünsche dieser Welt werden erfüllt. Vielmehr ist mein Verständnis von Politik: Wir haben begrenzte Ressourcen. Wir haben begrenzte Mengen von Geld. Wir müssen Prioritäten setzen.

Da fängt es an. Herr Steinbrück, Sie haben eine Rede in der Art gehalten: Wir müssen Prioritätensetzung vermeiden. Wir möchten lieber mehr Geld ausgeben. – Wir sind der Meinung: Wir haben die Weichen von der Vergangenheit auf die Zukunft gestellt. Wir bauen das um, was bisher war, um in die Zukunft zu investieren. Wir führen Europa zusammen, und zwar über die Verbindungen von wichtigen Infrastrukturmaßnahmen: Das wird gestärkt. Wir fördern Forschung und Technologie: Das wird gestärkt. Wir fördern die Bildung in Europa: Das wird gestärkt. Das heißt, dort, wo Strukturen für die Zukunft aufgebaut werden, setzen wir Akzente, und es gibt mehr Geld, ohne dass der Finanzrahmen insgesamt ausgeweitet wird. Das ist die eigentliche Leistung, die an dieser Stelle zu würdigen ist.

Wir haben begrenzte Mengen von Geld. Wir müssen Prioritäten setzen.

Jürgen Trittin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die falsche Antwort auf Europa



Jürgen Trittin (*1954)
Landesliste Niedersachsen

die Erste ist, die Europa erklären muss. Ich kann Ihnen leider nach der heutigen Rede nur sagen: Das ist Ihnen erneut nicht gelungen.

Sie haben nicht einmal erklären können, warum Sie Europa etwas anderes aufzwingen, als Sie selber praktizieren.

Wie war das, als 2008 die Finanzkrise Deutschland heimgesucht hat? Da haben Sie gegen die Krise investiert: in sinnvolle Dinge wie Kurzarbeitergeld, energetische Gebäudesanierung; in weniger sinnvolle Dinge wie Abwrackprämie oder Commerzbank-Einlagen. Sie haben sich dafür zum Beispiel im Jahre 2008 vom Bundestag eine Kreditemächtigung in Höhe von 80 Milliarden Euro geben lassen. Zur Bekämpfung der Krise haben Sie massiv auf kreditfinanzierte Investitionen gesetzt.

Lieber Herr Brüderle, von wegen Schuldenabbau. Unter dieser Kanzlerin ist die Zahl der Staatsschulden in Deutschland um 500 Milliarden Euro gewachsen und die Schuldenquote von 63 auf 84 Prozent gestiegen.

Das ist Ihre Politik. Jetzt tun Sie nicht so, als seien Sie das nicht gewesen. Sie waren das.

Aber die Frage ist doch: Was tun Sie in einer Situation, in der in Europa Banken zusammenkrachen, in der in Spanien massenhaft Häuser geräumt und Menschen um ihre Wohnung gebracht werden, in der die Hälfte der jungen Menschen arbeitslos ist und wir eine Entwicklung erleben, die nicht nur dieses Gemeinwesen, sondern die Idee eines gemeinsamen Europa wirklich in Gefahr zu bringen beginnt?

Ich will zitieren, was Sie in dieser Situation machen. Mit rund 960 Milliarden Euro – Zitat der Kanzlerin –:

wird der EU-Finanzrahmen der erste Rahmen sein, der keinen Aufwuchs gegenüber der letzten Finanzperiode verzeichnet ...

Das ist ein Euphemismus, und Euphemismus ist ein Fremdwort für eine politische Lüge. Dieser Finanzrahmen ist der erste, der gekürzt wird, und zwar um 3,7 Prozent.

Das heißt, Sie kürzen in einer ökonomischen Krise den EU-Haushalt. Das, liebe Frau Bundeskanzlerin, ist nicht mehr Europa; das ist weniger Europa, und das ist unverantwortlich.

Wer in der Krise nur konsolidiert und nicht investiert, der verschärft,

verlängert und verteuert die Krise. Sie wissen, dass das nicht funktioniert. Das hat Ihnen der Internationale Währungsfonds – es ist schon bizarr, dass Grüne sich jetzt auf den Internationalen Währungsfonds berufen müssen – dieser Tage ins Stammbuch geschrieben. Für jeden öffentlich eingesparten Euro in den Krisenländern schrumpft die Wirtschaft um mehr als einen Euro. Sie müssen sich diesen Konsequenzen doch endlich einmal stellen.

Nun könnte ich mich noch auf folgende Frage einlassen. Sie haben einen schwierigen Job, und da ist auch David Cameron mit seinen europafeindlichen Konservativen und einer übrigens verantwortungslosen Opposition in Großbritannien.

Sie haben sich doch genauso feige verhalten wie Cameron. Statt für Europa und für mehr Gemeinsamkeit zu streiten, haben Sie klein beigetragen. Was hätte es denn gekostet, sich auf den Standpunkt zu stellen, zu -sagen: „Wir kürzen das Volumen nicht, und innerhalb dieses Volumens regeln wir alles durch andere Prioritäten“? Was wäre passiert, wenn Herr Cameron sich darauf nicht eingelassen hätte? Gar nichts. Es wäre bei dem alten Volumen geblieben. Das wäre übrigens Rechtssicherheit gewesen. Das, was Sie produziert haben, ist ein Dauerkonflikt. Aber was sind denn das für Prioritäten bei dem, was Sie auf den Weg gebracht haben? Schlimmer als das abgesenkte Volumen finde ich die Prioritäten, die Sie mit diesem Haushalt setzen. Sie subventionieren,

Ich komme zu dem wichtigen Thema „junge Menschen in Europa“. Wie wollen wir Europa gestalten, wenn wir die Jugend nicht mitnehmen? Beim Thema „junge Menschen“ ist dem Kollegen Steinbrück eingefallen, darauf hinzuweisen, man bräuchte mehr Geld. Ja, in diesem Finanzrahmen gibt es mehr Geld. Aber ist das Problem wirklich mit mehr Geld gelöst? Ich glaube, wir brauchen die richtigen Strukturen. Auch dafür haben wir einen Vorschlag.

Ich glaube, wir haben richtige Strukturen. Wir sollten mit unseren Freunden in Europa darüber reden, ob wir mit diesen richtigen Strukturen Europa voranbringen und damit auch mehr jungen Menschen eine Perspektive eröffnen können.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank, Frau Bundeskanzlerin, für das Ergebnis. Ich hoffe, dass auch bei den Kollegen im Europäischen Parlament die Klugheit und Einsicht vorhanden sind, die Flexibilität des Finanzrahmens und die Frage der Evaluierung zu erkennen und dem zuzustimmen, sodass wir Europa auf sicherer Grundlage in die Zukunft führen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

statt zu investieren. Dieses Verhandlungsergebnis ist rückwärtsgerichtet; es ist unökologisch und unsozial. Sie bedienen eine Klientel, und Sie beschneiden Zukunftsinvestitionen.

Meine Damen und Herren, Ihr Haushalt ist die falsche Antwort auf Europa. Sie werden in einen massiven Konflikt mit dem Europäischen Parlament kommen. Ich wünsche Elmar Brok, Markus Ferber und wie die anderen Vertreter der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament heißen mehr Rückgrat, als Sie es gegenüber David Cameron bewiesen haben.

Ich wünsche uns allen, dass damit aufgehört wird, bei Verhandlungen in Europa dem nationalen Affen Zucker zu geben. So erklären Sie Europa nicht stärker, und weil das so ist, freue ich mich jetzt doch auf die Rede des Bundespräsidenten morgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Johannes Singhammer (CDU/CSU), Michael Roth (SPD), Bettina Kudla (CDU/CSU), Alexander Ulrich (DIE LINKE) sowie Veronika Bellmann und Roderich Kiesewetter (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung / 222. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 21. Februar 2013

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie verschließen die Augen vor der Realität



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Wir haben diese Debatte auf die Tagesordnung gesetzt, weil Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Augen vor der Realität in diesem Land weiterhin verschließen wollen und weil wir Ihr Verzögern und Verschieben leid sind. Wir sind es leid, eine Spaltung der Gesellschaft zu haben, die sich immer weiter vertieft, während Sie noch nicht einmal bereit sind, sich mit dem Armuts- und Reichtumsbericht zu beschäftigen. Seit letztem Sommer verschieben Sie wieder und wieder die Verabschiedung des Berichts – Diskussion gleich null.

Es ist zugleich gravierend, dass Sie nicht einmal die Kritik aus der Zivilgesellschaft, die Ihnen deutlich gemacht hat, worum es geht und was alles in diesem Bericht fehlt, auch nur im Mindesten zur Kenntnis oder auch ernst nehmen. Egal ob es die Initiative für Wohnungslose ist, ob es die Caritas oder die Diakonie ist, alle haben Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie sich endlich mit der Realität der Armut in diesem Land auseinandersetzen müssen. Sie tun nichts. Sie verschieben und verzögern es. Es ist Ihnen noch nicht einmal eine Kabinettsberatung wert, dass diese Gesellschaft gespalten ist. Das werden wir nicht akzeptieren.

Man kann es ganz einfach ausdrücken: Die Aussagen des Berichts passen einfach nicht in Ihre Schönwetterstrategie. Sie passen nicht in das neoliberale Weltbild der FDP. Ich sage einmal, welche Sätze Sie streichen wollen oder gestrichen haben: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ Gestrichen. „Einkommensspreizung ... verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.“ – Gestrichen.

Alleinstehenden mit Vollzeitjob reiche der Stundenlohn nicht für ei-

ne Sicherung des Lebensunterhalts. – Gestrichen. Sie versuchen, die soziale Realität in diesem Land durch Zensur zu verschleiern. Ich sage Ihnen klar: Wir brauchen eine andere, eine soziale Politik.

Was ist denn die Realität? Ich fange einmal bei den Niedriglöhnen an. Fast 8 Millionen Menschen in unserem Land leben von Niedriglöhnen. Das sind übrigens mehr Menschen, als in den vier größten deutschen Städten – Berlin, Hamburg, München und Köln – zusammen wohnen. Die schieren Zahlen sind schon erschreckend. Die Mehrheit der Bevölkerung, die Gewerkschaften, zunehmend auch die Arbeitgeber und, ja, auch eine Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sagen klar und deutlich: Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn.

Was machen Sie? Sie kündigen jetzt an, dass Sie vielleicht ein Gesetz machen wollen, in dem eine allgemeine Lohnuntergrenze festgelegt wird.

Sogar die FDP erkennt jetzt plötzlich und unerwartet, dass 3 oder 4 Euro vielleicht nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun haben.

Ich sage Ihnen klar und deutlich: Ihr Versuch, den Druck aus dem Kessel zu nehmen, wird scheitern; denn das, was Sie hier bieten, hat nichts mit einem gesetzlichen Mindestlohn zu tun. Es hat nichts mit einer wirklichen Verbesserung der Situation zu tun. Es ist wieder das Gegenteil; denn es hilft nicht. Es hilft nicht der Friseurin in Sachsen-Anhalt, es hilft nicht der Floristin in Thüringen und auch nicht der Bäckereiverkäuferin in Brandenburg. Sie werden weiter zu Niedrigstlöhnen arbeiten. Ich fordere Sie auf: Bekennen Sie endlich Farbe für den gesetzlichen Mindestlohn! Wir brauchen ihn dringend.

Ich sage Ihnen: Wir werden im Bundesrat dafür sorgen, dass es einen entsprechenden Gesetzentwurf gibt. 8,50 Euro sind – das wissen wir alle – nur ein erster Schritt, wenn es um menschenwürdige Löhne geht. Es freut uns sehr, dass es Kolleginnen – mit kleinem i – in der Union gibt, die deutlich machen, dass sie dem zustimmen. Ich kann Sie nur warnen: Blockieren Sie hinterher mit Ihrer Mehrheit im Bundestag nicht die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns! Er wird für die Gerechtigkeit und den Zusammenhalt in unserem Land gebraucht.

Wir sagen: Das gehört auf die Tagesordnung, und zwar ganz oben.

Zur Realität „prekäre Beschäftigung“. Ich rede von denen, die befristet arbeiten, in Teilzeit, in Leiharbeit, die sich mit Honorarverträgen über Wasser halten.

Das betrifft inzwischen ein Viertel aller Beschäftigten. Hier geht es eben nicht mehr um den Einstieg in den Arbeitsmarkt – das war einst ganz vernünftig gedacht –, sondern darum, dass inzwischen durch Minijobs immer mehr reguläre Arbeitsplätze wegfallen. Hier geht es darum, dass diese Leute bei den Karrierechancen hintanstehen, dass sie bei Weiterbildung, ja selbst beim Urlaub und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse sind. Das können wir nicht wollen. Deswegen müssen wir das ändern.

Wir müssen endlich dafür sorgen – das hat nicht nur der Fall Amazon gezeigt –, dass wir eine klare gesetzliche Regelung für einen flächendeckend gleichen Lohn bekommen, der auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gilt.

Sie können sich dem nicht weiter verweigern. Sie können sich nicht hinstellen und sagen: Es ist uns egal, ob die einen für gerechten Lohn arbeiten, während die anderen auch noch befürchten müssen, schon übermorgen möglicherweise keinen

Job mehr zu haben, weil ihr Leiharbeitsverhältnis endet. – Sie können nicht wollen, dass Lkw-Fahrer in Deutschland überhaupt nicht mehr planen können, weil ganz schnell jemand in Leiharbeit für sie einspringt, der ein Drittel weniger verdient und ihnen den Job wegnimmt. Sie können nicht wollen, dass wir mit Mobilität und Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt immer nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meinen, aber nicht die Arbeitgeber, die für bessere Arbeitsbedingungen sorgen müssen. Hier muss der Staat einspringen. Deswegen sagen wir ganz klar: Die Regelungen zur Leiharbeit, die wir in Deutschland haben, brauchen eine Veränderung, nämlich gleichen Lohn für alle.

Zur Realität gehört natürlich auch die Ungleichheit. Es ist immer noch so, dass Frauen fast ein Viertel weniger verdienen als Männer. Sie bekommen 58 Prozent weniger Rente. Aber Sie reden von Leistungsgerechtigkeit.

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Lassen Sie den Quatsch mit dem Betreuungsgeld! Es mag zwar Herrn Seehofer helfen, Kitaplätze entstehen so aber nicht, und Wahlfreiheit bleibt ein Fremdwort.

Deutschland ist hier in Europa so weit hinten, dass es schon peinlich ist und man sich für diese Koalition fremdschämen muss.

Ja, so ist es. Lesen Sie nur einmal, was der Economist gerade erst über die „Supermodels“ Schweden und Norwegen geschrieben hat!

Lesen Sie, was dort zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu Fortschrittmöglichkeiten geschrieben steht!

Lesen Sie, wie man dafür sorgen kann, dass Leistung in einer Gesellschaft gerecht entlohnt wird, dass es Aufstiegschancen gibt und dass nicht diejenigen draußen bleiben, die immer schon draußen gewesen sind!

Das ist übrigens auch ökonomisch total sinnlos. Mehr Mädchen als Jungen machen Abitur, und mehr Frauen als Männer erwerben einen Studienabschluss. Dennoch sagen wir den Frauen: In einem Job brauchen wir euch nicht.

So ist der Fachkräftemangel vorprogrammiert. Das hat mit Ihrer Politik zu tun. Daher muss sie geändert werden.

Da ich gerade beim Thema Bildung bin, möchte ich klar sagen: Es ist und bleibt ein Skandal, dass die soziale Herkunft, der Migrationshintergrund, der Bildungsstand der Eltern und der Umstand, ob man alleinerziehend ist oder behindert, über die Chancen im Leben entscheiden. Wir leben quasi in einer blockierten Gesellschaft. Schwarz auf weiß hat das Statistische Bundesamt dies in dieser Woche bestätigt. Nur einer von zehn Gymnasiasten hat Eltern, die einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss haben. An den Hauptschulen ist die Situation genau umgekehrt: Weit mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einer Hauptschule haben Eltern, die einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss haben, während nur 12 Prozent von ihnen bei Eltern mit Abitur aufwachsen. Das zeigt doch ganz klar: Das ursprüngliche Versprechen der sozialen Marktwirtschaft: „Wenn du lernst und dich anstrengst, dann schaffst du es auch“, gilt für 2,5 Millionen Kinder, die in Armut leben, nicht mehr. Dass die Tochter einer Anwältin studiert, ist normal, bei der Tochter einer Putzfrau ist das eine Sensation. Arm bleibt arm, und ungebildet bleibt ungebildet – das ist die beschämende Realität. Wir sagen: Das wollen wir ändern, und das können wir auch ändern.

Sie leisten sich stattdessen eine billige Debatte über das Sitzenbleiben. Nein, es sind nicht nur ein paar -Promis, die jetzt dafür erhalten müssen, dass das nicht schadet. Es sind diejenigen, die sich eh abgehängt fühlen, denen wir sagen: Bleibt, wo ihr seid! Bleibt hocken, wir brauchen euch nicht! – Das hat nichts mit Leistungsfeindlichkeit zu tun. Das hat mit der Frage zu tun, ob wir eigentlich die Talente aller Menschen erkennen oder nur denen eine Chance geben wollen, die es sowieso schon besser haben. Wir brauchen eine andere Bildungspolitik, eine Bildungspolitik, die allen mit ihrem jeweiligen Talent einen Aufstieg garantiert und bei der nicht die Herkunft entscheidet, meine Damen und Herren.

Zum Schluss will ich klar und deutlich sagen: Wenn der Staat handlungsfähig werden soll, wenn es Chancengleichheit wirklich geben soll, dann bedeutet das auch, das Geld dafür bereitzustellen. Deswegen brauchen wir den Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Subventionsabbau und, ja, auch Steuererhöhungen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht macht deutlich: Die starken Schultern können mehr tragen. Das werden wir nach der Bundestagswahl berücksichtigen. Wir können etwas ändern, und wir werden etwas ändern. Dafür gibt es große Zustimmung in der Bevölkerung, die klar und deutlich sagt: Diese Regierung hat bei der sozialen Gerechtigkeit versagt, diese Regierung hat dabei versagt, den Staat bei maroden Schulen handlungsfähig zu machen, diese Regierung hat dabei versagt, den Staat handlungsfähig zu machen, wenn es darum geht, eine Infrastruktur aufzubauen, die tatsächlich allen hilft.

Ich sage Ihnen klar und deutlich: Ihre Politik nach dem Motto „Wir verschließen die Augen vor der Realität“ führt dazu, dass Sie schön weiter träumen können. Die Gesellschaft ist längst aufgewacht. Die Gesellschaft ist längst auf einer anderen Schiene. Die Gesellschaft sagt längst: Wir brauchen mehr Gerechtigkeit. Wir wollen mit den Schwächsten zusammenarbeiten, wir wollen mit ihnen auf Augenhöhe lernen, wie sie die vielen Probleme, die sie jeden Tag haben, auch tatsächlich bewältigen. Wir wollen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen die Realität anschauen.

Träumen Sie weiter! Wir machen eine andere Politik, ab 22. September.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie versuchen, die soziale Realität in diesem Land durch Zensur zu verschleiern.

Es ist Ihnen noch nicht einmal eine Kabinettsberatung wert, dass diese Gesellschaft gespalten ist.

Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU:

Die Menschen können sich selbst ein Bild machen



Matthias Zimmer (*1961)
Wahlkreis Frankfurt am Main I

Meine Damen und Herren, ich freue mich darauf, wenn der Bericht endlich der Öffentlichkeit vorgelegt werden wird; denn er wird zeigen, dass es den Menschen in der Bundesrepublik gut geht, dass sie nicht massenweise von Verelendung betroffen sind, wie es die Opposition behauptet. Diese Verelendung wollen Sie herbeireden. Es ist Wahlkampf. Richtig aber ist: Die sozialen Spannungen in Deutschland sind unter Rot-Grün gestiegen, unter der Regierung Merkel wurden sie deutlich abgebaut.

Lassen Sie uns einen Blick in die Zahlen werfen! Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet: Die Armutsgefahr hat in Deutschland zwischen 1999 und 2004 deutlich zugenommen, seither nicht mehr. Im Gegenteil, die Einkommensschere hat sich wieder geschlossen.

Das zeigt: Wo Rot-Grün regiert, geht es den Menschen schlecht.

Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel geht es den Menschen besser.

Ich bin mir sicher: Der Armuts- und Reichtumsbericht wird genau das auch bestätigen, und deswegen ist es an der Zeit, ihn zu veröffentlichen.

Nun höre ich häufig, die Armutsgefährdung in Deutschland steige. Fast 16 Prozent der Haushalte seien davon betroffen. Armutsgefährdet ist, wer über weniger als 60 Prozent des gewichteten Nettoeinkommens verfügt. Das ist eine häufig vorgenommene Definition der EU.

Das ist aber lediglich eine statistische Größe, lieber Herr Birkwald, und sagt über die Lebenslage der Menschen nichts aus. Sie ist zudem unsinnig.

Wenn in einer Gesellschaft wie Nordkorea alle Menschen hungern, ist gleichzeitig statistisch betrachtet keiner armutsgefährdet. Es hungern ja alle gleich, und weniger als

60 Prozent des gewichteten Nettoeinkommens hat keiner.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Wenn ein Land wie Irland durch die Bankenkrise in eine gefährliche gesamtwirtschaftliche Schiefelage kommt, kann das am Ende bedeuten, dass in der Krise weniger Menschen arm oder armutsgefährdet sind als in den Boomjahren. Das Medianeinkommen ist ja schließlich deutlich gesunken. Das zeigt, diese Begrifflichkeit taugt allenfalls für politischer Propaganda, als Messinstrument sinnvoll ist sie nicht.

Das gilt im Übrigen auch für den Begriff des Reichtums. Statistisch gesehen ist derjenige reich, der über 200 Prozent des gewichteten Medianeinkommens verfügt. Demnach wäre jemand mit 952 Euro und weniger im Monat armutsgefährdet, und reich wäre jemand ab einem Nettoeinkommen von 3 250 Euro. Also, zwischen armutsgefährdet und reich liegen – statistisch gesehen – gerade einmal 2 200 Euro an Nettoeinkommen. Das ist aus meiner Sicht ziemlich absurd. Es ist von der Begrifflichkeit her kontraintuitiv, weil es die landläufigen Meinungen darüber, was arm und reich ist, vollkommen infrage stellt.

Um es auf die Spitze zu bringen: Ein Student vor dem Abschluss des Studiums gilt in der Regel als armutsgefährdet oder arm. Mit seinem ersten Job kann er dann von einem Tag auf den anderen plötzlich reich werden. So schnell ändern sich die Lebenslagen, und das ist schon abenteuerlich: Arbeit kann zur Reichtumsgefährdung führen. – Bei Ihnen natürlich nicht, bei Ihnen wird ja der Reichtum sofort wieder besteuert.

Meine Damen und Herren, vielleicht ist es aber sinnvoll, sich andere Zahlen anzuschauen. Damit meine ich den sogenannten Gini-Koeffizienten, der das Maß an Ungleichverteilung in einer Gesellschaft untersucht. Die Werte reichen von 0 bis 1, wobei 0 die Gleichverteilung bedeutet und 1 die größtmögliche Ungleichverteilung, also eine Person das komplette Vermögen oder Einkommen erhält.

Nun geistert seit dem Buch von Richard Wilkinson und Kate Pickett mit dem deutschen Titel Gleichheit ist Glück die einigermaßen eigentümliche Vorstellung durch die Medien und durch die politische Debatte, dass eine Gesellschaft dann gerechter sei, wenn sie möglichst alles gleichmacht.

Ich stehe auf dem etwas altmodischen Standpunkt, dass neben der Verteilungsgerechtigkeit auch

die Leistungsgerechtigkeit berücksichtigt werden muss, aber lassen wir das einmal für einen Augenblick beiseite.

Für Deutschland zeigt sich zunächst einmal, dass die Ungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten, seit 2007 rückläufig ist, während sie von 2000 bis 2005 zugenommen hat. Das betrifft die Nettoäquivalenzeinkommen auf Haushaltsebene, also alle Einkommensarten. Etwas anders sieht es bei der Vermögensverteilung aus. Hier sind nach den letzten Zahlen von 2008 die Privatvermögen im Zeitraum von 1998 bis 2008 im obersten Dezil gestiegen. Allerdings sind in den Renten- und Pensionskassen angehäuften Ansprüche – anders als die Kapitallebensversicherungen – nicht berücksichtigt. Bezieht man diese sogenannten Sozialvermögen in Höhe von etwa 5 Billionen Euro in die Vermögensrechnung ein, entsteht auch hier ein erheblich gleichmäßigeres Bild hinsichtlich der Vermögensverteilung.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck: Die ganze De-

batte wird ohnehin zu sehr mit Blick auf lediglich materielle Faktoren geführt. Menschen können sich durchaus bei genügender materieller Grundausstattung als arm empfinden, wenn sie sozial vereinsamt sind, wenige oder keine persönlichen Netzwerke haben, wenn sie von Krankheiten geplagt sind oder sich in trostlosen Lebenslagen befinden. Umgekehrt können Menschen sich auch trotz geringer materieller Mittel ihr Leben als reich und glücklich vorstellen. Wohlstand und Lebensqualität sind keine ausschließlichen Funktionen des Einkommens. Dahinter steht auch die Frage nach einem guten Leben, einem gelingenden Leben. Dafür ist die materielle Ausstattung ein Faktor, aber für viele Menschen sicherlich nicht der wichtigste. Darüber führen wir gerade eine spannende Debatte in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Das ist vielleicht auch der Grund, warum wir es unterlassen sollten, uns künstlich arm zu reden, Frau Göring-Eckardt, wie Sie das heute getan haben. Armut ist ein relativer Begriff, zum einen relativ zu dem Einkommen oder Vermögen anderer, aber auch relativ zu anderen uns wich-

tigen Lebenschancen. Vieles davon können wir messen, vieles nicht. Den Menschen und seine Lebenschancen lediglich auf die materiellen Möglichkeiten zu reduzieren, erscheint mir falsch. Unsere Gesellschaft als eine zu denunzieren, in der Armut zunimmt, ist schief und falsch.

Es ist etwas, was Jonathan Swift einmal als eine politische Lüge bezeichnet hat. Sie müsste, so Swift, nur eine Stunde lang geglaubt werden ..., um ihr Werk zu tun; sie hat dann keinen Sinn mehr. Die Falschheit fliegt, und die Wahrheit

kommt hinterhergehinkt.

So ist es auch mit der Falschheit der Behauptung, in Deutschland nehme die Armut zu. Zunehmen tut lediglich der Druck der Oppositionsparteien, ein Thema zu finden.

Ich bin zuversichtlich. Sobald der Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht ist, können sich die Menschen selbst ein Bild machen und feststellen: Deutschland geht es gut, den Menschen hier geht es gut, und das hat viel mit der von der Union geführten Bundesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel geht es den Menschen besser.

Sigmar Gabriel, SPD:

Wir brauchen eine neue Diskussion der Verteilungsfragen



Sigmar Gabriel (*1959)
Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel

Herr Zimmer, die Opposition musste ja gar kein Thema suchen. Ihre Ministerin Frau von der Leyen hat einen Entwurf zum Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. In ihm steht alles, worüber Frau Göring-Eckardt und ich sowie andere Abgeordnete reden wollen. Aber Sie haben diesen dann kassiert und Streichungen vorgenommen.

Wir reden also nicht über etwas, das wir erfunden haben, sondern über etwas, das Ihre Ministerin der Öffentlichkeit geben wollte. Aber dann hat sich der Rest Ihrer Regierung verschoren, das nicht zu tun.

Jetzt reden wir einmal nicht über Statistiken, sondern über ein paar Lebens Sachverhalte; denn das, was die meisten Menschen an der Politik nervt, ist ihr Eindruck, wir hätten überhaupt keine Ahnung mehr davon, wie es im Alltag der Menschen aussieht. Deswegen, meine ich, sollten wir einmal darüber reden.

Herr Kollege, 6 Millionen Menschen gehen in Deutschland für weniger als 8 Euro in der Stunde arbeiten. Die Übersetzung lautet: Wer Vollzeit arbeitet, hat am Ende des Monats nicht einmal das, was jemand bekommt, der gar nicht arbeiten geht. Wissen Sie, wenn Sie über Lohnuntergrenzen reden und das verhandeln wollen – die CDU schlägt jetzt so etwas vor, die FDP will nicht einmal das –, dann verstehen Sie nicht, worum es bei die-

sem Thema geht. Es geht – darin haben Sie recht – nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern auch um den Wert und die Würde von Arbeit.

Es kann nicht wahr sein, dass Menschen hart arbeiten und am Ende des Monats so wenig haben, dass sie beim Sozialamt betteln gehen müssen.

Das wollen wir nicht mehr in Deutschland. Darum geht es bei dieser Debatte.

Aber das machen Sie doch nicht, Herr Kollege. Sie schlagen Lohnuntergrenzen vor, die Sie irgendwie verhandeln wollen. Da gibt es nichts zu verhandeln. Dieser Mindestlohn liegt heute bei 8,50 Euro, und er wird in den nächsten Jahren steigen müssen. Mit jedem Cent, den Sie diesen unterbieten, schicken Sie die Leute trotz Vollzeitarbeit zum Betteln beim Sozialamt. Das wollen Sie. Wir wollen das nicht. Ich finde, wir müssen in diesem Haus einmal festhalten, dass

Fortsetzung von Seite 9: Sigmar Gabriel (SPD)

es da Unterschiede zwischen uns gibt.

25 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen: Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Praktika. Jeder zweite neu zu besetzende Arbeitsplatz ist befristet. – Ich kann die Sonntagsreden, warum wir in Deutschland zu wenig Kinder haben, nicht mehr hören. Wir können das Kindergeld noch x-fach erhöhen; aber wenn junge Leute nach Fleiß in Ausbildung und Studium nicht einmal einen festen Arbeitsplatz kriegen, dann werden wir nicht mehr Kinder in Deutschland haben. Deswegen müssen wir wieder dazu kommen, dass es feste Arbeitsverhältnisse für gut Ausgebildete in Deutschland gibt.

Frauen – darauf hat Frau Göring-Eckardt schon hingewiesen – erhalten bei gleicher Arbeit fast ein Viertel weniger als Männer.

Arm trotz Arbeit, Herr Kollege, das ist ein zentrales Problem für unser Land; denn die Bundesrepublik Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und sozial sicher geworden, weil die soziale Kluft sich vergrößert hat, sondern weil sich Arbeit und Anstrengung für die Menschen – jedenfalls früher, in der Vergangenheit – gelohnt haben. Dies gilt heute nicht mehr. Deswegen haben wir in Ihrem Bericht und in vielen anderen erschreckende Zahlen gefunden:

12 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder unter der Armutsgrenze.

Mitten in Deutschland stehen täglich 1,5 Millionen Menschen für altes Brot Schlange, weil sie sich frisches nicht einmal mehr in den Discountläden leisten können.

2,4 Millionen Kinder sind armutsgefährdet, weil ihre Eltern, obwohl sie arbeiten, kein anständiges Einkommen haben.

Wir reden in Deutschland nicht nur über Altersarmut. Wir reden auch über Jugendarmut, Familienarmut, die Armut der Alleinerziehenden, die Armut der Menschen, die fleißig arbeiten und trotzdem keinen anständigen Lohn bekommen. Das alles, Herr Kollege Zimmer, wollen Sie der Öffentlichkeit verschweigen. Das ist kein Wunder; denn einen solch dramatischen Befund gab es in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik noch nicht.

Früher galt in unserem Land: Fleiß und Anstrengung lohnen sich. Heute führt nicht Leistung zum Aufstieg, sondern Beziehungen, Herkunft, Vermögen, im Zweifel Erbschaften. Deutschlands Nachkriegsgeschichte war gekennzeichnet von dem Versuch, die sozialen Differenzen abzubauen. „Wohlstand für alle“ war das Credo der so-

zialen Marktwirtschaft. Heute ist nach den Befunden des von Frau von der Leyen vorgelegten Entwurfs eher „Reichtum für wenige“ das Credo unserer Wirtschaft.

Herr Kollege Zimmer, nicht wir Sozialdemokraten, nicht die Grünen, nicht die Linken reden über Ungleichverteilung im Land, sondern der Bericht Ihrer Ministerin tut das. Ich zitiere einmal:

Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.

Etwas später heißt es: Das „verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“.

Das ist doch nicht Propaganda der Linkspartei; vielmehr ist das ein wörtliches Zitat von Frau von der Leyen, das Sie aus dem Bericht streichen wollen. Darum geht es hier in Deutschland.

Wir müssen die großen Vermögen stärker einbeziehen und für mehr Gerechtigkeit in Deutschland sorgen.

Nun raten Sie einmal, woher das stammt! – Aus „Lebenslagen in Deutschland“, dem von Ihrer Ministerin vorgelegten Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts. Tun Sie doch nicht so, als hätten wir uns das ausgedacht. Vielmehr hatten Sie ausnahmsweise eine mutige Frau in Ihrer Regierung, die Sie mundtot gemacht haben. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik in Deutschland.

Als wären die Zustände selbst nicht schlimm genug, verstehen Sie, Herr Kollege Zimmer, offensichtlich nicht, warum das, was Sie da in der Regierung gemacht haben, die Öffentlichkeit so sehr ärgert. Da erklärt Ihr Vizekanzler von der FDP, er halte diesen ganzen Bericht von Frau von der Leyen für Unsinn und wolle ihn erst einmal – wie haben Sie das so schön gesagt? – „in die Ressortabstimmung geben“.

Die Kanzlerin assistiert ihm brav – ich zitiere –:

Jetzt wird dieser Bericht ... abgestimmt in der Bundesregierung – da ist noch nicht einmal die erste Runde gelaufen. Und dann werden wir das im November – das ist auch schon vorbei – im Kabinett beraten. Und ich bin ganz optimistisch, dass wir dann einen gemeinsamen Standpunkt haben.

Sie verstehen gar nicht, worum es bei diesem Bericht geht. Der Bericht fordert nicht einen gemeinsamen Standpunkt von Ihnen, und die Wirklichkeit kann man nicht „ressortabstimmen“. Der Bericht soll vielmehr sagen, was in Deutschland los ist.

Es geht um die Wirklichkeit; die wollte Frau von der Leyen schildern, und die haben Sie jetzt versucht zu fälschen. Genau dieser Fälschungsversuch wird Ihnen öffentlich vorgehalten, aber doch nicht von uns: Der renommierteste Sozi-

alhistoriker unseres Landes, Hans-Ulrich Wehler, wirft Ihnen eine klare Täuschungsabsicht vor. Herr Kollege Zimmer, ich habe vorhin zitiert, und ich zitiere jetzt Professor Wehler. Er spricht wörtlich von einem „Bubenstück“ und von einer „Verstümmelung“ des neuen Armuts- und Reichtumsberichts. Er wirft der Bundesregierung – übrigens bis heute unwidersprochen; die wehren sich noch nicht einmal gegen das, was ihnen öffentlich vorgeworfen wird – vor:

Getäuscht wird am Ende der mündige Staatsbürger, dem man eine ehrliche Debatte offenbar nicht zumuten möchte.

Die Süddeutsche Zeitung stellt zu Ihrem Vorgehen fest: „Verwässert und verschleiert: Die Bundesregierung hat ... bewusst geschönt.“ Und der Herausgeber der FAZ, Herr Schirmmayer, wie ich vermute, kein Sozialdemokrat, wirft Ihnen in seinem aktuellen Buch vor, Sie betrieben „Umetikettierung“.

Sie in der Bundesregierung scheinen gar nicht zu merken, dass es nicht nur um Ihre Blindheit gegenüber der sozialen Lage geht. Um die geht es auch; das wäre für sich genommen schlimm, aber für die meisten auf unserer Seite des Hauses keine Überraschung. Vielmehr geht es hier vor allem auch darum, dass Sie, die Sie sich selbst eine bürgerlich-liberale Koalition nennen, einen der wichtigsten Werte einer bürgerlichen Demokratie mit Füßen treten, und zwar den Wert der Wahrhaftigkeit. Dass Sie diesen Wert mit Füßen treten, macht man Ihnen öffentlich zum Vorwurf.

Wissen Sie, wenn Sie in der CDU/CSU und in der FDP der Meinung sind, es gäbe in Deutschland keine sozialen Probleme, dann ist dies zwar falsch, aber Ihr gutes Recht. Was aber nicht geht, ist, dass Sie die Ihnen zugänglichen Informationen über die soziale Lage in Deutschland vor der Öffentlichkeit geheim halten. Ich zitiere noch einmal Herrn Wehler, der zu Recht sagt, dass die Bundesregierung „dem Staatsbürger fundamentale wichtige Informationen kaltblütig vorenthält“.

Vieles dürfen eine Bundesregierung und eine parlamentarische Mehrheit im Deutschen Bundestag tun; aber sie dürfen nicht, meine Damen und Herren, die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dieses Landes entmündigen. Genau dies versuchen Sie aber gerade.

Bislang war es übrigens eher in totalitären Staaten üblich, dass die Wirklichkeit gefälscht wurde, Statistiken verändert wurden, retuschiert wurde und Zensur ausgeübt wurde.

Das Bemerkenswerte an Ihnen ist, dass Sie nun auch versuchen, das Schicksal und den Lebensalltag, die Alltagswirklichkeit und die Lebensleistungen von Millionen von

Menschen zu tilgen, zu kürzen oder auszublenden.

Wer zu solchen Mitteln der kosmetischen Berichts Chirurgie greift, verhöhnt nicht nur die Betroffenen. Er schadet auch der demokratischen Öffentlichkeit, und er schadet der Demokratie in unserem Land, meine Damen und Herren.

Wissen Sie, jeder Beobachter, der Ihre Debatte über den Armuts- und Reichtumsbericht verfolgt, muss doch den Eindruck haben, dass er gerade live dabei ist und in das Innere einer politischen Fälscherwerkstatt gucken darf. Man weiß nicht so ganz genau, in welchem Teil der Regierung die Fälscherwerkstatt steht; aber man hat doch wirklich den Eindruck, dass dort politische Fälscher am Werke sind, und offensichtlich schämen Sie sich noch nicht einmal dafür. Übrigens finden Sie alle nötigen Kronzeugen dafür im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts, den Frau von der Leyen abgegeben hat. Sie hat dort geschrieben:

Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression über die Einkommensteuer hinaus -privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.

Das ist eine mutige Aussage. Wir sind gespannt, wie sie diese Ankündigung, die Ungleichverteilung der Lasten für das Gemeinwohl auszugleichen, umsetzen will.

80 Prozent der Gemeinwohllasten werden von den ganz normalen Menschen, die Lohnsteuer, Mehrwertsteuer oder Umsatzsteuer zahlen, getragen. Nur 12 Prozent der Gemeinwohllasten tragen die Einkommensbesitzer von Kapital und Vermögen. Daran wollte Frau von der Leyen offensichtlich etwas ändern. Sie offensichtlich nicht. Wir haben doch eine neue soziale Frage in unserem Land: Wie verteilen wir die Lasten für das Gemeinwohl wieder fair und gerecht? Wie kommen wir wieder zu einem neuen sozialen Ausgleich in unserem Land? Übrigens

12 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder unter der Armutsgrenze.

hat sich Frau von der Leyen in ihrem Bericht nicht auf uns berufen, sondern auf die Mittelstandsstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort geht es genau um diese Fragestellungen. Und Sie sind nicht bereit, das öffentlich zu diskutieren. Sie demonstrieren Ihre eigenen Wissenschaftler, selbst die, die Ihrer Partei angehören.

Meine Damen und Herren, Mindestlohn, Leih- und Zeitarbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und übrigens auch wieder Geld, um in Bildung zu investieren – das ist nötig. Denn wir sind doch längst auf dem Weg in eine Zweiklassengesellschaft. Ich wiederhole: Nicht Anstrengung und Leistung bringen den Aufstieg in unserer Gesellschaft, sondern Herkunft, Beziehungen, hohe Vermögen, Erbschaften.

Dass Sie von der FDP bzw. der CSU das dufte finden, kann ich mir gut vorstellen. Das ist ein Milieu, in dem Sie sich gut auskennen. Das wissen wir, meine Damen und Herren.

Aber wir wollen, dass die Tochter des iranischen Einwanderers in Neukölln wieder die gleichen Chancen hat wie der begüterte Unternehmersohn aus Schwaben. Dazu werden wir auch mehr in Bildung investieren müssen.

Wir wollen Ihre Lebenslügen nicht mitmachen, die vor Wahlen immer lautet: Keine Sorge, wir senken Schulden. Keine Sorge, wir geben mehr für Bildung aus und natürlich werden wir auch noch die Steuern senken. – Nein, wir werden für einige, nicht für alle, in Deutschland die Steuern anheben müssen, damit alle wieder mehr davon haben. Wir werden den Spitzensteuersatz erhöhen. Wir werden Kapital- und Vermögenseinkommen stärker besteuern. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, damit die ganz normalen Menschen nicht mehr so viel dafür bezahlen müssen, wenn wir wieder in Bildung, in Infrastruktur und in die Sicherheit unserer Städte und Gemeinden investieren. Darum geht es.

Sie wollen daraus eine Neiddebatte machen.

Es ist ganz interessant, wenn man sich das, was Sie normalerweise bürgerliche Presse nennen, durchliest. Dort schreiben nämlich diejenigen, die etwas von bürgerlichen Werten, von Anstand, von Wahrhaftigkeit und von Fairness verstehen. Letzten Samstag schrieb Eckhard Fuhr in der Welt – das ist auch nicht gerade das Zentralorgan der deutschen Linken –:

Die Soziale Ungleichheit in Deutschland ist eben nicht das Resultat einer freien Gesellschaft, sondern sie ruht auf Vermachtung, Verkrustung und Abschottung.

Er fügt hinzu:

Wer hier aber wieder nur eine neue „Neiddebatte“ heraufziehen sieht, versteht nicht, was die Stunde geschlagen hat.

Genau das passiert bei Ihnen.

Für uns steht fest: Der Sozialstaat ist die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts gemeinsam mit einer demokratischen Verfassung. Dieser Sozialstaat muss alles dafür tun, damit ererbter Status nicht zum Schicksal wird. Wir wollen nicht, dass die Frage der Herkunft das Schicksal der Menschen bestimmt. Dafür müssen wir allerdings die Verteilungsfragen wieder auf unsere Tagesordnung setzen. Wir brauchen eine neue Verteilung der Gemeinwohllasten und eine neue Verteilung von Chancen in unserem Land. Dafür allerdings braucht unser Land vor allem eines: eine neue Regierung, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pascal Kober, FDP:

Diese Regierung steht an der Seite der Menschen



Pascal Kober (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Liebe Schwester im Glauben Katrin Göring-Eckardt, vielleicht wissen Sie von der Armutsdenschrift unserer gemeinsamen Kirche: Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Da werden wir Christinnen und Christen aufgefordert, populistischen Dramatisierungen entgegenzuwirken.

Liebe Katrin Göring-Eckardt, ich fordere Sie auf: Wirken Sie Sigmar Gabriel entgegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, der Armuts- und

Reichtumsbericht beschreibt Erfolge, die auch durch noch so populistische Reden nicht wegzudefinieren sind. Er beschreibt sicherlich auch Aufgaben.

Wer aber wie Sie von Rot und Grün die steuerliche Entlastung der kleinen Einkommen verhindert, wer wie Sie von Rot und Grün sich an den kleinen Einkommenserhöhungen bereichern will, die kleinen Einkommen belasten will und den Abbau der kalten Progression im Bundesrat verhindert, der sollte – das ist meine Auffassung – beim Thema soziale Gerechtigkeit wesentlich bescheidener auftreten, als Sie es heute tun.

Wer wie Sie von Rot-Grün zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen oder wie Sie von Grün-Rot in Baden-Württemberg durch Verschuldung die Zukunftschancen künftiger Generationen gefährdet, der sollte beim Thema soziale Gerechtigkeit wesentlich bescheidener auftreten, als Sie es heute hier tun.

Wer wie Sie in Ihren Wahlprogrammen Steuererhöhungen in Milliardenhöhe für den Mittelstand fordert und damit den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen in unserem Land billigend in Kauf

nimmt, auch der sollte zum Thema soziale Gerechtigkeit schweigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es Ihnen wirklich um die Menschen ginge, würden Sie eine andere Politik machen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün und Rot, ich nehme es Ihnen nicht ab, dass es Ihnen um die Menschen geht. Ihnen geht es um die Macht, und da ist Ihnen jede populistische Dramatisierung recht. Was herauskommt, wenn Sie regieren, das haben wir in sieben

Jahren rot-grüner Bundesregierung erlebt und erleben es in verschiedenen Ländern auch heute noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen doch anerkennen: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatten so viele Menschen eine Arbeit wie heute. Ja, nicht jeder Arbeitsplatz ist perfekt; aber jeder Arbeitsplatz bietet eine Chance und ist besser als keiner.

Noch nie seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen gab es in Deutschland so wenige Transfer-

empfänger wie heute. Das Risiko für Kinder, in Armut aufzuwachsen, ist heute eindeutig rückläufig, und zwar erstmals seit langer Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, wenn Sie das nicht anerkennen, wenn Sie darüber hinwegsehen, dann frage ich mich, ob Sie überhaupt ein Herz oder ein Empfinden für die Sorgen der Menschen haben. Denn hinter all diesen Zahlen, hinter all diesen Statistiken stehen Hunderttausende Menschen, die nachts wieder schlafen können und tagsüber wieder eine Perspektive für sich und ihre Familien sehen.

Hören Sie auf, den Abbau der kalten Progression im Bundesrat zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, hören Sie auf, die Sachen so zu dramatisieren! Arbeiten Sie lieber an vernünftigen Konzepten und unterstützen Sie diese Regierungskoalition bei ihren Erfolgen für die Menschen!

Wir versprechen den Menschen kein Schlaraffenland – das kann Politik nie. Aber die Menschen in unserem Land wissen, dass sie sich darauf verlassen können, dass diese Regierungskoalition hart daran arbeiten wird, dass jeder in diesem Land seine Chance erhält, wieder einzusteigen und aufzusteigen. Deshalb investiert ja diese Regierungskoalition so wie keine zuvor in Bildung. Deshalb investiert die-

se Regierungskoalition so wie keine zuvor in eine bessere Kinderbetreuung.

Deshalb hat diese Regierungskoalition zu Beginn der Legislaturperiode gerade die Familien um insgesamt 8,5 Milliarden Euro entlastet. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die Arbeitsvermittlung in Deutschland so stark und effizient aufgestellt wie noch nie in der Geschichte. Deshalb strengen wir uns bei der Konsolidierung der Haushalte an wie noch keine Regierungskoalition zuvor, damit auch künftige Generationen eine Chance haben. Deshalb wollen wir, dass die kleineren Einkommen in einem weiteren Schritt jetzt endlich einmal entlastet werden.

Hören Sie auf, den Abbau der kalten Progression im Bundesrat zu verhindern! Das ist Ihre Aufgabe. Es liegt in Ihrer Verantwortung, in diesem Bereich etwas zu tun.

Diese Regierung hat mit dem Armuts- und Reichtumsbericht und vor allen Dingen mit den aktuellen Zahlen der letzten Monate, die im Armuts- und Reichtumsbericht gar nicht erfasst sind, gezeigt, dass sie an der Seite der Menschen steht. Mit unserem Powerpaar aus Niedersachsen, Ursula von der Leyen und Philipp Rösler, arbeiten wir erfolgreich für die Menschen und helfen wirklich da, wo Hilfe nötig ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Katja Kipping, DIE LINKE:

Um Armut zu verhindern, braucht es bessere Kräfteverhältnisse



Katja Kipping (*1978)
Landesliste Sachsen

Uns liegt nun der zweite Entwurf – wohlgemerkt: Entwurf – des 4. Armuts- und Reichtumsberichts vor. Ob es Schwarz-Gelb schafft, sich im März endlich auf eine endgültige Version zu einigen, ist noch ungewiss. Das Ganze dauert deswegen so lange, weil FDP und CDU/CSU

jede kritische Aussage darin fälschen.

Leider ist meine Redezeit begrenzt; deswegen kann ich nur ein Beispiel von mehreren nennen. Noch im ersten Entwurf stand die Tatsache, dass in den vergangenen zehn Jahren die Einkommen der unteren Gruppen – preisbereinigt – gesunken sind. Dazu hieß es – ich zitiere aus dem ersten Entwurf –:

Eine solche Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Das ist ein schlichter Fakt.

Dass viele Menschen in diesem Land von ihrer Arbeit nicht leben können, das ist traurige Realität. Aber selbst hier versucht Schwarz-Gelb sich im Schönfärben.

Wir halten also fest: Schwarz-Gelb lässt unerwünschte Abschnitte streichen. Sie versuchen diesen politischen wichtigen Bericht zu sterilisieren, und das Ganze läuft nach

dem Motto „Ich mache mir den Bericht, widde widde wie er mir gefällt“. Was bei einer Kinderbuchheldin wie Pippi Langstrumpf vielleicht noch ganz nett ist, ist für eine Bundesregierung bloß noch peinlich.

Anstatt Berichte zu schönen, sollten Sie lieber die Wirklichkeit verbessern. Ich finde, einer Regierung, die beim Armuts- und Reichtumsbericht Verschleierung betreibt, der muss man die Verantwortung entziehen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass in Zukunft eine unabhängige Kommission die Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts übernimmt, in der Fachleute, Betroffene, Sozialverbände und Gewerkschaften mitwirken.

Nun konnte auch Schwarz-Gelb nicht alle Fakten aus dem Bericht streichen. Insofern finden wir auch

bemerkenswerte Angaben, zum Beispiel zur Vermögensverteilung. So heißt es: Die ärmsten 50 Prozent der Haushalte verfügen lediglich über 1 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die reichsten 10 Prozent über die Hälfte des Nettovermögens verfügen. – Das muss man sich vergegenwärtigen: Die ärmste Hälfte der Bevölkerung verfügt über 1 Prozent des Nettovermögens, und die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über die Hälfte der Vermögen.

Hier zeigt sich eine einfache Tatsache: Die Armut der vielen geht einher mit dem Reichtum von wenigen.

Dass viele Menschen in diesem Land von ihrer Arbeit nicht leben können, ist traurige Realität.

Das ist das Problem. Wer etwas gegen Armut unternemen will, der darf zum Reichtum nicht schweigen.

Deswegen wollen wir als Linke Milliardäre, Spekulanten und Konzerne zur Kasse bitten.

Im Gegensatz zu anderen haben wir den Biss nach oben, und dafür haben wir gute Gründe:

Erstens. Die öffentliche Hand braucht Gelder, um Armut zu verhindern, um Teilhabe zu garantieren, um das Öffentliche für alle zu-

gänglich zu machen. Dass alle mit Bus und Bahn mobil sein können, und zwar barrierefrei, dass alle einen Kitaplatz bekommen, dass es ein warmes, gesundes Mittagessen für jedes Kind gibt, das ist doch nicht zu viel verlangt!

Um dies zu finanzieren, müssen wir die Millionäre stärker besteuern.

Der zweite Grund, warum wir Reichtum stärker besteuern wollen, ist der, dass inzwischen die Einkommen in diesem Land so weit auseinanderklaffen, dass man das wahrlich nicht mehr mit Leistungsunterschieden begründen kann.

Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele nennen. Ein Zugbegleiter im Nachtverkehr erhielt im Jahr 2011 rund 28 600 Euro brutto im Jahr. Der Bahnchef Grube ist bestimmt ein fleißiger und guter Mann, aber mit seinen gut 2,5 Millionen verdient er das 86-Fache davon. Wie, bitte schön, will man das 86-Fache eines Zugbegleiters im Nachtverkehr leisten?

Anderes Beispiel. Eine Reinigungskraft, die zum Beispiel in einer Bank in den neuen Bundesländern saubermacht, verdient, wenn es gut läuft, im Jahr brutto 21 000 Euro. Der Chef der Deutschen Bank,

Fortsetzung von Seite 11:
Katja Kipping (DIE LINKE)

Ackermann, erhielt das 447-Fache. Glauben Sie wirklich, der leistet das 447-Fache einer Reinigungskraft?

Das zeigt doch deutlich, dass die Managergehälter und die Vorstandsvergütung in diesem Land völlig außer Rand und Band sind.

Wir meinen: Eine solche Spreizung führt zu einer Zerreißprobe für die Demokratie. Deswegen heißt die Agenda der Linken: Armut verhindern, Reichtum umverteilen, Managergehälter begrenzen!

In den Debatten über den Armuts- und Reichtumsbericht haben wir auch so einiges über das Demokratieverständnis der FDP erfahren. Wir sprachen schon darüber, welche Stellen die FDP alle streichen ließ, weil sie nicht in ihre Ideologie passten. Besonders bezeichnend fand ich aber das Agieren eines FDP-Vertreters bei einer Debatte über den Armutsbericht am Montag: Ein Bündnis aus Sozialverbänden und Betroffeneninitiativen hat Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen. Als nun der FDP-Abgeordnete ausführte, warum er den Hartz-IV-Regelsatz ausreichend findet, gab es kritische Zwischenrufe. Ja, es gab Unmutsbekundungen. Aber, unter uns: Wir gehen hier manchmal ruppiger miteinander um, als die Betroffenen dort mit Ihnen umgegangen sind.

Daraufhin meinte der FDP-Abgeordnete: Wenn Sie so mit uns umgehen, erreichen Sie nur, dass wir nicht wieder zu Ihren Diskussionen kommen. Da formulieren Betroffene ihren Unmut, und schon wird der Dialog abgebrochen?

Ist das das Demokratieverständnis der FDP? Suchen Sie nur noch mit denen den Dialog, die Sie beklatschen oder hohe Spenden überweisen? Ist das Ihr Demokratieverständnis? Erwerbslose dürfen nur klatschen, aber nicht kritisieren?

Wenn ja, ist das ein wahres Armutszeugnis.

Wenn man sich einmal vergewissert – damit komme ich zum Schluss –, wie schwer es ist, mit dem Regelsatz über die Runden zu kommen, wie schwer es ist, sich vom Regelsatz die Kosten für eine Brille abzusparen, dann muss man einsehen, dass kritische Nachfrage das Mindeste ist, womit man als gut bezahlter Abgeordneter klarkommen muss.

Ich und die Linke meinen: Es ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie, wenn sich Erwerbslose wie Beschäftigte, Behinderte wie Studierende kritisch zu Wort melden. Deswegen unterstützen wir natürlich Bündnisse wie das Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Deswegen unterstützen wir auch die Aktionen zum „Umfairteilen“-Aktionstag am 13. April. Um Armut in diesem Land zu verhindern, braucht es bessere Berichte, aber vor allen Dingen andere Kräfteverhältnisse.

(Beifall bei der LINKEN)

Max Straubinger, CDU/CSU:

Die Opposition hat kein Interesse an einer ernsthaften Debatte



Max Straubinger (*1954)
Wahlkreis Rottal-Inn

Es ist schon bemerkenswert: Wir führen heute eine Debatte, die auch von Grünen und SPD nicht ernsthaft geführt wird, sondern als Wahlkampfveranstaltung betrachtet wird.

Ja, natürlich. Sie alle wissen, dass wir hier über einen Bericht debattieren, den es noch gar nicht gibt. Am 6. März 2013 wird er dem Bundeskabinett vorgelegt und dann dem Parlament zugeleitet.

Sie wollen nicht auf der Grundlage von Daten und Fakten debattieren, sondern Sie wollen billige Polemik machen. Das hilft in keiner Weise den betroffenen Menschen in unserem Lande. Letztendlich führt das zu Frustration bei den Menschen draußen. Wenn Sie die ganze Zeit von Fälschung, Betrug und Ähnlichem reden,

Herr Vorsitzender der SPD, dann ist das niederste politische Kultur in diesem Hause.

Wir erleben, wie ernst Sie es meinen. Die SPD ist ja angeblich die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Ihr Kanzlerkandidat Steinbrück hat sich diesem Thema inzwischen angeblich auch verschrieben. Er hat sich aber schon wieder verdrückt. Er kam schnell zur Abstimmung, zum Hammsprung. Er ist aber nicht bereit, an der Debatte teilzunehmen. Darüber



Trotz Aufschwung oft zu sehen: Bettler in deutschen Innenstädten

hinaus geht er wahrscheinlich schon wieder seiner persönlichen Reichtumsmehrung nach.

Anders kann ich das nicht werten. Das zeigt sehr deutlich: SPD und Grüne haben überhaupt kein Interesse an einer ernsthaften Debatte.

Dies hat auch der Beitrag des Kollegen Gabriel hier bewiesen. Der Kollege Gabriel war auch einmal Kabinettsmitglied. Er müsste wissen, dass innerhalb eines Kabinetts grundsätzlich über Berichte, die die Bundesregierung vorzulegen hat, abgestimmt wird. Ich nehme an, auch der Kollege Gabriel musste in seiner Funktion als Umweltminister über so manchen Bericht im Kabinett mit dem Bundeswirtschaftsminister und den Vertretern der anderen Ressorts abstimmen.

Ich verstehe nicht, Herr Kollege Gabriel, wie Sie ein solches Vorgehen hier monieren können. Das zeigt sehr deutlich: Ihnen geht es nur um Polemik und um sonst gar nichts.

Es ist auch bemerkenswert, welches Bild hier von den Zuständen in unserem Land gezeichnet wird, um die wir insgesamt von allen Menschen in Europa und weit darüber hinaus beneidet werden. Sehr viele Menschen würden die angebliche Armut in Deutschland liebend gerne ertragen – insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass man hier nicht um Sozialleistungen betteln muss, Herr Gabriel, sondern Rechtsansprüche hat. Darauf sind wir stolz.

Das zeigt sehr deutlich, dass Sie letztlich keine parlamentarische, gute und fachlich fundierte Auseinandersetzung wollen; Sie wollen hier nur Polemik betreiben und sonst gar nichts.

Dann klagen Sie an, dass es angeblich eine ungerechte Verteilung gibt. Natürlich gibt es reiche Menschen in

Deutschland, und natürlich gibt es auch arme Menschen in Deutschland.

Aber reiche Menschen tragen auch einen Großteil dazu bei, dass viele Menschen bei uns in Arbeit und Brot sind. Das ist etwas Wichtiges. Sie zahlen vor allen Dingen auch Steuern. 8 Prozent der Bürger zahlen 50 Prozent der Einkommensteuer. Das ist ein großer Beitrag für soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

50 Prozent der Steuerzahler zahlen nur 10 Prozent der Einkommensteuer. Das zeigt sehr deutlich: Die starken Schultern tragen auch mehr in unserer Gesellschaft. Dies ist hier mit zu verdeutlichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon daran erinnern: Wir in Niederbayern sind mit BMW derzeit großartig gesegnet. Wir sind auch der Familie Quandt dankbar, dass sie in einer schwierigen Zeit bereit war, sich bei BMW und bei den

Glas-Werken in Dingolfing zu engagieren. Wir sind stolz darauf, dass es in Deutschland Aktionärinnen und Aktionäre gibt, die zum Wirtschaftsstandort Deutschland stehen und damit die Arbeitsplätze sichern.

Das war gerade auch im Wahlkreis von Stefan Müller mit der Firma Schaeffler der Fall. Vor vier Jahren, als es der Firma schlecht ging, sind 8 000 Menschen auf die Straße gegangen und haben für den Erhalt der Arbeitsplätze demonstriert.

Dafür hat die Familie Schaeffler gesorgt. Das muss auch einmal gesagt werden, statt dass ständig gegen reiche Leute in Deutschland polemisiert wird.

Sie sollten gegen Ihre eigenen Genossen polemisieren. Herr Zumwinkel hat sein Geld ins Ausland gebracht und es nicht einmal versteuert. Er gehört der SPD an, werte Damen und Herren.

Herr Kollege Gabriel hat von Bildungschancen gesprochen und gesagt, dass sie sich nicht nach der Herkunft richten sollten. Das ist richtig.

Wir stehen für die größten Bildungschancen in unserem Land. Die werden am besten in Bayern eröffnet, weil wir die fundierteste Bildungspolitik haben. Bei uns gibt es ein gutes Bildungssystem: Man macht einen Abschluss und kann danach darauf aufbauen. Man kann auch mit einem Hauptschulabschluss zum Schluss einen Hochschulabschluss bekommen. Dabei geht es nicht nach der Herkunft, Herr Kollege Gabriel. Besonders gut sind bei uns Migrantinnen und Migranten integriert.

Das Bildungssystem in Niedersachsen hat der damalige Bundeskanzler Schröder einmal skizziert: Ein bayerischer Schüler müsse, wenn er nach Niedersachsen umzieht, zwei Jahre in der Hängematte liegen, um auf das selbe Niveau zu kommen.

Das war das damalige Bildungssystem unter einer sozialdemokratischen Landesregierung.

Das zeigt sehr deutlich, was möglich ist, wenn wir mitzuentcheiden haben.

Dasselbe gilt letztlich auch für die Familienunterstützung. Sie wollen das Ehegattensplitting abschaffen. Sie wollen das Kindergeld, wenn es geht, sogar noch reduzieren, weil Sie der Meinung sind, dass Kitaplätze besser als das Geld für die Eltern sind; denn Sie unterstellen den Eltern, dass sie das Geld zweckentfremden und nicht für die Kinder ausgeben würden. So ist doch die Lage in unserem Land.

Sie wollen das Betreuungsgeld abschaffen, mit dem junge Familien unterstützt werden, die sich momentan der Kindererziehung hingeben wollen.

Wir wollen niemandem vorschreiben, wie er sich zu verhalten hat. Bei Ihnen ist es so:

Kaum ist das Kind auf die Welt gekommen, soll es in die Krippe gegeben werden, und die Mama muss sofort wieder am Arbeitsplatz erscheinen. Was ist das für ein Menschenbild, das Sie hier zeichnen?

Letztendlich geht es Ihnen darum, dass Sie über alles bestimmen wollen. Der damalige Abgeordnete Scholz hat einmal gesagt, dass er wieder die Lufthoheit über die Kinderbetten haben möchte. Das ist der Anspruch der Sozialdemokratie in unserem Land.

Noch einmal zur Herkunft: Herr Kollege Gabriel, ich muss Ihnen vorhalten, was in Nordrhein-Westfalen bei den Vorträgen in Bochum geschehen ist. Herr Steinbrück hat das Geld dort natürlich genommen.

Aber Uli Hoeneß, der mehr der CSU zugerechnet wird, hat darauf verzichtet. Das hat nicht nur mit Parteibuch und Herkunft, sondern auch mit Anstand zu tun.

Deshalb sollten Sie vor Ihrer eigenen Haustür kehren und eine vorzügliche Arbeit für die Menschen machen. Das wünsche ich Ihnen, aber ich habe den Eindruck, dass Sie dazu nicht fähig sind. Deshalb werden wir weiterhin die Bundesregierung stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Hilde Mattheis (SPD), Johannes Vogel (FDP), Matthias W. Birkwald (DIE LINKE), Peter Weiß (CDU/CSU), Dr. Heinrich L. Kolb (FDP) und Frank Heinrich (CDU/CSU).

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.